





Landesdelegiertenversammlung

Am 23. und 24. Februar fand eine ordentliche Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW Hessen statt, die im November 2020 angesetzt war und pandemiebedingt verschoben werden musste. Im Mittelpunkt der auf zwei Tage verkürzten LDV standen die satzungsmäßigen Aufgaben: die Entlastung des Vorstands für die um ein Jahr verlängerte Amtszeit, die Beratung über den Haushalt der GEW Hessen und die Wahlen für den Landesvorsitz und die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands. Bei den Wahlen sticht die Wahl eines neuen Vorsitzendenteams aus *Thilo Hartmann* und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden *Heike Ackermann* und *Simone Claar* hervor.

• Alle weiteren Informationen in dieser HLZ auf den Seiten 8 bis 17



Tarifeinigung in Hessen

Diese Ausgabe der HLZ ging unmittelbar nach der letzten Verhandlungsrunde der Tarifparteien am 14. und 15. Oktober in Dietzenbach in Druck. Das Foto entstand bei der Streikundgebung in Frankfurt am 6. Oktober. Im nächsten Schritt wird die GEW dafür kämpfen, dass das Tarifiergebnis auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird.

• Die wichtigsten Eckpunkte der Tarifeinigung für die rund 45.000 Beschäftigten des Landes im Geltungsbe- reich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) und der Einigung auf eine Entgeltord- nung für Lehrkräfte veröffentlichen wir in dieser HLZ auf Seite 5 und auf un- serer Internetseite www.gew-hessen.de > Tarifrunde 2021.



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (069) 971 2930
Fax (069) 97 129393
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (069) 636269
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Simone Claar (Hoch- schule), Stefan Edelmann (Bildung), Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz (Sozialpäd- agogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüdemann (Gewerkschaftliche Bildung), René Scheppeler (Digitali- sierung), Andreas Werther (Sozialpädagogische Berufe), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert †

Schwerpunktthema: Harald Freiling

Illustrationen:

Dieter Tonn (S.29), Ruth Ullenboom (S.4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

GEW (S.8-17), Harald Freiling (Titel, S.6, 22), privat (S.36-37)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, ein- schließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Ver- öffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfälti- gungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzei- genteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druck- und Verlagshaus Thiele & Schwarz GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 7 Meldungen
- 27 Briefe
- 34 Recht: Teildienstfähigkeit, Anträge auf amtsangemessene Besoldung
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Nachrufe

GEW-Landesdelegiertenversammlung

- 8 Wahlen, Beschlüsse, Aktionen
- 10 Das neue Landesvorsitzendenteam: Thilo Hartmann, Heike Ackermann und Simone Claar
- 12 Beschluss: Gute Bildung - gute Arbeit
- 14 Die Fach- und Personengruppen der GEW Hessen
- 16 Die GEW sagt Danke

Einzelbeiträge

- 5 Tarifelegramm: Einigung über Gehaltserhöhungen im TVH
- 6 Pressekonferenz: Schuljahr beginnt
- 18 GEW: Schulreinigung zurück in kommunale Verantwortung
- 20 Grundschule: Wie lernen Kinder lesen und richtig schreiben?
- 22 Ich bin dabei: Partizipation in der Migrationsgesellschaft
- 24 Kinderarmut und Pandemie
- 26 Schulen: Orte der Begegnung
- 28 Burnout: Krank durch Werte, die nicht zusammenpassen
- 30 Bücher: Extremismusprävention oder politische Bildung?
- 32 Weimarer Republik: Informationen zur politischen Bildung in der Kritik

Gute Bildung – gute Arbeit

Die ersten Wochen nach der Landesdelegiertenversammlung waren intensiv. Nach der Wahl eines neuen Vorsitzendenteams standen die ersten Tage im Zeichen der schnellen Einarbeitung, der Vorstellung innerhalb der GEW und bei unseren Bündnispartnern, der laufenden Tarifrunde und aktueller Weichenstellungen in der Bildungspolitik.

Fast ist man versucht, ausgerechnet die FDP zu zitieren, denn in der Tat gibt es so viel zu tun wie selten vorher, wenn es darum geht, die Ungerechtigkeiten der neoliberalen Bildungs- und Finanzpolitik zu korrigieren. Die großen Herausforderungen der letzten 20 Monate haben deutlich gezeigt, wo der Schuh drückt. Corona hat die Schwächen des Bildungssystems schonungslos offengelegt. Wie in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, in der Pflege, im Gesundheitsbereich oder in der Verwaltung, leiden auch wir Beschäftigte in Wissenschaft und Bildung unter der Epidemie der Mangelfinanzierung. Personalmangel und Investitionsstau führen zu großer Arbeitsbelastung, zu Entgrenzung der Arbeitszeit, zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und zu schlechterer Qualität der Bildungsangebote. Gute Bildung aber braucht beste Bedingungen und die gibt es nicht zum Nulltarif!

Ohne eine umfassende Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Einstellungsoffensive wird es nicht möglich sein, von ungeheuer hohen Arbeitszeiten wegzukommen und gleichzeitig die dringend anstehenden Bildungsaufgaben anpacken zu können. Nirgendwo sonst ist der Bildungserfolg junger Menschen so sehr an Herkunft und Finanzkraft der Eltern gekoppelt wie in Deutschland. Corona hat noch einmal deutlich gezeigt: Ohne schnelles Internet, ohne digitale Ausstattung, ohne einen eigenen Raum zum Lernen und ohne Unterstützung durch die Eltern gerät auch das motivierteste Kind schnell an seine Grenzen. Das Narrativ der Existenz „bildungsferner Schichten“ sucht die Verantwortung hierfür einzig bei den Benachteiligten. Dem stellen wir ein Konzept der barrierefreien Bildung entgegen: längeres gemeinsames Lernen,

Auf der Landesdelegiertenversammlung wurde Thilo Hartmann am 23. September als neuer Landesvorsitzender gewählt. Auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Simone Claar und Heike Ackermann sind neu im Amt. Alle Informationen zu Wahlen, Beschlüssen und Personen findet man in dieser HLZ auf den Seite 8 bis 17.

eine von den Bedürfnissen jedes Kindes her gedachte Inklusion und ausreichend Zeit für die Stärkung emotionaler und sozialer Fähigkeiten.

Die LDV hat mit dem Antrag „Gute Bildung nach Corona“ wichtige bildungs- und beschäftigungspolitische Leitlinien beschlossen (HLZ S.12-13). Ob in Kita, Schule oder Hochschule: Gute Qualität von Bildungsangeboten benötigt ausreichend Personal. Junge Menschen von einem Beruf im Bildungswesen zu überzeugen, das geht nur mit guten Arbeitsbedingungen! Dazu gehört ein Gehalt, das der Wertschätzung, die uns in Sonntagsreden entgegengebracht wird, auch Ausdruck verleiht.

Diese HLZ ging unmittelbar nach der Tarifeinigung am 15. Oktober in Druck. Über die wichtigsten Ergebnisse der Tarifrunde informieren wir auf Seite 5 in dieser HLZ und mit vielen Details auf unserer Internetseite www.gew-hessen.de/tarifrunde-hessen-2021.de. Dabei können der unter den gegebenen Bedingungen achtbare Tarifabschluss von 4,0 Prozent in zwei Stufen, die Corona-Sonderzahlungen in Höhe von bis zu 1.000 Euro und die erfolgreichen Verhandlungen über eine neue Entgeltordnung für Lehrkräfte nur ein Anfang sein. In der nächsten Zeit wird es auch um die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten und Pensionärinnen und Pensionäre gehen. Auch beim Tarifschutz für studentische Beschäftigte und im Kampf gegen das Befristungsunwesen an Hochschulen werden wir nicht lockerlassen! Zentral für die Frage des Lehrkräftemangels an Grundschulen wird zudem sein, wie lange sich das Land Hessen noch verweigern kann, alle Lehrämter nach A 13 zu besolden.



Thilo Hartmann

Thilo Hartmann
Vorsitzender
der GEW Hessen

Horrorkürbis

Jetzt liegen sie wieder bergeweise vor den Häusern: Kürbisse in allen Größen, Formen und Farben. Manche zu grimmigen Grimassen geschnitzt und mit einem Teelicht illuminiert. Meine Mutter hat uns vier Kindern ein einziges Mal ein Gericht aus Kürbis kredenzt. Sie hat es nie wieder versucht. Aber jetzt lauert bei jeder Einladung das leckere Kürbissüppchen mit Ingwer und Möhren auf dem Herd. Eine Freundin droht gar ein komplettes Kürbismenu an: Kürbisvollkornbrot mit Kürbis-Chutney, Kürbislasagne, Salat mit Kürbiskernen, Kürbiskompott und Kürbisbowle. Darüber hinaus schenkt ihr Mann noch Kürbislikör und -schnaps aus. Ich täusche an dem Abend heftige Magenschmerzen vor (da muss ich mich angesichts der Menu-Folge noch nicht mal anstrengen...). Mein Mann isst alles. Er bringt mir von dem leckeren Abendessen ein Sortiment Kürbis-Muffins, Kürbis-Waffeln und Kürbis-Zimtschnecken mit. Igitt.

Infantile Bekannte verzieren derzeit ihre Mails mit grinsenden, weinenden und zappelnden Kürbissmileys. Sie geben sich in Rundmails wertvolle

Tipps, wie man Kürbisse aushöhlt und zu Fratzen schnitzt. Bald wird das Leben in unserem ruhigen Viertel toben und Sturm klingeln. Halloween kündigt sich in allen Kaufhäusern an. Entzückende Kostüme stehen zum Verkauf. Einmal haben wir vergessen, das Weite zu suchen oder uns im Dunkeln zu verstecken. Wir haben das Datum glatt vergessen und naiv die Tür geöffnet. Vor mir stand ein blutüberströmtes Mädchen in einem weißen Nachthemd. Ich rannte zum Verbandskasten und befahl meinem Mann, den Unfallwagen zu rufen. Dann erst sah ich, dass vor der Haustür noch eine Moorleiche und der Tod mit Sense warteten. Und hundert Meter entfernt stand die besorgte Mutti. Wer weiß schon, ob die böse Alte (ich) Gummibärchen verteilt oder die Kinder schlachtet. „Hier gibt's nüscht! Halloween ist blöde amerikanische Geschäftemacherei!“, teilt mein Mann der nächsten Kinderbande mit. Leider haben wir beide die Drohung „Süßes oder Saures“ nicht ernst genommen. Am nächsten Tag verzieren rohe Eier die Hausfassade, an den Klinken klebt

Zahnpasta und etwas, wovon ich lieber nicht weiß, was es ist. Im Jahr drauf höre ich von draußen: „Nein, Finn-Ruben, hier musst du nicht klingeln, hier wohnen Spaßbremsen und Kinderfeinde.“ Die kleinen Nachbarsjungen erzählen verstört, dass eine Bande Jugendlicher den Rucksack mit den Süßigkeiten geraubt hat. Das ist natürlich viel rationeller als an jeder einzelnen Tür zu betteln. Im Viertel geht das Gerücht, dass jemand in die Halloween-Kekse Abführmittel eingebacken hat. Was gibt es nur für Menschen!

In diesem Jahr lese ich in der Presse, dass Halloween für Kinder enorm wichtig sei. Dabei würden sie „Selbstwirksamkeit“ entwickeln. Das stellt kein Püschologe, sondern ein Spielzeugfabrikant fest. Der vertreibt all die tollen Utensilien, die zu Halloween so existenziell wichtig sind wie Kunstblut, herabhängende Augen und amputierte Gliedmaßen. Der Fachmann betont, dass Kinder Rituale bräuchten. Ein wenig spottet er über Kirchenvertreter, die seit Jahren gegen das heidnische Fest wettern, das den Reformationstag flächendeckend ersetzt hat. Eine Journalistin schreibt gerührt von niedlichen Monstern und plüschigen Kürbissen, die harmlos an den Türen klingeln und sanft „buh“ machen. Sie ist anscheinend am letzten Oktobersonntag noch nie in Berlin am Botanischen Garten vorbeigekommen. Hunderte von Familien stehen da Schlange, um Einlass zur Halloween-Party zu finden. Auf der Straße warten die Autos im Stau, um all die Zombies, Fledermäuse und Skelette vorbeizulassen. Keins der Kostüme ist „niedlich“, sondern vielfach nur eklig. Die Eltern haben sich ebenfalls herausgeschmückt. Sie müssen anscheinend auch noch ihre Selbstwirksamkeit trainieren, indem sie sich offene Wunden schminken und blicktrübe Kontaktlinsen einsetzen. Dreiköpfige Glöckner von Notre Dame, einbeinige Edgars mit Scherenhänden und Zähne bleckende Zombie-Nonnen tragen ihre Kleinstkinder auf dem Arm, verkleidet als Spinnen, Gruselclowns und Vampire.

In diesem Jahr spiele ich auch mit. Ich verkleide mich als halb verwusste Hexe. Mit dicken Warzen (zum Aufkleben) und Blut unterlaufenen Kontaktlinsen. Ich werde schrill kreischend die Tür öffnen, mit einem Beil herausrennen, Kunstblut verspritzen und tapferen Kindern das Kürbisgebäck meiner Freundin schenken.

Gabriele Frydrych



Tarifeinigung mit dem Land Hessen

Die vorliegende Ausgabe der HLZ ging unmittelbar nach der Einigung der Tarifparteien im Tarifstreit für die 45.000 Beschäftigten des Landes im Geltungsbereich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) am 15. Oktober in Druck. Die HLZ veröffentlicht hier die wichtigsten Punkte. Alle weiteren Einzelheiten und Antworten auf die Fragen der Beschäftigten findet man im Internet auf der Seite www.gew-hessen.de > Tarifrunde 2021.

Steuer- und abgabefreie Corona-Sonderzahlungen

Im Dezember 2021 und im März 2022 erhalten die Beschäftigten im aktiven Dienst zwei steuer- und abgabefreie Corona-Sonderzahlungen in Höhe von jeweils 500 Euro. Wie bei allen Sonderzahlungen richtet sich deren Höhe nach dem individuellen Stellenanteil. Für Beschäftigte, die zum Zeitpunkt der Auszahlung keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt haben (Beurlaubung, Elternzeit, zwischenzeitlicher Renten-eintritt), wurden Stichtage festgelegt.

Gehaltserhöhungen: 4 Prozent in zwei Stufen

Die Tabellenentgelte im Bereich des TV-Hessen steigen zum 1. August 2022 um 2,2 Prozent und zum 1. August 2023 um weitere 1,8 Prozent, mindestens um 65 Euro.

Tarifliche Entgeltordnung für Lehrkräfte

Die GEW und das Land Hessen haben seit September 2020 über tarifvertragliche Regelungen zur Eingruppierung von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften an Schulen verhandelt. Anders als in allen anderen Bundesländern galt für deren Eingruppierung ein einseitig durch das Land festgelegter Erlass. Jetzt unterschrieben die Gewerkschaften und das Land einen Tarifvertrag zur Eingruppierung der Lehrkräfte, der am 1. August 2022 in Kraft tritt. Verbesserungen gibt es insbesondere für voll ausgebildete Grundschullehrkräfte und für nicht voll ausgebildete Lehrkräfte im Bereich der Sekundarstufe I. Mehr Geld erhalten auch Beschäftigte ohne formale Lehramtsbefähigung, die seit vielen Jahren nach der Entgeltgruppe 5 oder 6 vergütet werden, obwohl sie alle Aufgaben von Lehrkräften übernehmen, zum Teil sogar als Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer eingesetzt werden. Die GEW bereitet jetzt ein umfassendes Angebot zur Information und Beratung ihrer Mitglieder vor.

Mindestbezahlung für studentische Hilfskräfte

Bei der vollen Einbeziehung der studentischen Hilfskräfte an den hessischen Hochschulen in den TV-H konnten sich die Gewerkschaften im ersten Anlauf nicht durchsetzen. Die Festlegung einer einheitlichen Mindestbezahlung von 12 Euro - sie liegt derzeit je nach Hochschule zwischen 9,50 Euro und 11,60 Euro - und die Übertragung aller künftigen Tarifsteigerungen ab Oktober 2022 auf die Mindeststundensätze ist trotzdem als Erfolg der Gewerkschaften zu werten.

Blockade des Landes im Kampf gegen Befristungen

In Bezug auf tarifvertragliche Maßnahmen gegen das Befristungswesen an Hochschulen hielt das Land auch in dieser Tarifrunde an seiner starren Blockade fest. Allerdings wurden im Rahmen der Tarifeinigung Gespräche mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst vereinbart. Damit liegt der Ball bei Wissenschaftsministerin Dorn. Die GEW erwartet die zügige Aufnahme konstruktiver Gespräche.

Übertragung auf Beamtinnen und Beamte

Die Tarifeinigung enthält die Zusicherung, die Entgelterhöhungen und die Sonderzahlungen zeit- und systemkonform auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre haben keinen Anspruch auf die vereinbarten Sonderzahlungen.

Kostenloses Landesticket bleibt erhalten

Das kostenlose Landesticket wird für die Laufzeit des Tarifvertrags weiter an die Beschäftigten des Landes ausgegeben.

Laufzeit des Tarifvertrags

Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 28 Monate bis zum 31. Januar 2024.

Fazit: Licht und Schatten

Der Verhandlungsführer der GEW *Daniel Merbitz* bilanzierte das Verhandlungsergebnis am 15. Oktober in Dietzenbach mit den folgenden Worten: „Die Verhandlungen waren angesichts der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwierig, und das Ergebnis hat Licht und Schatten. Einer der Wirtschaftskrise geschuldeten verhaltenen Entgeltentwicklung bis Januar 2024 stehen aus Sicht der GEW durchaus positiv zu bewertende Regelungen gegenüber. Ein bedeutender Erfolg ist die tarifliche Regelung zur Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte und der sozialpädagogischen Fachkräfte an Schulen.“

Alle weiteren Einzelheiten und Antworten auf die Fragen der Beschäftigten findet man im Internet auf der Seite www.gew-hessen.de > Tarifrunde 2021.



Lautstarker Empfang für Innenminister Beuth bei der letzten Runde der Tarifverhandlungen am 14. Oktober 2021 in Dietzenbach

The same procedure...

Elternbeirat, Schülervvertretung und GEW zum Schulstart nach den Ferien

Schon am Ende der Sommerferien war die Corona-Lage auch in Hessen durch wieder stark steigende Inzidenzen geprägt, so dass viele Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte mit mulmigen Gefühlen in die Schule zurückkehrten. „The same procedure as last year“, dachten sich viele, auch wenn die inzwischen möglichen Impfungen die Gefahr schwerer oder tödlicher Verläufe reduziert haben. „The same procedure as last year“ aber vor allem bei der Vogel-Strauß-Politik der Landesregierung, die die Sommerferien keineswegs genutzt hatte, um bei der Ausstattung der Schulen mit Luftfilteranlagen, der Digitalisierung oder einfach auch nur bei der Bereitstellung kindgerechter Masken einen Schritt vorwärts zu gehen.

Diese Themen beherrschten auch die gemeinsame Pressekonferenz von GEW, Landesschülervvertretung (LSV) und Landeselternbeirat (LEB) am 14. September im Frankfurter Presseclub.

Bei ihrer letzten Pressekonferenz in ihrer Funktion als GEW-Landesvorsitzende kommentierte *Birgit Koch* zwei Artikel aus der Frankfurter Rundschau und der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen vom selben Tag mit einer rhetorischen Frage:

„Was soll man davon halten, wenn der Landkreis Kassel die erste Lieferung von 556 Umluftfiltergeräten ‚bereits im Oktober‘ erwartet, also anderthalb Jahre nach dem ersten Lockdown, und die Frankfurter Bildungsdezernentin Sylvia Weber mit der Ausstattung der Grundschulen ‚bis Ende Oktober, Anfang November‘ fertig sein will?“

Volkmar Heitmann, Vorsitzender des Landeselternbeirats, fordert „endlich atemfreundliche medizinische Masken auch für Kinder“.



Fotos: HLZ-Redaktion



Birgit Koch, bis Ende September Landesvorsitzende der GEW Hessen, hält nichts davon, „dass Lehrkräfte zur Organisation der Impfung von Jugendlichen herangezogen werden“.

Bei den notwendigen Förderangeboten zum Aufholen von Lernrückständen und zur Förderung des sozialen Lernens rät die GEW von additiven Angeboten im Sinn von „Nachhilfestunden“ ab. Die individuelle Förderung müsse „in den schulischen Alltag integriert werden und vorrangig in kleinen Gruppen mit einer echten Doppelbesetzung stattfinden.“ Nach Angaben von Birgit Koch gibt es derzeit rund 2.000 ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die auf ein Einstellungsangebot des Landes warten.

Auch Landesschulsprecherin *Jessica Pilz* vermisste weiterhin einen „Plan B“ für die zu erwartende vierte Welle mit „guten Konzepten für den Wechselunterricht“. Ausschließlich auf vollen Präsenzunterricht zu setzen, sei „ein Wiederholungsfehler“. Sie kritisierte den Mangel an Desinfektionsmittelspendern und unzureichende Reinigungsintervalle bei den Toiletten: „So etwas gibt es inzwischen nur noch in den Schulen.“ Auch für die Schülerinnen und Schüler müssten hochwertige FFP2-Masken kostenlos zur Verfügung gestellt werden, damit sie mindestens täglich gewechselt werden können. Der LEB-Vorsitzende *Volkmar Heitmann* sprang ihr bei und verwies auf die Tatsache, dass es noch immer keine kindgerechten medizinischen Masken gibt: „Solche atemfreundlichen Masken sind längst auf dem Markt.“ Nur die Kinder habe man einmal mehr vergessen, obwohl sie im Ganztagsbetrieb und bei wieder steigenden Inzidenzen über viele Stunden hinweg zum Tragen von Masken verpflichtet sind.

Die zahlreich anwesenden Pressevertreterinnen und Pressevertreter fragten auch nach der im Sommer überarbeiteten Empfehlung der Ständigen Impfkommission, durch die auch bei Eltern von Kindern zwischen 12 und 18 Jahren die Nachfrage nach einer Impfung gestiegen sei. Heitmann verwies auf das klare Votum des LEB für die Impfung. Konflikte, die sich aus der Impfpflicht ergeben, gehörten jedoch nicht in die Schule: „Impfen ist keine schulische Veranstaltung.“ Auch Birgit Koch sprach sich dagegen aus, dass Lehrkräfte in die Organisation von Impfangboten einbezogen werden:

„Lehrerinnen und Lehrer werden in dieser Funktion als Vertreterinnen und Vertreter staatlichen Handelns wahrgenommen.“

GEW, LEB und LSV sprachen sich jedoch unisono für niedrigschwellige Angebote zur Impfung von Jugendlichen aus, beispielsweise mit Impfbussen an Schulen oder in Schulturnhallen außerhalb der Unterrichtszeit. Die Verantwortung für Information und Organisation und für eine ausführliche ärztliche Beratung müsse bei den Gesundheitsämtern und Schulträgern liegen:

„Die Impfung ab zwölf kann für diese Altersgruppe zu sicherem Präsenzunterricht beitragen, sollte dabei jedoch lediglich eine von mehreren Säulen darstellen.“

Angesichts einer hohen Quote möglicherweise falsch-positiver Tests und einer unbekanntem Zahl falsch-negativer Schnelltests sprachen sich alle für die aussagekräftigeren PCR-Pooltestungen in Form der „Lolli-Tests“ aus.

HLZ-Redaktion

Landesschulsprecherin Jessica Pilz vermisst weiterhin einen „Plan B“, denn eine erneute Verschlechterung der Lage könne niemand ausschließen.



X Bündnis fordert Wende in der Flüchtlingspolitik

Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von Diakonie, Der Paritätische, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, GEW, pro asyl und Hessischem Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung zur Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik auf, die derzeit von Ausgrenzung, Abschiebungen und Rückkehrdruck bestimmt ist. Selbst Menschen, die die Schule besuchen, Arbeit haben und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, werden in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben, Familien auseinandergerissen. Das Bündnis fordert ein sofortiges Abschiebungsmoratorium, damit nicht noch mehr gut integrierte Menschen aus ihrem Umfeld gerissen und in eine ungewisse Zukunft abgeschoben werden. Die Landesregierung müsse sich auf die im Jahr 2015 propagierte Willkommenskultur zurückbesinnen, sagte *Dr. Yasmin Ali-naghi*, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen: „Die derzeit praktizierte Flüchtlingspolitik schürt Ängste bei Betroffenen und schafft Verunsicherung und Frustration bei Unterstützenden.“ Bei der Zahl der Abschiebungshaftplätze stehe Hessen mit Bayern und Nordrhein-Westfalen an der Spitze. Selbst die Machtübernahme der Taliban sei für die Landesregierung kein Anlass, unbescholtenen Menschen endlich längerfristige Duldungen zu erteilen, wie sie im Koalitionsvertrag 2018 angekündigt wurden.

X Amtsangemessene Besoldung: Anträge stellen!

Nach der Nullrunde 2015 und der nur einprozentigen Erhöhung im Jahr 2016 hat die GEW Hessen ihren Mitgliedern im Beamtenverhältnis jährlich „zur Weihnachtszeit“ empfohlen, Anträge auf amtsangemessene Besoldung zu stellen. Da die gerichtlichen Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, sollten diejenigen, die den Antrag bisher noch nicht gestellt haben, dies nachholen. Die mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 veränderten Maßstäbe der amtsangemessenen Alimentation erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Besoldung in Hessen sich letztlich vor Gericht als zu niedrig erweist. Weitere Informationen findet man in dieser HLZ auf Seite 35.

X GEW-Aktionen am „ersten Tag der unbezahlten Arbeit“

Am 13. und 14. November demonstriert die GEW in Wiesbaden und Kassel und mit zahlreichen lokalen Aktionen für die Forderung nach Angleichung der Einkommen der Grundschullehrkräfte an die ihrer Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Lehrämtern. Der 13. November gilt als „erster Tag der unbezahlten Arbeit“: Vom 13. November bis zum 31. Dezember arbeiten die Lehrkräfte an Grundschulen ohne Lohn, wenn man ihr Gehalt mit dem der anderen Lehrämter vergleicht. Auch die Landesdelegiertenversammlung bekräftigte die Forderung nach einer Vergütung der Grundschullehrkräfte nach A13 beziehungsweise E13 für tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer (HLZ S.14).

X Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs von CDU und Grünen zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes im Landtag rieben sich einige verwundert die Augen, denn die Koalition hatte gegenüber dem Referentenentwurf (HLZ 9-10/2021) einige nicht unbedeutende Änderungen vorgenommen. Diese betreffen vor allem die Sonderstellung des Hochschulrates der Frankfurter Goethe-Universität

Andrea Meierl, Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Goethe-Universität, Mitglied im Senat und Leiterin des Referates Hochschule und Forschung der GEW Hessen, kritisierte insbesondere den Präsidenten der Stiftungsuniversität *Enrico Schleiff*: „Er hat im Senat versprochen, dass es mit ihm eine klare Reform der Wahl zum Präsidium geben wird.“ Nun höre man, „dass er hinter den Kulissen eine treibende Kraft war“, um den Vorschlag der grünen Wissenschaftsministerin *Angela Dorn* zu verhindern, wonach das Präsidium der Goethe-Universität „wie an allen anderen hessischen Hochschulen durch eine paritätische Findungskommission vorbereitet werden soll“. Nach dem jetzt vorgelegten Entwurf erfolgt dies nur noch „unter Einbeziehung“ von Mitgliedern des Senats.

Auch bei den anderen Änderungen, unter anderem zur Möglichkeit eines Teilzeitstudiums, favorisiert die GEW den ursprünglichen Entwurf des Ministeriums (mehr in dieser HLZ auf S.35).



X DGB fordert Abschaffung der Mini-Jobs

2020 gab es in Hessen 556.289 Mini-jobberinnen und Minijobber. Das sind über 40.000 weniger als im Jahr davor. Vor allem im Gastgewerbe und in der Leiharbeit war ein hoher Rückgang der Minijobs zu verzeichnen. Tausende Hessinnen und Hessen haben in der Corona-Pandemie ihre Jobs verloren und landeten zum Teil in Hartz IV. „Minijobberinnen und Minijobber wurden in der Pandemie als erste vor die Tür gesetzt, als die Restaurants, die Läden und die Schulen dichtmachen mussten“, sagte *Michael Rudolph*, DGB-Vorsitzender des Bezirkes Hessen-Thüringen. Da geringfügig Beschäftigte von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, erhalten sie weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld. Vielen bleiben nur die viel zu niedrigen Leistungen der Grundversicherung. Minijobberinnen und Minijobber mussten bittere Einkommensverluste einstecken, doch gerade in Krisenzeiten müssten sich Beschäftigte auf ein soziales Sicherungsnetz verlassen können. „Minijobs lösen dieses Versprechen nicht ein“, beklagte Rudolph, „denn dem vermeintlichen Vorteil eines Brutto-für-Netto-Verdienstes stehen Niedriglöhne und Altersarmut gegenüber.“ Vor allem Frauen werde so die Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung verwehrt. Das „System Minijob“ müsse abgeschafft werden: „Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen ab dem ersten Euro Einkommen sozial abgesichert werden.“

Wahlen, Beschlüsse, Aktionen

Landesdelegiertenversammlung am 23. und 24. September in Fulda

Dass auf der Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 23. und 24. September in Fulda nur wenig Zeit für inhaltliche Debatten bleiben würde, kam für die rund 270 Delegierten aus den Kreisverbänden und Fach- und Personengruppen nicht überraschend. Vorrangig standen die Wahlen zum geschäftsführenden Vorstand und die satzungsmäßigen Regularien für die Entlastung des Vorstands und die Aufstellung eines neuen Haushalts auf der Tagesordnung, die 2020 pandemiebedingt um ein Jahr verschoben werden mussten. Anders als sonst standen zudem nur zwei Tage zur Verfügung. Die pandemiebedingten Einschränkungen minderten jedoch nicht die Freude der Delegierten, sich endlich wieder in Präsenz austauschen zu können.

GEW-Geschäftsführerin *Karola Stoetzel* und das Team der Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle hatten auf jeden Fall in der Vorbereitung alles getan, um diese Freude nicht zu trüben, und für einen reibungslosen Ablauf gesorgt. Das galt insbesondere auch für die technische Seite, denn es galt auch die Delegierten in vollem Umfang einzubeziehen, die digital in Wort, Bild und Abstimmungsmodalitäten zugeschaltet waren. Auch wenn die erste digitale Probeabstimmung „Kaffee oder Tee?“ noch etwas holprig lief, konnten bei allen Abstimmungen alle Delegierten ihr Stimmrecht ausüben und die Zahl der Fehlermeldungen, die von den immer präsenten mobilen Helferinnen und Helfern bearbeitet werden mussten, ging von Abstimmung zu Abstimmung zurück. Übrigens hatte der Kaffee mit deutlicher Mehrheit die Nase vorn...

Ebenfalls einen tollen Job machten das Tagungspräsidium mit *Heike Lühmann*, *Folker Albrecht-Rubertus*, *Lore Salomon*, *Daniel Gnida* und *Christina Nickel* und der Wahlausschuss mit *Irina Kilinski*, *Irimi Richter*, *Ralf Amann*, *Friedhelm Ernst* und *Stefan Horlacher*, die auch bei heftigen Debatten die Ruhe und die Übersicht behielten.

Die beiden Landesvorsitzenden *Birgit Koch* und *Maike Wiedwald* ließen in ihren mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht die Arbeit der – um ein Jahr verlängerten – Amtszeit des Landesvorstands noch einmal Revue passieren. Ihr besonderes Augenmerk galt der Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung in einem Bündnis, das auch in der Pandemie Bestand hatte und öffentlich mit einer Stimme sprach – zuletzt bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn (HLZ S.6).

Das Schatzmeisterteam *Jochen Nagel* und *Ulrike Noll* hatte anders als üblich den Entwurf für den Haushalt des GEW-Landesverbands nur für ein Jahr aufgestellt, da für Herbst 2022 eine weitere LDV angesetzt ist, in der mehr Zeit sein soll, auch strukturelle Fragen zu erörtern. „Im Mittelpunkt der Schatzmeisterei muss immer die politische Handlungsfähigkeit der GEW stehen, nicht das Knausern und die Bildung großer Rücklagen“, so ihr erneutes Credo. Die Kassenrevisoren *Rudolf Meyer* und *Bernd Vogeler* hatten dem Landesvorstand zuvor die ordnungsgemäße Buchführung attestiert und dessen Entlastung beantragt.

Die Vorüberlegungen zum Wahl des Landesvorsitzes und der stellvertretenden Landesvorsitzenden waren durch die

überraschende Ankündigung von *Maike Wiedwald*, nicht erneut für die Funktion der Landesvorsitzenden zu kandidieren, wenige Wochen vor der Wahl gehörig durcheinander gewirbelt worden. Was *Maike* bewog, ihre erneute Kandidatur – nach dem lange angekündigten Rückzug von *Birgit Koch* – jetzt in einem Tandem mit *Thilo Hartmann* zurückzuziehen, kann man in der HLZ auf Seite 17 nachlesen. *Thilo Hartmann* entschied sich nach langen Überlegungen und vielen Gesprächen, als Einzelperson für die Funktion des Landesvorsitzenden zu kandidieren, auch wenn er sich in seiner Vorstellungsbildung in vielen Funktionen als „Teamplayer“ bezeichnete. Der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende *Tony C. Schwarz*, der zunächst erneut als Stellvertreter kandidieren wollte, entschied sich unter diesen Bedingungen dafür, sich im Tandem gemeinsam mit *Manon Tuckfeld* gegen die Einzelbewerbung von *Thilo Hartmann* für die Funktion des Landesvorsitzenden zu bewerben.

Hitzige Debatte nach Rückzug von Maike Wiedwald

Den engagierten Bewerbungsreden von *Thilo* (Kreisverband Offenbach-Land), *Manon* (Kreisverband Wiesbaden) und *Tony* (Kreisverband Bergstraße) schloss sich eine rund dreistündige kontroverse Aussprache an, in der die Kandidatin und die Kandidaten zahlreiche Fragen beantworten mussten. Unstrittig war das Engagement der Bewerberin und der Bewerber für die hessische GEW und ihre politischen Ziele, sei es als Vorsitzende eines Gesamtpersonalrats wie *Tony* und *Manon* oder als Mitglied im Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht wie *Thilo*. Trotz unterschiedlicher Akzente, die sie in die Diskussion einbrachten, waren kaum Differenzen in der politischen Einschätzung der wesentlichen Arbeitsfelder der GEW erkennbar, so dass die von einigen Rednerinnen und Rednern konstatierte „Spaltung der GEW“ ohne reale Grundlage war. Dass dann am Ende gegen 21.30 Uhr eine so deutliche Mehrheit von 204 Stimmen für *Thilo* bei 65 Stimmen für *Tony* und *Manon* votierte, dürfte dann eher der persönlichen Einschätzung der Delegierten geschuldet sein, wem sie es eher zutrauen, die unterschiedlichen Sichtweisen in der GEW zu verbinden und zusammenzubringen.

Bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden wurde zunächst *Simone Claar*, die sich bisher im Referat Hochschule und Forschung engagiert hatte, mit der großen Mehrheit von 224 von 262 Stimmen gewählt. *Nathalie Schäfer*, Mitglied im Landesstudierendenausschuss der GEW, hatte zuvor ihr überzeugendes Auftreten im Hochschulbereich gegen das Befristungsunwesen und für eine Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in den Tarifvertrag hervorgehoben und freute sich wie viele andere, dass jetzt erstmals seit vielen Jahren der Hochschulbereich wieder unmittelbar im Landesvorstand vertreten ist.

Eine Überraschung für die nach Fulda angereisten Delegierten war danach die Kandidatur von *Heike Ackermann* (Kreisverband Kassel-Land) für die zweite Stelle einer stellvertretenden Landesvorsitzenden. Sie hatte wie viele andere Delegierte bis zuletzt gehofft, dass *Tony Schwarz* trotz der ge-

scheiterten Tandemkandidatur für den Landesvorsitz erneut als stellvertretender Landesvorsitzender antreten werde. Immerhin war diese – bis zum Rückzug von Maike – angekündigte Kandidatur nicht nur vom Bezirksverband Südhessen unterstützt worden, sondern auch von zahlreichen Fach- und Personengruppen und Kreisverbänden aus allen hessischen Regionen. Trotzdem präsentierte sich Heike Ackermann in einer überzeugenden und kämpferischen Vorstellungsrede keineswegs als „Ersatzlösung“ und wurde dafür ebenfalls mit einem sehr guten Ergebnis von 243 von 273 Stimmen belohnt. Mit Heike Ackermann ist seit vielen Jahren wieder eine Grundschullehrerin im Landesvorsitzendenteam.

Wahl der Referate im geschäftsführenden Vorstand

Auf die neuen Vorsitzenden, die wir in dieser HLZ persönlich vorstellen (S.10), kommt viel Arbeit zu, denn durch die persönlichen Entscheidungen des bisherigen Teams sind – anders als in den letzten Jahrzehnten – alle Personen an der Spitze der GEW neu im Amt. Aber sie können sich der Unterstützung durch Geschäftsführerin Karola Stoetzel, die hauptamtlichen Referentinnen und Referenten für Tariffragen, Bildung, Bildungsfinanzierung, Recht oder Hochschule und durch alle Beschäftigten in der hervorragend aufgestellten Landesgeschäftsstelle gewiss sein. Und auch die Zusammensetzung der ebenfalls auf der LDV gewählten Referate des Landesvorstands wird für Kontinuität sorgen. Einige Kolleginnen und Kollegen, die wie *Peter Zeichner* (Referat Mit-

bestimmung) oder *Sebastian Guttman* und *Melanie Hartert* (Referat TBB) 2017 noch nicht kandidiert hatten, konnten sich bereits einarbeiten. Neue Mitglieder der Referate wie *Nina Heidt-Sommer* (Schule und Bildung) oder *Andrea Meierl* und *Vera Weingardt* (Hochschule und Forschung) werden durch erfahrene Kollegen wie *Stefan Edelmann* oder *Wolfgang Richter-Girard* unterstützt. Und *Jens Zeiler* als neuer Leiter der Landesrechtsstelle freut sich ausdrücklich auf die Zusammenarbeit mit *Kathrin Kummer* und *Annette Loycke*, den hauptamtlichen Referentinnen in der Landesrechtsstelle.

Besonders erfreulich ist die Zusammensetzung des Referats Sozialpädagogik, in dem jetzt neben *Annette Karsten* für die sozialpädagogischen Fachkräfte an Schulen auch *Janina Piee* für die Erzieherinnen und Erzieher und *Steve Kothe* für die sozialpädagogischen Arbeitsfelder außerhalb der Schule mitarbeiten.

Neben dem Wahlmarathon setzte die LDV mit den Beratungen über einen Leitantrag (HLZ S.12), einer Aktion zur Tarifrunde und der Teilnahme einer größeren Delegation am Aktionstag von *Fridays for Future* in Fulda weitere politische Akzente. Der „bunte Abend“ zur Verabschiedung der Kolleginnen und Kollegen, die im letzten Jahr oder mit dieser LDV aus Funktionen in der GEW Hessen ausgeschieden sind, geriet nach den Wahlen etwas kurz, aber die Gruppe „Stimmband“ und die politischen und emotionalen Abschiedsreden sorgten für bleibende Erinnerungen (HLZ S.16).

Harald Freiling, HLZ-Redaktion

Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands

Funktion	Kandidatinnen und Kandidaten	abgegeben	ja	nein	Enthaltung
Vorsitz	Thilo Hartmann	272	204	-	3
	Tony Schwarz und Manon Tuckfeld		65	-	
stellvertretende Vorsitzende	Simone Claar	262	224	11	27
stellvertretende Vorsitzende	Heike Ackermann	273	243	18	12
Schatzmeister/in (Team)	Ulrike Noll Jochen Nagel	249	222	14	13
Leiter der Landesrechtsstelle	Jens Zeiler	242	230	4	8
HLZ-Redakteur	Harald Freiling	246	233	3	10
Schule und Bildung (Team)	Stefan Edelmann Nina Heidt-Sommer	217	200	8	9
Hochschule und Forschung (Team)	Andrea Meierl, Wolfgang Richter-Girard, Vera Weingardt	222	216	1	5
Sozialpädagogik (Team)	Annette Karsten Steve Kothe Janina Piee	219	216	1	2
Weiterbildung u. Bildungsmarkt	keine Kandidaturen	-	-	-	-
Tarif, Besoldung, Beamtenrecht (Team)	Sebastian Guttman Melanie Hartert	219	210	6	3
Mitbestimmung, gewerkschaftliche Bildung	Dana Lüddemann Peter Zeichner	226	206	9	11
Aus- und Fortbildung (Team)	Andrea Gergen Christina Nickel	229	216	6	7



Grußworte von Maika Finnern, Bundesvorsitzende der GEW



Blumen von den neuen Landesvorsitzenden für das neue Referat Hochschule und Forschung: Thilo Hartmann, Andrea Meierl, Wolfgang Richter-Girard, Vera Weingardt, Heike Ackermann



Konzentrierter Wahlausschuss: Irina Kilinski, Friedhelm Ernst, Irmi Richter

Wir sind die Neuen

GEW wählt ein neues Team für den Landesvorsitz

Auf den neuen Landesvorsitzenden Thilo Hartmann und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Heike Ackermann und Simone Claar kommt viel Arbeit zu, denn – anders als in den letzten Jahrzehnten – sind alle Personen an der Spitze der

GEW neu im Amt. Grund genug, dass sie sich einmal persönlich vorstellen. Die drei Texte wurden für die HLZ bearbeitet und beruhen auf ihren Vorstellungsbriefen an die Delegierten der Landesdelegiertenversammlung.

Thilo Hartmann, Landesvorsitzender

Ich bin 44 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder im Grundschulalter und arbeite seit 2004 als Lehrkraft für Deutsch, Deutsch als Zweitsprache und Spanisch an einer Kooperativen Gesamtschule in Dietzenbach. Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Anerkennung meines spanischen universitären Abschlusses arbeitete ich vor meiner Verbeamtung zunächst drei Jahre im Angestelltenverhältnis, mit befristeten Verträgen und ohne Sommerferienbezahlung. In der GEW engagiere ich mich in vielen verschiedenen Arbeitsbereichen: Ich bin GEW-Obmann meiner Schule, Sprecher der Vertrauensleute sowie Rechtsberater im Landkreis Offenbach, Mitglied im Vorsitzendenteam des Kreisverbands Offenbach-Land und im Leitungsteam des Referats Tarif, Besoldung und Beamtenpolitik (TBB) der GEW Hessen, für das ich auch in die Verhandlungskommission bei den aktuellen Tarifverhandlungen zum TVH berufen wurde. Als Schul- und Gesamtpersonalrat gilt mein Engagement dem Einfordern und Durchsetzen der Mitbestimmungsrechte. Als Mitglied im Schulungsteam Südhessen sowie des Offenbacher Schulungsteams sowie Mitautor des Ratgebers für Schulpersonalräte ist es mir ein Anliegen, andere Personalräte bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Auch außerhalb der Schule engagiere ich mich für das Recht auf Teilhabe aller Menschen und gegen Diskriminierung, z.B. als Mitglied der VVN-BdA, des Vereins Autismus Rhein-Main oder des Bündnisses „Bunt statt Braun“ in Dietzenbach.

Corona hat die Schwächen des Bildungssystems in Hessen schonungslos offengelegt. Wir Beschäftigte in Wissenschaft und Bildung leiden schon lange unter der Epidemie der Mangelfinanzierung. Personalmangel und Investitionsstau führen zu großer Arbeitsbelastung, zu Entgrenzung der Arbeitszeit, zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und zu schlechterer Qualität der Bildungsangebote. Gute Bildung aber braucht beste Bedingungen und die gibt es nicht zum

Nulltarif! Um hier gegenzusteuern, möchte ich vier Arbeitsfelder besonders in den Blick nehmen: Bildungsgerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Stärkung der Strukturen in der GEW.

Bildungsgerechtigkeit fängt bei den Kleinsten an. Gute Qualität benötigt ausreichend Personal. Solange wir in Hessen keinen Personalschlüssel von 1:2 bei unter Einjährigen, 1:3 bis 3 Jahre, 1:8 für Kinder bis 6 Jahren und 1:10 in der schulischen Betreuung haben, wird dies ein Schwerpunkt der GEW-Arbeit im Kitabereich sein. Bildungsgerechtigkeit bedeutet aber auch, das Befristungsunwesen an den Hochschulen zu bekämpfen. Ausdrücklich unterstütze ich zudem die Forderung der vielen tausend studentischen Hilfskräfte nach Tarifschutz durch Aufnahme in den TV-H. Nirgendwo sonst ist der Bildungserfolg junger Menschen so sehr an Herkunft und Finanzkraft der Eltern gekoppelt wie in Deutschland. Das Narrativ der Existenz „bildungsferner Schichten“ sucht die Verantwortung hierfür einzig bei den Benachteiligten. Ich sehe es als vordringliche Aufgabe der GEW an, dem ein Konzept der „barrierefreien Bildung“ entgegenzustellen. Konkret bedeutet dies unter anderem ebenso frühes wie langes gemeinsames Lernen, eine von den Bedürfnissen jeden Kindes her gedachte Inklusion, ausreichend Zeit für die Stärkung emotionaler und sozialer Fähigkeiten sowie die flächendeckende Einrichtung echter Ganztagschulen. Bildungsgerechtigkeit und Privatisierung von Bildungsangeboten schließen sich meiner festen Überzeugung nach aus, denn Privatisierung führt zu stärkerer Ungleichheit, steigenden Kosten und häufig zu sinkender Qualität der Angebote.

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für mich zudem, sich gegen Ausgrenzung und für ein gleichberechtigtes, friedliches Zusammenleben zu engagieren. Gemeinsam mit euch möchte ich daher auch in Zukunft klare Kante zeigen, sei es gegen rechts, gegen Homophobie oder gegen die Versuche der Bundeswehr, in Schulen zu rekrutieren. Insbesondere der Arbeitsplatz Schule ist in der Theorie sehr demokratisch ausgestaltet. Trotzdem ist es für Personalräte und Gesamtkonferenzen immer schwieriger, tatsächlich Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu nehmen. Die Stärkung dieser Gremien durch gezielte Fortbildungs- und Unterstützungsangebote muss daher weiter ausgebaut und der im Bündnis mit den DGB-Gewerkschaften begonnene Prozess der Weiterentwicklung des HPVG aktiv begleitet werden.

Um dieser Fülle an Aufgaben gerecht zu werden, gilt es schließlich, die Struktur der GEW Hessen kritisch zu hinterfragen und gemeinsam mit euch weiterzuentwickeln. Ein besonderes Augenmerk möchte ich zudem auf die Mitgliederentwicklung und -aktivierung, insbesondere der jungen Kolleg:innen legen. Ehrenamtliche GEWERKSCHAFTLICHE Arbeit ist nur möglich, wenn diese mit Arbeit und gleichberechtigter Wahrnehmung der Sorgearbeit vereinbar ist.



Thilo Hartmann mit den bisherigen Landesvorsitzenden Maike Wiedwald (links) und Birgit Koch (rechts).

Dr. Simone Claar, stellvertretende Vorsitzende

Ich bin 38 Jahre alt, Politikwissenschaftlerin mit Studium an der Philipps-Universität Marburg und der University of Stellenbosch in Südafrika. Ich habe an der Goethe-Universität Frankfurt promoviert und arbeite seit 2015 an der Universität Kassel. Aktuell leite ich eine Nachwuchsgruppe zur Energiewende in Afrika. Wissenschaftlich liegen mir Themen von Staatlichkeit, Kapitalismus und sozialökologischer Transformation am Herzen, die aber auch Schnittstellen zu aktuellen bildungspolitischen und gewerkschaftlichen Debatten liefern. Während die Nachwuchsgruppe in der Begutachtung war, ergriff ich die Chance 15 Monate als Referentin für Lehrer:innenbildung im GEW-Hauptvorstand zu arbeiten. Auf diesem Weg habe ich einen sehr guten Einblick in die bundesweiten Debatten zu Lehrer:innenbildung, aber auch in die GEW-Strukturen gewonnen. Seit vier Jahren leite ich in Hessen das Referat Hochschule und Forschung und seit drei Jahren die entsprechende Bundesfachgruppe im Team.

Mein Antrieb ist: Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, gute Arbeit und Studium bzw. Ausbildung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Anerkennung und Wertschätzung am Arbeitsplatz und Entfristung von Arbeitsverträgen. Während des Studiums habe ich mich bei den Protesten gegen Studiengebühren engagiert. Seit 2008 setze ich mich gemeinsam mit meiner Gewerkschaft für bessere Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen ein. Mein Arbeitsplatz ist die Hochschule und ich will dort unsere Initiativen für gute Arbeit, Entfristung, gute Studienbedingungen und Vernetzung fortführen. Dazu gehört, die Mitbestimmung und die demokratischen Strukturen in den Hochschulen zu stärken und gegen eine zunehmend autoritäre Steuerung und Privatisierung von Bildungseinrichtungen einzutreten. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass wir durch eine verstärkte Mitgliederwerbung auch in Zukunft tarif- und bildungspolitisch sichtbar sind und Politik mitgestalten. Dazu gehört auch unsere eigenen Strukturen zu überdenken, so dass gewerkschaftliches Engagement und Sorgearbeit vereinbar sind. Es braucht neben einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch eine Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen brauchen wir nicht nur in den Hochschulen, sondern in allen Bildungseinrichtungen, damit eine inklusive demokratische Bildung von Kleinkindern bis Senior:innen möglich ist. Eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sind nur mit einer nachhaltigen soliden Bildungsfinanzierung in allen Organisationsbereichen machbar. Gesellschaftspolitisch sehe ich es als unsere Aufgabe, unsere Stimme gegen rechts zu erheben, die politische Bildung zu stärken und uns als Bildungsgewerkschaft in die Debatten für eine nachhaltige und klimagerechte Zukunft einzubringen. Ich wünsche mir, dass die GEW als Bildungsgewerkschaft überall dort für gute Bildung und bessere Bedingungen streitet, wo Menschen bilden und sich bilden, also nicht nur in Schulen, sondern auch in der Kita, der Hochschule, der Erwachsenen- und Weiterbildung sowie in sozialen Einrichtungen.

Hochschulen in der Tarifrunde 2021 in Hessen

Die GEW fordert mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Tarifrunde 2021 die Einbeziehung der studentischen Hilfskräfte in den TV-H. Die GEW erwartet außerdem ernsthafte Verhandlungen über die Schaffung von mehr unbefristeten Stellen an hessischen Hochschulen: www.gew-hessen.de/tarifrunde-hessen-2021



von links: Heike Ackermann, Thilo Hartmann und Simone Claar

Heike Ackermann, stellvertretende Vorsitzende

Ich bin 55 Jahre alt, geschieden, habe zwei erwachsene Töchter und lebe im Landkreis Kassel. Mein Lehramtsstudium in den Fächern Sachunterricht, Religion und Musik absolvierte ich an der Universität Kassel, mein Referendariat an einer Grundschule im Landkreis Kassel. Nach meinem 2. Staatsexamen wurden nicht viele Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Daher war ich in fünf Jahren an zwölf verschiedenen Schulen eingesetzt, darunter auch Förderschulen und Gesamtschulen, und zwar - wie damals üblich - im Angestelltenverhältnis, befristet und ohne Bezahlung der Ferien. Als ich endlich einer festen Stammschule zugeteilt war, habe ich mich im Schulpersonalrat engagiert. 2012 wurde ich in den Gesamtpersonalrat gewählt. Seit 2019 führe ich den Bezirksverband Nordhessen als Teamvorsitzende. In den letzten zehn Jahren konnte ich nicht nur die Kreisvorstandsarbeit, sondern zuletzt auch die des geschäftsführenden Vorstands kennenlernen. Ich bin Mitglied der Fachgruppe Grundschule, arbeitete im Arbeitsschutzausschuss mit und nehme an den Sitzungen eines inklusiven Schulbündnisses und der Schulkommission des Landkreis Kassel teil.

Die Grundschule wird in unserem Bildungssystem stiefmütterlich behandelt und unsere Arbeit in diesem Bereich nicht genügend wertgeschätzt. In der Grundschule werden Grundlagen geschaffen und die Weichen für die weitere Schullaufbahn gestellt. Die Arbeit an der Grundschule verdient mehr Anerkennung und endlich A13. Deshalb möchte ich gemeinsam mit euch für faire und gute Arbeitsbedingungen kämpfen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern, kleinere Klassen und die Einstellung von mehr pädagogischem Personal durchsetzen. Rassismus, Benachteiligung und Diskriminierung stellen für mich rote Linien in meinem privaten und beruflichen Umfeld dar.

Der Blick über den Tellerrand leitet mich auch in meinem kommunalen Engagement und in verschiedenen Ehrenämtern. Hier engagiere ich mich unter anderem für Freizeiten für Alleinerziehende, für ein nachhaltiges Rad- und Fußgängerkonzept in meiner Gemeinde und bei der Wiederbelebung eines Schwimmbads. Seit dem ersten Lockdown unterstütze ich ehrenamtlich das Pflege- und Betreuungspersonal im örtlichen Altenheim.

Gute Bildung und gute Arbeit

Bildungs- und beschäftigungspolitische Leitlinien der GEW Hessen

Die Landesdelegiertenversammlung am 23. und 24. September hatte sich vorrangig mit den Wahlen zum geschäftsführenden Vorstand und den satzungsmäßigen Regularien für die Entlastung des Vorstands und die Aufstellung eines neuen Haushalts zu befassen, die 2020 pandemiebedingt um ein Jahr verschoben werden mussten. Deshalb blieb wenig Zeit für die vorliegenden Anträge und inhaltliche Debatten.

Dies soll auf einer weiteren Landesdelegiertenversammlung im Herbst 2022 nachgeholt werden. Trotzdem war auch jetzt schon genug Zeit, um über die folgenden bildungs- und beschäftigungspolitischen Leitlinien der GEW Hessen für die nächsten drei Jahre zu diskutieren. Die HLZ dokumentiert den Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, im vollen Wortlaut, außerdem in Auszügen die Resolution zur Tarifrunde.

Die GEW Hessen setzt sich auch weiterhin für deutliche Verbesserungen im Bildungssystem ein. Dabei geht es um den Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten von der Kita bis zur Weiterbildung für alle, unabhängig vom sozialen Hintergrund. Dies setzt gute Beschäftigungsbedingungen und die Aufwertung der pädagogischen Professionen in allen Bildungsbereichen voraus, wie sie von der GEW im Rahmen ihrer Tarif- und Besoldungspolitik eingefordert werden. Unter den Bedingungen der Corona-Pandemie sind die massiven Versäumnisse der verantwortlichen Akteure - insbesondere der letzten hessischen Landesregierungen - mehr als deutlich zu Tage getreten: Fachkräftemangel, vielerorts marode Gebäude, mangelhafte Digital-Ausstattung und vieles mehr. Es gilt daher, die von uns entwickelten bildungs- und beschäftigungspolitischen Positionen nicht nur aufrecht-

zuerhalten, sondern sie weiter zu schärfen. Wir müssen sie mit noch mehr Nachdruck in die politischen Debatten und in die kommenden Tarif- und Besoldungsrunden einbringen. Hier sollen die wichtigsten Elemente skizziert werden, die jeweils für sich noch weiter auszudifferenzieren sind.

Chancengleichheit bekämpfen

Die bestehende Chancengleichheit hat sich, was die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg angeht, durch die Pandemie weiter vergrößert. Kurzfristig muss daher alles dafür getan werden, die besonders benachteiligten Kinder und Jugendlichen gezielt zu fördern. Gleichwohl kann es perspektivisch ein gerechtes Bildungssystem nur im Rahmen eines gemeinsamen Lernens in einer attraktiven Schule für alle geben. Die Mehrgliedrigkeit der Schulstruktur muss überwunden werden, vor allem Kitas und Schulen in einem herausfordernden Umfeld müssen gezielt unterstützt werden.

Erklärung der LDV zur Tarif- und Besoldungsrunde

Die Corona-Pandemie mit ihren verheerenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen stellt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte dar. In dieser Krise hat der öffentliche Dienst auch in Hessen seine Leistungsfähigkeit sehr deutlich unter Beweis gestellt - und dies unter erschwerten Bedingungen. Die Politik der Schuldenbremse hat in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu Personalmangel und mangelnder Ausstattung geführt. Neben den Bereichen Pflege, Gesundheit und Verwaltung war der Bildungsbereich hiervon besonders betroffen. Dass es an Kitas, Schulen und Hochschulen trotz dieser Schwierigkeiten gelungen ist, die gesellschaftlich so wichtigen Aufgaben auf qualitativ hochwertige Art zu erfüllen, ist dem persönlichen Engagement der Beschäftigten zu verdanken. Ihnen gebührt eine angemessene Anerkennung für ihren Einsatz. Diese Anerkennung darf sich aber nicht nur in Sonntagsreden niederschlagen, sondern muss für die Beschäftigten auch beim Einkommen spürbar sein!

Die GEW Hessen steht für eine Aufwertung der Arbeit im Bildungsbereich, denn gute Bildung braucht beste Bedingungen! Der Fachkräftemangel im Bildungsbereich zeigt deutlich, dass die hessischen Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden müssen, um mehr junge Menschen für Berufe in Schulen und Hochschulen zu begeistern. Dazu muss das Land nicht nur die Ausbildungskapazitäten erhöhen, es muss auch beim Entgelt konkurrenzfähig bleiben. Und wir widersprechen Innenminister *Peter Beuth* ausdrücklich, wenn er die berechtigten Forderungen der Tarifbeschäftigten und der studentischen Hilfskräfte als „deutlich überzogen und nicht generationengerecht“ bezeichnet.

- Die Forderungen der GEW Hessen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2021 findet man im Wortlaut unter www.gew-hessen.de.

Für gesunde Räume in Kita, Schule und Hochschule

Kitas, Schulen und Hochschulen sind vielerorts in einem beklagenswerten baulichen Zustand. Wurde die GEW Hessen noch vor einiger Zeit im Hessischen Landtag der Dramatisierung bezichtigt, sind jüngst wiederholt Decken heruntergekommen, ganze Schulen mussten wegen Einsturzgefahr geschlossen werden. Schlecht zu lüftende Räume schaden dem Gesundheitsschutz - nicht nur in pandemischen Zeiten. Darüber hinaus erfordern auch viele pädagogische Methoden sowie der Ganztags bedarfsgerechte Räumlichkeiten. Daher fordern wir nach wie vor eine Bestandsaufnahme des Sanierungsstaus und ein darauf aufbauendes, auf mehrere Jahre ausgelegtes Investitionsprogramm.

Lehrkräftemangel beseitigen

Trotz starker Proteste ist die Landesregierung das Thema Lehrkräftemangel zu spät angegangen, die inzwischen erfolgte Ausweitung der Studienplätze reicht nicht aus. Wir fordern daher einen weiteren Ausbau, so dass die noch immer bestehenden Zulassungsbeschränkungen entfallen. Die Einführung einer Eingangsbesoldung nach A 13 an den Grundschulen muss endlich alleine aufgrund der professionellen Anforderungen erfolgen - aber ohne sie wird Hessen auch den Lehrkräftemangel nicht bewältigen, da immer mehr Grundschullehrerinnen und -lehrer in Bundesländer mit „A13 für alle“ abwandern werden. Der Anteil der befristet beschäftigten Lehrkräfte ist inzwischen auf acht Prozent angestiegen, jede zehnte Unterrichtsstunde wird von einer nicht (voll) ausgebildeten Lehrkraft gehalten. Daher ist ein Qualifizierungsangebot für diese Gruppe dringend erforderlich. Dieses muss zum Erwerb eines Lehramts hinführen und so den Weg in eine Dauerbeschäftigung eröffnen.

Kleinere Lerngruppen und bessere Betreuungsschlüssel

Die Erfahrungen mit dem Wechselunterricht haben aufgezeigt, wie wertvoll die Arbeit in kleinen Lerngruppen ist. Diese verbessern das Lernklima, ermöglichen eine intensive individuelle Förderung und kommen so gerade den Schülerinnen und Schülern zu Gute, die einer besonderen Unterstützung bedürfen. Die Forderung nach dauerhaft verkleinerten Lerngruppen ist daher von höchster Bedeutung, auch um das Ziel der Chancengerechtigkeit zu erreichen. Allerdings kann dies nur gelingen, wenn entsprechend mehr Personal ausgebildet wird und die benötigten Räumlichkeiten geschaffen werden. Auch die Doppelbesetzung ist sinnvoll - nicht zuletzt dann, wenn kleinere Lerngruppen aufgrund fehlender Räumlichkeiten (noch) nicht möglich sind. In den Kitas muss die Fachkraft-Kind-Relation ebenfalls deutlich verbessert werden, an den Hochschulen die Betreuungsrelation.

Rekommunalisierung der Schulreinigung

Der Privatisierungswahn der vergangenen Jahre und die Unterfinanzierung des gesamten öffentlichen Diensts haben in der Corona-Pandemie schwerwiegende Folgen gezeigt. Sie reichen von unterbesetzten Gesundheitsämtern bis hin zu massiven Qualitätsproblemen bei der an private Firmen ausgelagerten Schulreinigung, die zudem mit einer Prekarisierung einhergeht. Wir fordern daher - gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften - ein umfassendes Programm zur Rekommunalisierung. Im Bildungsbereich bezieht sich diese Forderung insbesondere auf die Reinigungsdienste, auf die Kantinen sowie auf die Angebote an ganztätig arbeitenden Schulen.

IT-Infrastruktur verbessern - Fortbildung ausbauen

Die GEW erkennt die Potentiale von digitalen Medien für erfolgreiche Bildungsprozesse, sofern das „Primat der Pädagogik“ ebenso gewährleistet ist wie die Bereitstellung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur. Der Mangel an Konzepten wie auch an Hard- und Software ist in der Pandemie schmerzlich bewusst geworden, trotz DigitalPakt. Daher fordern wir den landesweiten Aufbau einer hochwertigen schulischen IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand, zu der auch zwingend die Bereitstellung eines professionellen Supports gehört. Das Hessische Schulportal muss weiter zu einer leistungsfähigen und nutzungsfreundlichen Plattform ausgebaut werden, welche nicht zuletzt ein datenschutzkonformes Videokonferenzsystem umfasst. Das Angebot

an attraktiven Fortbildungen, in erster Linie zum fachdidaktisch sinnvollen Einsatz digitaler Medien in den verschiedenen Fächern und Stufen, ist ebenso erforderlich.

Arbeitszeit reduzieren - Arbeitsbelastung abbauen

Die Frankfurter Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie hat wissenschaftlich belegt, was wir alle aus der Alltagserfahrung wissen: Lehrerinnen, Lehrer und sozialpädagogische Fachkräfte leisten ein hohes Maß an unbezahlten Überstunden und sind höchsten Arbeitsbelastungen ausgesetzt. Die Belastungen im Sozial- und Erziehungsdienst, an den Hochschulen und in der Weiterbildung sind in Teilen anders gelagert, aber auch hier haben wir es mit äußerst problematischen Bedingungen zu tun. Die Reduzierung der Arbeitszeit ist daher in allen pädagogischen Professionen unerlässlich. Bei Lehrkräften muss sich diese in einer deutlichen Reduzierung der Pflichtstundenzahl und einer Erhöhung der Deputate ausdrücken, bei den Hochschulbeschäftigten in einer Absenkung der Lehrverpflichtung. Dies reicht aber nicht aus: Es müssen für die verschiedenen Bildungsbereiche jeweils eigene Maßnahmenbündel entwickelt werden, die an den spezifischen Belastungen ansetzen. An den Hochschulen etwa ist es unerlässlich, auch das Befristungsunwesen zurückzudrängen.

Bildung auskömmlich und gerecht finanzieren

All diese Forderungen kosten Geld. Die benötigten finanziellen Mittel aufzubringen, wäre in einer reichen Gesellschaft wie der deutschen problemlos möglich: Sogar unter den Bedingungen der Krise sind die Vermögen der Superreichen weiterhin exorbitant angewachsen. Der vorhandene, gesellschaftlich geschaffene Reichtum müsste dazu allerdings durch eine angemessene progressive Besteuerung von hohen Einkommen, von Unternehmensgewinnen und Vermögen für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben nutzbar gemacht werden. Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre und das Dogma der „schwarzen Null“ unter dem Vorzeichen der so genannten Schuldenbremse lassen jedoch befürchten, dass stattdessen schon in Kürze harte Auseinandersetzungen um die Finanzierung der Kosten der Krise drohen. Neue Sparrunden im öffentlichen Dienst sind zu befürchten. Daher werden wir uns vehement für einen Kurswechsel in der Haushalts- und Steuerpolitik einsetzen. Nur so können die erforderlichen Mittel für ein gutes öffentliches Bildungssystem mit guten Lern- und Arbeitsbedingungen dauerhaft aufgebracht werden.





GEW unterstützt Klimastreik

Der zweite Tag der Landesdelegiertenversammlung war auch der Tag eines erneuten Globalen Klimastreiks, zu dem Fridays for Future und viele andere Organisationen, darunter auch die GEW, aufgerufen hatten. Die Landesdelegiertenversammlung, die in einem engen zeitlichen Korsett die satzungsmäßigen Aufgaben zur Komplettierung des Geschäftsführenden Vorstands zu erledigen hatte, verabschiedete die Delegation der GEW Hessen zur Teilnahme an der Demonstration in Fulda.

Insbesondere Kolleginnen und Kollegen des Landesstudierendenausschusses und der Jungen GEW ließen sich die Möglichkeit nicht nehmen, die Solidarität der GEW im Kampf gegen die Klimakatastrophe zum Ausdruck zu bringen. Auch die neu gewählte stellvertretende Landesvorsitzende *Simone Claar* war dabei (auf dem Foto dritte von links).

Berufsverbote: Vor 50 Jahren

Die GEW Hessen beantragt bei der GEW Bund, eine bundesweite Veranstaltung und eine Pressekonferenz zum 50. Jahrestag des sogenannten „Radikalenerlasses“ durchzuführen. Die hessischen Kreisverbände werden aufgefordert, den Erlass und seine Folgen in Mitgliederversammlungen zu thematisieren und nach Möglichkeit Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen einzuladen. Der „Radikalenerlass“ vom 28. Januar 1972 führte zur Gesinnungsüberprüfung und zu Berufsverboten für Bewerberinnen und Bewerber und Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die ausschließlich Menschen mit linken Positionen betrafen.

Wann kommt A13/E13 auch für Grundschullehrkräfte in Hessen?

Am 13. und 14. November demonstriert die GEW in Wiesbaden und Kassel und mit zahlreichen lokalen Aktionen für die Forderung nach Angleichung der Einkommen der Grundschullehrkräfte an die ihrer Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Lehrämtern. Der 13. November gilt als „erster Tag der unbezahlten Arbeit“: Vom 13. November bis zum 31. Dezember arbeiten die Lehrkräfte an Grundschulen ohne Lohn, wenn man ihr Gehalt mit dem der anderen Lehrämter vergleicht. *Heike Ackermann*, Grundschullehrerin im Landkreis Kassel, hatte bereits in ihrer Bewerbung für das Amt der stellvertretenden

Landesvorsitzenden (HLZ S. 11) deutlich gemacht, dass der Kampf für eine gerechte Bezahlung der Grundschullehrkräfte ganz oben auf ihrer Agenda steht: „Die Arbeit an Grundschulen verdient mehr Anerkennung und endlich A13 und E13 für tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer.“ Seit dem 1.8.2021 hat Thüringen – und damit erstmals ein benachbartes Bundesland – die gleichberechtigte Bezahlung der Grundschullehrkräfte umgesetzt. Bildungsminister *Holter* bezeichnete die Gleichstellung als „wichtigen Etappensieg bei der Steigerung der Attraktivität des Lehrer:innenberufs“.

GEW Hessen fordert TV-Stud

Mit einer Resolution bestärkte die GEW Hessen die Forderung, im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen auf einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte an hessischen Hochschulen (TV-Stud) hinzuwirken. Da dies möglicherweise nicht im ersten Anlauf gelingen wird, unterstützt die GEW Hessen die TV-Stud-Initiativen auf Bundes- und Landesebene.

GEW-Studierendensprecher *Henning Tauche* wies darauf hin, dass studentische Hilfskräfte einen wesentlichen Teil der Forschung und Lehre an den Hochschulen stemmen, ob als Tutorinnen und Tutoren in Vorlesungen oder als Hilfskräfte in Bibliotheken: „Dennoch liegen ihre Löhne kaum über dem gesetzlichen Mindestlohn, viele Verträge sind auf nur wenige Monate befristet und unbezahlte Überstunden sind an der Tagesordnung.“



Die Fach- und Personengruppen der GEW Hessen

Fachgruppen und Personengruppen	Vorsitzende bzw. Vorsitzendenteam	Kontaktadressen für Informationen, Anfragen und Mitarbeit
Junge GEW	Madlen Krawatzek	lene_k@web.de
	David Redelberger	david.redelberger@gmx.de
	Anne Wernet	a.wernet@outlook.de
Angestellte	Frank Engelhardt	Engelhardt1971@yahoo.de
	Annette Karsten	annette.karsten@gmx.de
	Andreas Werther	awerther@gew-hessen.de
Migrantinnen und Migranten/Interkulturelle Bildung	Maurella Carbone	maurellac@web.de
	Katica Stanimirov	kvori@aol.com
	Adnan Yildirim	yadnan@freenet.de
Frauen	Martina Krämer	frauen@gew-hessen.de
	Mina Petersen	
	Katja Plazikowsky	
Seniorinnen und Senioren	Heinrich Becker	heinerbecker@gmx.de
	Walter Schäfer	waschaeho@t-online.de
	Evelyn Schulte-Holle	evelyn.schulte-holle@t-online.de
Studentinnen und Studenten	Kyra Beninga	studierende@gew-hessen.de
	Nathalie Schäfer	
	Henning Tauche	
Berufsbildende Schulen	Markus Heberling	m.heb@t-online.de
	Carsten Leimbach	carsten.leimbach@gew-nordhessen.de
	Katja Pohl	katja.m.pohl@web.de
Erwachsenenbildung	Eva Maria Bender-Gilchrist	bender_gilchrist@web.de
	Marko Hild	marko.hild@web.de
	Janette Leipert	leipert-gew-fg-eb@gmx.net
Gesamtschulen	René Scheppler	r.scheppler@gew-wiesbaden.de
	Nathalie Thoumas	n.thoumas@gew-gg-mtk.de
	Ralph Wildner	ralph.wildner@gew-giessen.de
Grundschulen	Susanne Hoeth	Susanne.Hoeth@gmx.de
	Dorit Schöber	d.schoesser@gew-hrwm.de
	Robin Stock	post4robin@web.de
Gymnasien	Holger Giebel	hgiebel@gew-bergstrasse.de
	Alexander Pohlit	alexpohlit@yahoo.de
	Anke Weichenhain	a.weichenhain@members.bserv.de
Haupt- und Realschulen	Sylvia Groß	sylvia.gross@friedrich-magnus.de
	Achim Herchenhan	achim.herchenhan@t-online.de
	Patricia Kraus	patricia.m.kraus@t-online.de
Hochschule und Forschung	Pascal Annerfelt	pascal.annerfelt@gmx.de
Schulaufsicht, Schulentwicklung, Schulpsychologie	Dieter Eitel	dieter_eitel@gmx.de
	Manfred Lück	manlueck@t-online.de
Sonderpädagogik	Anna Held	anna-held@t-online.de
	Stefan Ohlenmacher	s.ohlenmacher@gmx.de
	Anja von Specht	anja@vonspecht.de
Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst	David Beier	beierdavid@t-online.de
	Julia Eckes	julia-eckes@gmx.de
	Frank Engelhardt	Engelhardt1971@yahoo.de
Sozialpädagogische Berufe	Sylvia Bausum	fgsozpaed@gew-hessen.de
	Anna Elsässer	
	Janina Piec	



GEW: Die Mitmachgewerkschaft

Zu den satzungsmäßigen Aufgaben einer ordentlichen Landesdelegiertenversammlung der GEW gehört auch die Bestätigung der Vorsitzenden der Fach- und Personengruppen, die auf landesweiten Versammlungen im Vorfeld einer LDV gewählt werden.

Neben der regionalen Gliederung in Schul- und Betriebsgruppen, Kreis- und Bezirksverbände hat die GEW auch eine Struktur zur Gestaltung und Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte in Fach- und Personengruppen. Während diese rein ehrenamtlich tätigen Gruppen in den Kreisen und Bezirksverbänden sehr unterschiedlich präsent sind, geben sie auf der Landesebene ein vollständiges Abbild der vielfältigen Arbeitsfelder und der spezifischen Interessen der Mitglieder der GEW Hessen.

Die Mitarbeit in den Landesfachgruppen und Landespersonengruppen ist offen für alle Mitglieder – auch zum zunächst unverbindlichen „Reinschnuppern“. Lediglich bei formalen Beschlüssen und Wahlen ist eine Delegation durch die Kreis- und Bezirksverbände erforderlich. Die nächsten Termine kann man bei den Vorsitzenden der Fach- und Personengruppen per Mail erfragen.

Informationen aus den Fach- und Personengruppen findet man auch auf der Homepage der GEW Hessen unter www.gew-hessen.de > Bildung > Themen.



Birgit und Maïke, ihr wart ein gutes Team!

Birgit Koch (Foto: links) hatte schon vor längerer Zeit angekündigt, nach drei Jahren als stellvertretende Landesvorsitzende (2011 bis 2014) und sieben Jahren als Landesvorsitzende zunächst im Tandem mit *Jochen Nagel* (2014 bis 2017) und dann im Tandem mit *Maïke Wiedwald* (2017 bis 2021) nicht erneut anzutreten.

Maïke Wiedwald, stellvertretende Landesvorsitzende von 2014 bis 2017 und mit Birgit Koch Landesvorsitzende von 2017 bis 2021, hatte ihre erneute Kandidatur, jetzt im Tandem mit Thilo Hartmann, kurzfristig zurückgezogen (HLZ S.17). So verabschiedete die Landesdelegiertenversammlung beide gemeinsam und zum selben Zeitpunkt mit großem Beifall, mit herzlichem Dank und allen guten Wünschen in einen neuen Lebensabschnitt.

Thilo Hartmann, der neu gewählte Landesvorsitzende, betonte bei seiner Verabschiedungsrede, in wie große Fußstapfen er tritt und wie sehr er sich den Einstieg in einem Tandem mit Maïke Wiedwald gewünscht habe. Birgit Koch dankte er für die spontane Bereitschaft, nach der Verschiebung der turnusmäßigen Landesdelegiertenversammlung auf das Jahr 2021 ein „Corona-Jahr“ dranzuhängen: „Auf euch beide war immer Verlass!“ Corona habe mit vielfältigen innerschwerfachtlichen und politischen Herausforderungen beiden extrem viel abverlangt: „Aber ihr wart immer da, in der Auseinandersetzung mit der Landesregierung und dem Kultusministerium genauso wie in den Medien.“ Unvergessen

lich sei die Tatsache, dass es Maïke mit ihrer unerhörten Forderung, in jeder Klasse müsse ein Stück Seife verfügbar sein, sogar in die *heute show* geschafft habe.

Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, die GEW-Bundesvorsitzende *Maïke Finnern* und *Klaus Peter Hammer*, GEW-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz, richteten ebenfalls persönliche und politische Dankesworte an Maïke und Birgit.

Michael Rudolph hob insbesondere das Engagement von Birgit und Maïke bei der Organisation des Beamtenstreiks 2015 hervor, als die Landesregierung eine dauerhafte Abkopplung der Beamtinnen und Beamten von der Tarifentwicklung auf den Weg bringen wollte: „Ihr habt es geschafft, dass Schwarz-grün diese Absicht 2017 beerdigen musste.“ Die GEW habe daran einen großen Anteil gehabt und außerdem „für einen nicht immer selbstverständlichen Schulterchluss mit der Gewerkschaft der Polizei gesorgt“. Birgit Koch wird insbesondere ihre kämpferische Rede vor 20.000 streikenden Erzieherinnen und Erziehern auf dem Römerberg in Frankfurt dauerhaft in Erinnerung behalten.

Maïke Finnern und Klaus Peter Hammer, der die GEW gemeinsam mit Birgit Koch unter anderem beim Weltsozialforum und in der Bildungsinternationale vertreten hatte, lobten ihr hartnäckiges Eintreten für internationale Solidarität gerade auch angesichts der Verfolgung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Türkei. „Nicht jede hätte den Mut gehabt, so wie du im November 2019 nach Ankara zu reisen und dort an einer Solidaritätskundgebung unserer Schwestergewerkschaft Egitim Sen teilzunehmen“, betonte Klaus Peter Hammer.

Maïke Wiedwald hat sich nicht nur aus Sicht von Maïke Finnern insbesondere auch durch ihre Engagement für die „Eine Schule für alle“ und für mehr Chancengleichheit bleibende Verdienste erworben, denn sie habe die gemeinsamen Ziele nicht nur bildungspolitisch vertreten, sondern auch als Gesamtschullehrerin „vorgelebt“. Die Schule, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen an einer Gesamtschule sei auch für sie in der Zeit als Landesvorsitzende unverzichtbar gewesen: „Du hast mit deinem Lachen gezeigt, dass dir dein Beruf als Lehrerin Spaß macht und dass es trotz aller Belastungen ein erfüllender Beruf ist.“ Wie sie dann noch Zeit gehabt habe, als ehrenamtliche Trainerin insbesondere im Mädchensport tätig zu sein und selbst Sport zu treiben, bleibe ihr selbst „ein Rätsel“.



Die „Stimmbänd“ aus Nordhessen begleitete das Abschiedsprogramm mit stimmungsvoller A-Cappella-Musik, mit dabei GEW-Kollegin und Landesvorstandsmitglied Annette Karsten (zweite von rechts).

„Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen.“

Ein Brief von Maike Wiedwald an die Delegierten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich wende mich heute auf diesem Weg an euch, weil sich meine persönliche Situation verändert hat und ich darüber informieren möchte. Für mich hat sich sehr kurzfristig die Möglichkeit ergeben, die Bremer Bildungssenatorin Sascha Aulepp und ihre Politik unterstützen zu können. Ich habe mich immer für die Durchsetzung von Chancengleichheit und Bildungsmöglichkeiten für alle eingesetzt und werde das auch weiterhin lautstark machen. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ausdifferenzierung mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen, kulturellen und sozialen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen muss der sozialen Spaltung auch damit begegnet werden, dass Schulen und Kitas in einem schwierigen sozialen Umfeld und mit einer hohen Heterogenität deutlich besser ausgestattet werden. Genau diese Politik vertritt die Bremer Landesregierung mit der neuen Bremer Bildungssenatorin. Diese Politik zu unterstützen und die Arbeits- und Lernbedingungen für die an Bildung Beteiligten zu verbessern, ist für mich herausfordernd und interessant. Meine Aufgabe wird es sein, komplizierte Sachverhalte verständlich zu erläutern und damit die Transparenz der Kinder- und Bildungspolitik gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien weiter zu verbessern.

Nach kurzer Überlegung habe ich mich entschieden, diese Stelle anzunehmen. Somit stehe ich nicht mehr als Bestandteil eines Tandems zur Wahl und ziehe hiermit meine Kandidatur zurück. Diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Die letzten sieben Jahre im GEW-Vorsitzenden-Team auf Landesebene in Hessen und die ehrenamtliche Tätigkeit innerhalb der GEW in den Jahren davor haben mein Leben bestimmt, verändert, bereichert und waren alles andere als langweilig. Jetzt folgt ein anderer Lebensabschnitt, der mich wieder zurück in die Region bringt, in der ich aufgewachsen bin.

Mit GEWerschaftlichen Grüßen
Maike Wiedwald

Danke an das Team im Zimmerweg

Die Durchführung einer Landesdelegiertenversammlung mit fast 300 Delegierten und Gästen ist für die Beschäftigten in der Landesgeschäftsstelle und in den Bezirken immer ein „Mega-Stress“. Die LDV 2021 toppte dies jedoch noch einmal um ein Vielfaches, insbesondere durch die Durchführung als hybride Veranstaltung, bei der die Delegierten, die von zuhause digital zugeschaltet waren, und die Delegierten im Saal gleiche Rechte bei allen Abstimmungen und gleiches Rederecht hatten, dazu dann noch einen bunten Abend und eine Aktion zur Tarifrunde organisieren und alle Fragen geduldig beantworten... Mit einem Wort: Ihr habt einen Super-Job gemacht! Die Kolleginnen und Kollegen am Anmeldedesk, an der Protokollkamera, in der digitalen Bildtechnik, im Chat, bei der Ausgabe der Materialien für die Tarifrunde und vor allem auch die „Technik-Läufer“, die angerannt kamen, wenn Delegierte nicht abstimmen konnten. Namentlich können wir nicht alle erwähnen, aber eine Kollegin dann doch: Unsere Geschäftsführerin Karola Stötzel hat auf der ersten von ihr verantworteten LDV gleich ihr Meisterstück abgeliefert. In Kenntnis der Fragen einer lesenden Arbeiterin weiß sie den Dank an alle weiterzugeben...



Auf der Verabschiedungsfeier von links nach rechts: Tony C. Schwarz, Ulrich Martin, Maike Finnern, Maike Wiedwald, Juliane Kothe, Birgit Koch, Christoph Baumann, Ralf Schrader und Hajo Dröll

Danke, Tschüss und auf Wiedersehen...

Durch die intensive Personaldebatte bei der Wahl des Landesvorsitzes der GEW Hessen (HLZ Seite 8-9) zog sich das Warten auf den „Bunten Abend“ lange hin, bei dem nicht nur die Kolleginnen und Kollegen verabschiedet wurden, die bei der Landesdelegiertenversammlung nicht mehr angetreten waren, sondern auch langjährig engagierte Kolleginnen und Kollegen, denen eine würdige Verabschiedungsfeier im letzten Jahr durch Corona verwehrt blieb.

Das Foto zeigt von links nach rechts Tony C. Schwarz, der den Abend moderierte, Ulrich Martin, langjähriger Geschäftsführer der GEW Hessen, Maike Finnern, die neue Bundesvorsitzende der GEW, Maike Wiedwald, bis zu diesem Abend Landesvorsitzende der GEW, Juliane Kothe, langjähriges Mitglied des Referats Schule und Bildung, Birgit Koch, GEW-Landesvorsitzende von 2014 bis 2021, Christoph Baumann, GEW-Aktivist in vielfältigen Funktionen, zuletzt im Referat Schule und Bildung, Ralf Schrader, langjähriges Mitglied der GEW-Schiedskommission, und Hajo Dröll, ebenfalls GEW-Urgestein unter anderem als Vorsitzender des Landesangestelltenausschusses und im Referat Weiterbildung und Bildungsmarkt.

Ulrich Martin (zweiter von links) hatte schon am 30. Juni 2020 seinen letzten Arbeitstag in der Landesgeschäftsstelle der GEW im Zimmerweg in Frankfurt, so las man es zumindestens in der HLZ 7-8/2020. Tatsächlich war er auch danach eine große Stütze für die neue Geschäftsführerin Karola Stötzel, die immer wieder auf seinen Rat und seine Unterstützung zurückgreifen konnte. Wie wir ihn kennen, übernahm er ohne große Worte und mit großer Ruhe notwendige Aufgaben, um einen reibungslosen Wechsel sicherzustellen und seine reichhaltigen Erfahrungen und Kenntnisse aus 35 Jahren in der GEW Hessen weiterzugeben, zunächst als Organisationssekretär und seit 2002 als Geschäftsführer. Dass ihm coronabedingt im Sommer 2020 kein feierlicher Abschied bereitet werden konnte, sei für ihn wohl eher „kein Problem“ gewesen, mutmaßte Annette Loycke im Namen der Beschäftigten, für das Team im Zimmerweg allerdings schon. So dankten ihm alle an diesem Abend noch einmal mit Standing Ovationen. Die A-Cappella-Gruppe „Stimmbänd“ aus Nordhessen begleitete den lockeren Ausklang eines langen Abends.

Sackgasse Privatisierung

GEW für Rekommunalisierung der Schulreinigung

In der HLZ 9-10/2021 beschrieb GEW-Referent Kai Eicker-Wolf die Folgen der Privatisierung der Schulreinigung. In der Diskussion des GEW-Landesvorstands über einen entsprechenden Antrag wurde deutlich, dass das Thema nicht nur für die Schulen, sondern auch für Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen von großer Relevanz ist. Die GEW Hessen beschloss das folgende Grundsatzpapier mit der Forderung nach einer Rekommunalisierung der Schulreinigung und wird sich auch an einer geplanten Kampagne des DGB für eine Rückführung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Verantwortung beteiligen.

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise ist die hygienische Situation in den Schulen in den Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit gerückt. Die meisten Schulträger haben darauf reagiert – mit Seife, Papierhandtüchern, Desinfektionsmittel, zusätzlichem Geld für Reparaturen der Sanitäreinrichtungen und Präsenz-Reinigungskräften für Schultoiletten.

Das Problem von unsauberen Schulen ist allerdings schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie in der öffentlichen Berichterstattung präsent gewesen – und dieses Problem verlangt langfristig angelegte Lösungen. So wurde in den vergangenen Jahren immer wieder darüber berichtet, dass Kinder aufgrund von Hygienemängeln den Gang auf die Schultoilette scheuen. Bauliche und hygienische Unzulänglichkeiten gehen hier häufig Hand in Hand. Dabei sind verdreckte und stinkende Schultoiletten nur die Spitze des Eisbergs, denn Klagen über eine unzureichende Reinigung waren und sind auch mit Blick auf Klassen- und Lehrerzimmer oder Sporthallen zu hören. Wie groß das Problem ist, zeigt eine bundesweite und repräsentative Umfrage im Auftrag der GEW aus dem vergangenen Jahr, die auch Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer enthält. Gut 70 Prozent der Befragten in Hessen teilten die Einschätzung, dass die hygienische Grundausstattung an Schulen vor der Corona-Pandemie durch die Politik vernachlässigt wurde. Und 80 Prozent sind der Auffassung, dass die hessischen Schulen auch über die Pandemie hinaus stärker auf die hygienischen Grundvoraussetzungen achten sollten.

Verantwortlich für mangelnde Sauberkeit und Hygiene in den Schulen ist der Sparkurs vieler Schulträger. Die meisten haben die Reinigung schon vor vielen Jahren privatisiert –

verbunden mit der Hoffnung, dass so die Kosten sinken. Dies ist in der Regel auch erreicht worden, allerdings auf Kosten der Qualität der Hygiene und zu Lasten der Beschäftigten. Oft können die externen Reinigungskräfte kaum mehr als oberflächlich die Schulböden putzen und hetzen von Raum zu Raum, da ihnen viel zu wenig Zeit für die Reinigung zur Verfügung steht. Eine zentrale Rolle spielt der enorme Verdrängungswettbewerb in der Reinigungsbranche, der vor allem über möglichst niedrige Personalkosten ausgetragen wird. Dort, wo die Schulen mit direkt beim Schulträger beschäftigten Arbeitskräften gereinigt werden, sind die Schulen in einem besseren hygienischen Zustand.

Forderungen der GEW Hessen

Vor diesem Hintergrund fordert die GEW

- die Rekommunalisierung der Schulreinigung in Hessen,
- ausreichend Personal und Zeit für die Schulreinigung,
- eine grundlegende Reinigung ohne Ausnahmen,
- Entlohnung aller Reinigungskräfte nach dem TVöD,
- mindestens eine Präsenzreinigungskraft in jeder Schule
- sowie ausreichendes Hygienematerial an jeder Schule.

Die Frage, ob die öffentliche Hand eine bestimmte Aufgabe wahrnehmen soll oder diese besser auf private Unternehmen übertragen werden sollte, ist in den vergangenen Jahrzehnten sehr häufig zugunsten der Privatwirtschaft beantwortet worden. Privatisierungen – also die Verlagerung von bisher vom Staat durchgeführten Funktionen, Aufgaben oder Vermögenswerten in den privaten Sektor – wurden und werden in der Regel damit begründet, dass private Unternehmen wirtschaftlicher arbeiten und die entsprechenden Güter und Leistungen kostengünstiger bereitstellen würden. Zudem erfolgen Privatisierungen häufig aus fiskalischen Gründen: Werden Erlöse durch die Privatisierung erzielt, sollen so Defizite in öffentlichen Haushalten verringert werden.

Privatisierung kommt uns teuer zu stehen

Private Unternehmen und ihre Verbände haben ein ausgeprägtes Interesse, öffentliche Aufgaben zu übernehmen, weil sie sich hiervon Gewinne versprechen: in der Ver- und Entsorgung, bei Krankenhäusern und in Reinigungsdienstleistungen. Sie wollen von öffentlichen Zahlungen profitieren, die durch einen regelmäßigen und verlässlichen Geldfluss im Vergleich zu ihrer anderen Betätigung kaum risikobehaftet sind – zu denken ist etwa an Betreuungs- und Pflegeaufgaben oder das Gebäudemanagement von Schulen.

Tatsächlich jedoch halten Privatisierungen in der Regel nicht, was sie versprechen. Steigende Preise durch Gewinnaufschläge, Qualitätsmängel und eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten kennzeichnen im Wesentlichen die Folgen von Privatisierungen. Mit Privatisierungen ist auch der Rückzug der öffentlichen Steuerung durch die Politik verbunden – oder diese wird zumindest erschwert, da aufgrund von bestehenden Vertragslauf-

**Sigrid Krause,
Gesamtschule
im Vogelsbergkreis:**

„Durch kommunales
Personal gereinigte
Schulen stehen
besser da.“



zeiten häufig nicht flexibel auf Änderungen reagiert werden kann. Deshalb werden Privatisierungen in vielen Fällen auch wieder rückgängig gemacht – auf der kommunalen Ebene wird dies als Rekommunalisierung bezeichnet. Auch in der Gebäudereinigung ist es in der jüngeren Vergangenheit zu Rekommunalisierungen gekommen.

Die Gebäudereinigung ist das beschäftigungsstärkste Handwerk in Deutschland. Der große Beschäftigungszuwachs der Branche in den vergangenen Jahrzehnten hat seine Ursache in der seit den 1970er Jahren wachsenden Auslagerung der Reinigung und deren Vergabe an private Dienstleistungsunternehmen durch öffentliche Einrichtungen und Kommunen. Gebäudereinigungsdienstleistungen werden nicht mehr von Beschäftigten des eigenen Hauses oder der eigenen Einrichtung durchgeführt, sondern von beauftragten Dienstleistungsunternehmen.

In der Gebäudereinigung mit rund 680.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dominieren geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in Form von Minijobs (33,5 Prozent im Jahr 2018) und kleinen Teilzeitbeschäftigungen mit Arbeitszeiten am Rande des Tages oder in der Nacht. Nach dem Einzelhandel und der Gastronomie ist die Gebäudereinigung die Branche mit den meisten geringfügig entlohnten Beschäftigten. Hiervon haben fast 40 Prozent zusätzlich einen sozialversicherungspflichtigen Job, befristete Verträge sind stark verbreitet.

Etwas mehr als die Hälfte aller Unternehmen (26.000) beschäftigt weniger als fünf Arbeitskräfte. Lediglich in knapp neun Prozent der Unternehmen sind 50 und mehr Personen tätig. Entsprechend stark konzentrieren sich auch die Umsätze: 629 Unternehmen im Reinigungshandwerk – das sind 2,6 Prozent aller Reinigungsunternehmen – erzielen 54 Prozent des gesamten Branchenumsatzes.

Missachtung von Tarifverträgen

Die Wettbewerbsintensität in der Reinigungsbranche ist sehr hoch. Der Wettbewerb erfolgt vor allem über die Personalkosten, da diese bei über 70 Prozent liegen. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitskräfte arbeitet trotz des allgemeinverbindlichen Lohntarifvertrages im Niedriglohnssektor.

Durch den erwähnten hohen Einsatz von geringfügig Beschäftigten versuchen Unternehmen Lohnkosten einzusparen, indem keine oder lediglich eine unvollständige Vergütung von Überstunden, Urlaub und Krankheit gewährt wird – obwohl der Rahmentarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks genau dies vorgibt. Im Wettbewerb um Aufträge versuchen Unternehmen der Reinigungsbranche in der Regel



In Berlin verzeichnet das Bündnis für Saubere Schulen aus GEW, ver.di, IG BAU und Schule in Not e.V. erste Erfolge bei der Durchsetzung seiner Forderung nach einer Verbesserung und Rekommunalisierung der Schulreinigung. Über 25.000 Berliner Bürgerinnen und Bürger hatten eine Petition zur Rekommunalisierung der Schulreinigung und für mehr Zeit und bessere Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte an den Schulen unterschrieben und damit für den Doppelhaushalt 2020/21 16 Millionen Euro zusätzlich für Schulreinigung erkämpft. Sechs Berliner Bezirke haben eindeutig – und teilweise einstimmig – für die Rekommunalisierung der Schulreinigung gestimmt und auf Landesebene wurde der „Runde Tisch Schulreinigung“ eingerichtet. (Foto: Ina Sendfeld, Schule in Not e.V.)

über den niedrigsten Preis erfolgreich zu sein. Über die sogenannte Flächenleistungsverdichtung werden die Angebotspreise gesenkt. Die kalkulierte Arbeitszeit wird verkürzt, indem der Preis bezüglich der Flächenleistung gesenkt wird. Die Arbeit wird massiv verdichtet, der Zeitdruck für die Reinigungskräfte nimmt zu und letztlich leiden so die Qualität der Leistung und die Arbeitszufriedenheit und Gesundheit der Beschäftigten. Verbreitet sind zudem Vergütungen nach gereinigten Objekten, Zimmern oder Flächen, für deren Reinigung zu wenig Zeit einkalkuliert wird (sogenannte „Objektlöhne“). Dies führt unter Umständen dazu, dass gesetzeswidrig der Mindestlohn unterlaufen wird.

- Dass die Privatisierung der Reinigung von Bildungseinrichtungen nicht unumkehrbar ist, zeigen die auf dieser Seite dokumentierten erfolgreichen Initiativen von Personalräten, Gewerkschaften und Eltern aus Berlin und Düsseldorf.



Im Januar 2020 unterzeichneten der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel (links) und der Personalratsvorsitzende Robert Wollborn-Schönfeld eine Dienstvereinbarung „Neue Reinigung“. Damit wurden die Pläne der Stadtverwaltung, sämtliche Reinigungsleistungen der Landeshauptstadt an Fremdfirmen zu vergeben, zu den Akten gelegt. Der Personalrat der Stadt Düsseldorf hatte Berichte über die mangelhafte Reinigung insbesondere in den Kitas öffentlich gemacht, in seiner Zeitung „Blickwinkel“ regelmäßig informiert und Statements von Personalrat und Beschäftigten in kurzen Filmen verbreitet. Für dieses Engagement wurde er 2020 mit dem Personalrätepreis in Gold ausgezeichnet. Bereits 2019 erfolgten 144 Einstellungen in einem geschützten TVöD-Arbeitsverhältnis, die Eigenreinigungsquote konnte zum 1.1.2020 auf 36,3 % gesteigert werden. (Foto: Ingo Lammert, Landeshauptstadt Düsseldorf)

Wie lernen Kinder schreiben?

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Grundschulverbands in Hessen

Im Juni hat Kultusminister Lorz ein „Maßnahmenpaket zur Förderung der Bildungssprache Deutsch“ veröffentlicht. Roman George, Bildungsreferent der GEW Hessen, sprach darüber mit Mario Michel, dem Vorsitzenden des Grundschulverbands in Hessen.

Die angekündigten Maßnahmen betreffen insbesondere die Grundschulen. Unter anderem soll es in der vierten Jahrgangsstufe eine zusätzliche Deutschstunde geben. Das klingt doch gut, oder?

Es ist sicher grundsätzlich der richtige Weg, sich mit Deutsch auseinanderzusetzen und Deutsch wieder in den Fokus zu nehmen. In den Klassen 1 und 2 haben wir jetzt schon sechs Stunden Deutsch. Der dritte Jahrgang ist eigentlich der, der jetzt hinten runterfällt. Am liebsten hätte ich die sechste Deutschstunde für die dritte Klasse auch noch, das haben sie aber leider nicht gemacht. Es ist der richtige Weg, den Fokus auf Deutsch zu legen, aber einiges läuft gerade schief und wäre verbesserungswürdig.

Damit meinst du wohl auch die inzwischen durch einen Erlass für verbindlich erklärte „pädagogisch motivierte Fehlerkorrektur“ ab dem zweiten Halbjahr der ersten Klasse. Damit sollen die Lehr-

kräfte von nun an alle falsch geschriebenen Wörter anhand der richtigen Duden-Schreibweise korrigieren. Warum gibt es daran Kritik?

Kritik ist fast schon untertrieben. Es gibt eine Welle der Empörung unter den Mitgliedern des Grundschulverbandes, seit der Erlass kurz vor den Sommerferien bei uns ankam. Hier wird auf massive Weise in die Arbeit der Grundschullehrkräfte und ihre pädagogische Freiheit eingegriffen. Ich kenne keine Grundschullehrkraft, der es egal ist, wie die Kinder schreiben. Aber eine Fehlerkultur muss reifen und im Dialog mit den Kindern erarbeitet werden. Ihr kennt ja auch die Stellungnahme von Frau Prof. Reichardt (HLZ S.21), die die Folgen einer erzwungenen Korrektur aller Fehler für den Schriftspracherwerb deutlich aufgezeigt hat. Mit einer solchen Fixierung auf Defizite bekommen die Kinder immer nur gezeigt, was sie verkehrt machen.

Im selben Maßnahmenpaket wird auch die Methode „Schreiben nach Gehör“ oder „Lesen durch Schreiben“ für unzulässig erklärt. Dabei hat der Minister 2020 nach einer Befragung der Grundschulen festgestellt, dass die Methode in den hessischen Schulen gar nicht angewendet wird....

Ich glaube, dass am Ende der Name einer bestimmten Methode völlig irrelevant ist. Ob die so oder so heißt, ist letztendlich nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass die Kinder möglichst schnell Freude am Schreiben und am Lesen bekommen – und das in einer Zeit, wo Handschrift eine immer geringere Rolle spielt. Man kann Lesenlernen und Schreibenlernen nicht voneinander trennen. Das ist ein Prozess, der nur im Einklang funktioniert. Ich kann Kinder zunächst nur für das Schreiben motivieren, wenn sie die Wörter so schreiben, wie sie sie in diesem Moment hören. Diesen unabdingbaren Prozess durchläuft das eine Kind schneller, das andere langsamer. Und dann muss die Lehrkraft den entscheidenden Moment abpassen, wann das einzelne Kind für eine Fehlerkorrektur bereit ist, ohne dass es gehemmt wird, weiterzuschreiben. Dafür gibt es Techniken, die Kinder dazu anleiten, eigene Texte anhand von Rechtschreibregeln zu überprüfen. Niemand von uns will, dass Kinder am Ende der dritten und der vierten Klasse schreiben können, wie sie wollen...

Wie steht ihr als Grundschulverband zu der Vorgabe des HKM, dass ab dem Schuljahr 2022/23 eine verbundene Hand-

HKM kassiert Zusage zur Verkleinerung von Grundschulklassen

CDU und Grüne hatten in ihrem Koalitionsvertrag 2018 angekündigt, sie wollten im Interesse einer besseren Förderung „erreichen, dass künftig jeder dritte Klassenzug an Grundschulen nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schüler hat.“ Trotz der unklaren Formulierung begrüßte die GEW die Ankündigung als ersten Schritt zur notwendigen Senkung der Klassenteiler in allen Schulformen und Schulstufen.

Jetzt antwortete das HKM auf eine Kleine Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Moritz Promny, der zur schwarz-grünen Halbzeit wissen wollte, was aus dieser Ankündigung geworden ist (DS 20/5815). Nach langen Vorbemerkungen über die Grundschulzeit als eine „ungestörte und mit Freude und Erfolg erfüllte Lernzeit“ kommt das HKM

erst zum Schluss zur eigentlichen Frage. Dabei schiebt es alle Erfahrungen aus dem der Corona-Pandemie geschuldeten Wechselunterricht in halbierten Lerngruppen beiseite: „Eine bloße Veränderung der Schülerzahl“ führe „nicht automatisch zu einer intensiveren Förderung“. Und dann kommt es knüppeldick: Die Forderung nach kleineren Klassen basiere nämlich „häufig auf einer subjektiven Wahrnehmung“. Richtig, aber eben auf einer einheitlichen, erfahrungsgesättigten Wahrnehmung von Lehrkräften, Schülerinnen, Schülern und Eltern. Obwohl vielfach gerade gerückt folgt der abgedroschene Rückgriff auf die „OECD- und Pisa-Studien“ und auf die Hattie-Studie. Danach sei „die Anzahl der Schülerinnen und Schüler pro Lerngruppe nur ein

Faktor unter vielen für den Lernerfolg.“ Auch da will niemand widersprechen, aber es ist und bleibt ein zentraler Faktor. Danach zeigt sich das HKM gnädig, denn es plane „gegenwärtig (!) nicht, die Schülerhöchstzahl von 25 Schülerinnen und Schülern pro Lerngruppe an hessischen Grundschulen zu erhöhen.“

Und schließlich lässt es die Katze aus dem Sack: Angesichts der Tatsache, dass die „durchschnittliche (!) Klassengröße an Grundschulen“ schon jetzt unter 20 Kindern liege, werde die Landesregierung zwar „fortlaufend mögliche Veränderungen des Klassenteilers“ prüfen. Letztlich heißt das im Klartext: Die Zusage im Koalitionsvertrag wird nicht umgesetzt, auch wegen des Mehrbedarfs von „132,57 zusätzlichen Lehrerstellen“.



Mario Michel ist Vorsitzender des Grundschulverbands in Hessen und Schulleiter der Grundschule Kirchhain. (Foto: Grundschule Kirchhain)

schrift verbindlich festgelegt werden soll? Damit wäre die an vielen Grundschulen verwendete Grundschrift nicht mehr zulässig...

Nach einer Abfrage bei den Grundschulen in Hessen vermitteln 30 Prozent die Vereinfachte Ausgangsschrift, 30 Prozent die Schulausgangsschrift, 30 Prozent die Grundschrift und tatsächlich noch 10 Prozent die lateinische Ausgangsschrift. Die Grundschrift ist also sehr gut angenommen worden. Das Ministerium hat uns zu keinem Zeitpunkt in diese Entscheidung einbezogen, uns nicht einmal gefragt. Auch bei der Grundschrift gibt es die Möglichkeit, die Buchstaben zu verbinden, aber auch – wie das viele Erwachsene auch tun – an der einen oder anderen Stelle zu unterbrechen, zum Beispiel wenn sich die Schreibrichtung von dem einen zum anderen Buchstaben ändert. Allerdings steht Hessen mit der Einschränkung der Freiheit der Schulen nicht allein, deshalb wollen wir auch noch mal mit der Kultusministerkonferenz ins Gespräch kommen. Im Kerncurriculum Deutsch gibt es für die Grundschulen in Hessen nur die Festlegung, dass eine gut lesbare Handschrift erlernt werden soll. Deshalb bewegt sich der Erlass in einem rechtlichen Graubereich...

Um auf eine weitere Enttäuschung zu sprechen zu kommen: Offensichtlich hat das HKM die Absichtserklärung im schwarz-grünen Koalitionsvertrag, dass jede dritte Grundschulklasse auf unter 20 Schülerinnen und Schüler verkleinert werden soll, klammheimlich kassiert. Du kennst ja sicher auch die Antwort des

HKM auf eine Anfrage der FDP, die wir auch in der HLZ kommentieren...

Ja, nach der Antwort des HKM wäre die Maßnahme mit einem Bedarf von 130 Stellen verbunden, die 10,5 Millionen Euro kosten würden...

Also geht es mal wieder nur um das Geld für Bildung?

Na ja, vielleicht würde man den Weg sogar gehen, wenn es dafür ausgebildete Lehrkräfte gäbe. Hier leiden wir unter der Miswirtschaft der letzten zehn bis 15 Jahre. Aber viel schlimmer finde ich die Aussage, die Forderung nach kleineren Klassen beruhe auf einer „subjektiven Wahrnehmung“. Was für ein Quatsch! Das einzig Positive an der Pandemie und dem so erzwungenen Wechselunterricht war die Arbeit in kleineren Lerngruppen mit der Möglichkeit, einzelne Kinder individuell zu fördern. Wer sagt, das sei nur eine „subjektive Wahrnehmung“, der wertet die Grundschullehrkräfte ab und den müsste man mal für drei Wochen in eine 25er-Klasse in einem sozialen Brennpunkt schicken...

Was meint ihr im Grundschulverband, wie der Schriftspracherwerb tatsächlich besser gefördert werden könnte?

Auf jeden Fall brauchen wir Veränderungen in der Ausbildung der Lehrkräfte an den Universitäten und im Referendariat und in der Fortbildung. Man muss besser auf die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler vorbereitet werden, gerade was das Fach Deutsch betrifft. Wir brauchen mehr Fortbildung für Lehrkräfte, die keine Ausbildung für Deutsch hatten, damit sie nicht einfach nur Seite für Seite im Lehrwerk durchgehen. Und dann muss man endlich wieder auf die Grundschulen hören. Ich denke zum Beispiel an die Leseambulanz. Die hat unfassbar gut funktioniert, weil dafür kleine Gruppen gebildet wurden. Dann kam ein Brief aus dem Ministerium, das habe ja super geklappt, doch ab jetzt gebe es dafür keine Stunden mehr. So geht das immer wieder. Bei den Vorgaben zur Fehlerkorrektur oder zur Schrift, bei den Methoden zum Schriftspracherwerb oder den Bedingungen für das Förderprogramm Löwenstark – immer wieder werden die Erfahrungen, die wir in den Grundschulen machen und deutlich und mit Nachdruck vortragen, einfach ignoriert.

Lieber Mario Michel, wird danken dir für das Gespräch.

Folgeschwere Auswirkungen

Anke Reichardt ist Professorin am Institut für Schulpädagogik und Grundschuldidaktik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und hat die einzige Professur für den Schriftspracherwerb unter den Bedingungen von Heterogenität an einer deutschen Hochschule. In dem folgenden Brief nimmt sie zu der Entscheidung des Hessischen Kultusministeriums Stellung, eine „pädagogisch motivierte Fehlerkorrektur“ spätestens ab dem 2. Halbjahr der 1. Jahrgangsstufe anzuordnen.

Lehrkräfte sollen ab dem 1. Schuljahr alle im schulischen Kontext falsch geschriebenen Wörter korrigieren, indem die richtige Schreibweise über das Wort geschrieben wird. Bei Kindern mit erheblichen Defiziten im Spracherwerb soll die gezielte Korrektur der falsch geschriebenen Wörter ab Beginn der 2. Klasse erfolgen. Die vollständige Korrektur soll als schriftliche Rückmeldung den Regelfall darstellen. (...)

Diese Anordnung ist folgeschwer für die Inklusion und die Gestaltung des Unterrichts, sie widerspricht dem, was über das Lernen und Leisten der Schülerinnen und Schüler im Schriftspracherwerb bekannt ist. Eine undifferenzierte Gesamtkorrektur, die alle Fehler gleich gewichtet, verhindert das Lernen. Die Kinder gewinnen z.B. die Einsicht, dass die Rechtschreibung unsystematisch ist und jedes Wort auswendig gelernt werden muss. Diese defizitorientierte Sicht auf die Wörter und Texte der Kinder ist keine „pädagogisch motivierte Fehlerkorrektur“, sondern eine quantitative Bewertung dessen, was noch nicht gekannt werden kann. Denn Rechtschreiblernen erfolgt unabhängig von der Unterrichtsmethode als schrittweise Annäherung an die Dudenorm – auch noch in der weiterführenden Schule.

Diese Form der Rückmeldung soll für alle falsch geschriebenen Wörter erfolgen und im Rahmen des Unterrichts durchführbar sein; das ist im Unterrichtsalltag von den Lehrkräften zeitlich nicht zu leisten, ohne dass andere Inhalte gekürzt werden. Zu erwarten ist, dass sie den Kindern weniger (Recht-)Schreibzeit zur Verfügung stellen werden.

Eine lernförderliche Korrektur würde danach fragen, aus welchen Fehlern der Schüler oder die Schülerin zum aktuellen Zeitpunkt etwas lernen kann. Diese Fehlerauswahl gilt es dann zu markieren und zu bearbeiten. Dazu benötigen die Lehrkräfte ein umfassendes Wissen über das Schriftsystem, Fehlertypen und Erwerbsprozesse, das ihnen u.a. durch die Handreichung zum hessischen Grundwortschatz zur Verfügung gestellt wird.

Professorin Dr. Anke Reichardt

„Ich bin dabei“

Die Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund stärker zu beachten und wertzuschätzen, ist das Ziel des überparteilichen und interreligiösen Projekts „Ich bin dabei“, das mit Veranstaltungen, mit Podien, dokumentarischen Filmen und Musik im Spätsommer 2021 an die Öffentlichkeit trat. Das Projekt wurde von migrantischen Journalistinnen und Journalisten initiiert und von mehreren Religionsgemeinschaften und migrantischen Vereinen in und um Frankfurt umgesetzt. Träger des Projekts ist *Transition Town Frankfurt* (<https://frankfurt-im-wandel.de>).

Wie viel Kreativität die Beteiligten dabei entwickelten, konnte man Mitte September am Beispiel eines Films sehen, den die Filmgruppe des Deutsch-Arabischen Kulturhauses DARUNA e.V. in Frankfurt zu Problemen und Chancen der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten drehte. Mit Humor und Freude an den Drehorten im Palmengarten oder im Garten des Liebighauses zeigt der Film die Annäherung von *Tarek (Omar Teslmani)* an das deutsche Wahlrecht, nachdem er endlich den deutschen Pass bekommen hat. Der Film hat es verdient, dass er bald auch für die politische Bildung zur Verfügung steht, so wie der Film „Viola“, den der Daruna-Filmclub über den Klimawandel und die drastischen Folgen für das Leben der Menschen gedreht hat. Er thematisiert insbesondere fehlende internationale Gesetze zum Schutz der Rechte von Menschen, die in Krisengebieten leben, ihre Heimat verlieren und immer wie-

der Opfer von Umweltkatastrophen sind (Trailer und Fotos von den Filmaufnahmen: <https://daruna.de/film-club>).

Informationen zum Wahlrecht und zu den Möglichkeiten politischer Partizipation sind aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Änderung des Wahlrechts und die aktive Unterstützung von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten, sich politisch einzubringen, so der Konsens bei der Diskussion im Haus am Dom, die sich an die Filmvorführung anschloss.

Migration und Partizipation

Auf dem Podium saßen (auf dem Foto von links nach rechts) die Stadtverordneten *Omar Shehata* (SPD), *Pearl Hahn* (Die Linke), *Anita Akmadza* (CDU) und Stadtverordnetenvorsteherin *Hilime Arslaner-Gölbasi* (Grüne). *Omar Shehata*, der den Frankfurter SPD-Vorsitzenden *Mike Josef* vertrat, lobte ihn als politisches Vorbild: „Er hat mich ermutigt, mich auch auf ein parteipolitisches Engagement einzulassen, denn ohne solche Lotsen wird es nicht gehen.“ Dass es in Frankfurt inzwischen eine in der Türkei geborene Stadtverordnetenvorsteherin, die im Iran geborene Bürgermeisterin *Nargess Eskandari-Grünberg* und den in Syrien geborenen Planungsdezernenten *Mike Josef* gebe, mache ihn optimistisch, dass Frankfurt auf einem guten Weg zur „Migrations-, Diversitäts- und Integrationshauptstadt“ sei. Allerdings gebe es noch einiges zu tun. Denn obwohl er heute noch im selben Frankfurt Stadtteil lebe, in dem er geboren wurde, und somit einer der „un-

migrantischsten Menschen“ sei, den er kenne, werde er regelmäßig nach seinen „Erfahrungen als Migrant“ gefragt. Auch *Hilime Arslaner-Gölbasi* sieht erste Fortschritte, doch sei der Anteil von Migrantinnen und Migranten in deutschen Parlamenten noch immer viel zu niedrig: „Wir leben zwar in einer repräsentativen Demokratie, aber das heißt noch lange nicht, dass die Parlamente auch die Vielfalt der Gesellschaft repräsentieren.“ Noch immer werde sie in ihrer Funktion in der Stadtverordnetenversammlung bundesweit „gehypt“, weil sie eine Ausnahme ist.

Dass viele Migrantinnen und Migranten aus Diktaturen geflohen sind und keine Erfahrungen mit einer Demokratie haben, sah *Pearl Hahn* keineswegs als Hürde für das politische Engagement an: „Ich habe in Nairobi eben auch erfahren, was Widerstand und Opposition ist.“ Die Mehrheitsgesellschaft verstehe Integration immer noch als Einbahnstraße: „Sie muss aber auch bereit sein, Menschen aufzunehmen.“ Dazu gehörten ein gesichertes Bleiberecht und das kommunale Wahlrecht.

Weitere Veranstaltungen des Projekts „Ich bin dabei“ beschäftigten sich unter anderem mit der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten in der Arbeitswelt, den Erwartungen religiöser Menschen an die Politik und den Erfahrungen in der Kommunal- und Landespolitik. Ende November soll der Öffentlichkeit eine Dokumentation der Arbeitsergebnisse von „Ich bin dabei“ vorgestellt werden.

HLZ-Redaktion



„Ich bin dabei“:
Podium im
Haus am Dom
am 17.9.2021
(Foto: GEW)



Dialog Erwachsenenbildung

Professor Dieter Nittel war von 2000 bis 2020 Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Weiterbildung und Erwachsenenbildung an der Goethe-Universität Frankfurt. In der HLZ 9-10/2019 plädierte er für „mehr Solidarität zwischen den pädagogischen Professionen“. In Fortsetzung eines Video-Kanals der Goethe-Universität, der digitale Lehrveranstaltungen „lebendiger und interessanter gestalten sollte“, hat Nittel jetzt den „Dialog Erwachsenenbildung“ der Fernuniversität Hagen als „Forum des Erfahrungsaustauschs zwischen Bildungspraxis, Forschung, Bildungspolitik und nachwachsender Generation“ auf den Weg gebracht, der als Videokanal auf YouTube verbreitet wird.

Skandalöse Arbeitsbedingungen

Der „Dialog Erwachsenenbildung“ will Perspektiven zusammenführen, die gewöhnlich getrennt sind: Die Positionen von Studierenden der Erziehungswissenschaft, der Bildungspraxis, der Erziehungswissenschaft mit dem Profil Weiterbildung und der Bildungspolitik.

In der Corona-Krise sieht Nittel die Notwendigkeit, stärker und konsequenter auf die Notsituation vieler Kursleiterinnen und Kursleiter hinzuweisen. Während die Medien im Zuge der Corona-Krise über den Elementarbereich und die Schulen recht häufig und intensiv berichtet haben, wurde der Weiterbildungsbereich notorisch ausgeblendet. Hier gelte es, mit den bescheidenen Mitteln eines You-Tube-Kanals zumindest den Versuch einer Gegensteuerung zu unternehmen.

Dazu organisierte Nittel Gesprächsrunden mit gewerkschaftlichen Interessensvertreterinnen und -vertretern und Entscheidungsträgern der Arbeitgeberseite. Wer die einzelnen Interviews verfolgt, der registriert aus Sicht von Professor Nittel einen überraschenden Konsens:

„Sowohl die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite als auch die allermeisten Repräsentanten der Politik sehen einen über großen Handlungsbedarf, die skandalöse Situation der freiberuflichen Kursleiter und des lehrenden Personals in der Weiterbildung endlich zu verbessern. Fast hat man den Eindruck, dass eigentlich nur ein Funke notwendig ist, um eine Protestbewegung auf den Weg zu bringen. Doch solange die Betroffenen in den Bundesländern sich nicht über das bisher erreichte Niveau gewerkschaftlich und als soziale Bewegung organisieren und sie im öffentlichen Diskurs bundesweit quasi unsichtbar sind, solange wird sich an ihrem desolaten Ist-Zustand wohl kaum etwas ändern.“

Alle bisherigen Beiträge findet man auf YouTube mit dem Suchbegriff „Dialog Erwachsenenbildung“ und unter dem Kurzlink <https://bit.ly/3uqEpoC>.



Solidarität mit Esmail Abdi

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen (HLZ S. 8 ff.) schloss sich den internationalen Aufrufen zur Freilassung des im Iran inhaftierten Kollegen Esmail Abdi an. Der Mathematiklehrer und ehemalige Generalsekretär der iranischen Lehrgewerkschaft (ITTA) war im Februar 2016 zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

- Weitere Möglichkeiten zur Unterstützung von Esmail Abdi findet man auf der Seite von Amnesty International: <https://cutt.ly/qEZE4TV>

GEW: Hilfe für Hochwasseropfer

Die GEW Hessen hat einen Hilfsfonds für die Unterstützung besonders vom Juli-Hochwasser betroffener GEW-Mitglieder in Rheinland-Pfalz eingerichtet. Ziel ist es, die Bemühungen der GEW Rheinland-Pfalz zu unterstützen, „betroffenen GEWerschafter:innen in der immer noch schwierigen Lage vor Ort zur Seite zu stehen“. Verbunden wurde dieser Beschluss mit einem Aufruf an alle Gliederungen der GEW Hessen, sich in angemessenem Rahmen zu beteiligen.

Schulforum Limburg-Weilburg: Europawoche 2022

Rund um den Europatag am 9. Mai wird es auch im Jahr 2022 wieder an vielen Schulen Projekttag oder eine „Europawoche“ geben. Der Europatag erinnert an die sogenannte Schuman-Erklärung und die damit verbundene Geburtsstunde der Europäischen Union. Eine umfassende Fundgrube mit vielfältigen Ideen und Materialhinweisen bietet das Schulforum Limburg-Weilburg unter Federführung unseres GEW-Kollegen Werner Röhrig. Im Zentrum der Ausarbeitungen steht die Lernwerkstatt „Nachbar Deutschland - Ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union“. Die Lernwerkstatt umfasst sieben Lernstationen mit Bild- und Textimpulsen zur Auswahl unter 56 möglichen Rah-

menthemen für die Durchführung in der Europawoche. Weitere Projektideen mit Materialien können bestellt werden. Dazu gehören Projekte, die in den vergangenen Europawochen neu aufbereitet wurden und archiviert sind, sowie Vorhaben, die für die folgende Europawoche 2022 bearbeitet werden. Alle Rahmenthemen der Lernwerkstatt sind mit Text und Bildmaterialien konkretisiert worden und können durch eigenständige Recherchen der Schülerinnen und Schüler ergänzt werden.

- **Gesamtkonzept, Medien und Materialien sind in zwei Publikationen veröffentlicht worden und können auf dem Web-Portal www.schulforum-limburg-weilburg.de aufgerufen werden.**





Kinderarmut: Hessen vorn?

Armut als Kinderrechtsverletzung im Corona-Kapitalismus

Hessen, im Jahr der Kinderrechte 2021: Ein Landesaktionsplan gegen Kinderarmut wird von der Landesregierung weiterhin erfolgreich abgelehnt. Laut der aktuellsten Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sind in Hessen mehr Kinder arm als im deutschlandweiten Durchschnitt. Außerdem steigt die Armutsquote unter Minderjährigen in Hessen deutlich stärker als in anderen Bundesländern. Was in einem demokratischen Sozialstaat eigentlich die Alarmglocken über alle Kanäle in Politik, Medien und Wissenschaft läuten lassen müsste, wird hierzulande mit einem lockeren schwarz-grünen Schulterzucken zur Kenntnis genommen. Jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen, die Quote lag in Hessen 2019 bei 21,9 Prozent, im Bundesmittel bei 20,5 Prozent und vor allem der Trend in Hessen ist besonders negativ:

„In keinem anderen westdeutschen Flächenland ist die Kinderarmut im vergangenen Jahrzehnt so sehr gewachsen wie in Hessen, nämlich um 6,6 Prozentpunkte seit 2010, deutschlandweit beträgt das Plus für diesen Zeitraum 2,3 Prozentpunkte. Die Studie warnt zudem vor einer aktuellen Verschärfung der Lage, die sich noch nicht aus den bisher vorliegenden Daten ablesen lässt: Die Corona-Pandemie belastet einkommensarme Familien besonders stark.“ (1)

Armutsquoten bei Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren (in %)		
Bundesländer (ohne Stadtstaaten)	2010	2019
Baden-Württemberg	13,2	14,8
Bayern	11,6	13,1
Brandenburg	20,9	20,3
Hessen	15,3	21,9
Mecklenburg-Vorpommern	29,9	23,5
Niedersachsen	20,5	23,2
Nordrhein-Westfalen	20,9	25,2
Rheinland-Pfalz	19,1	19,6
Saarland	16,5	22,5
Sachsen	26,3	21,2
Sachsen-Anhalt	26,0	27,1
Schleswig-Holstein	16,0	19,6
Thüringen	23,7	22,7

Quelle: Der Paritätische. Expertise Kinderarmut 2021. S. 20/22

Foto: Hochschule Magdeburg-Stendal

Der Zuschuss über das Bildungs- und Teilhabepaket für Mitgliedsbeiträge für Sportvereine, Klassenfahrten oder Kosten für Nachhilfe kommt in Hessen nur bei jedem zehnten anspruchsberechtigten Kind an. Bundesweit kann jedes siebte Kind seinen berechtigten Anspruch geltend machen, was immer noch skandalös ist. *Eric Gumlich*, Referent für Kinder- und Jugendhilfe beim Paritätischen Hessen, fordert deshalb die Auszahlung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu verbessern, die Mittel aus dem Bundes-Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ vom Land aufzustocken und besonders in die offene Jugendarbeit fließen zu lassen:

„Aufgrund der derzeitigen Krise spielen niedrigschwellige Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche eine wichtige Rolle und müssen jetzt dringend gestärkt werden, da sie leider lange Zeit geschlossen oder auf sehr kleine Gruppen begrenzt waren.“ (1)

Bildungs- und Teilhabepaket

Besondere Aufmerksamkeit muss der Situation Alleinerziehender gelten. So wurde offenbar der im „Aufholpaket“ der Bundesregierung vorgesehene „Kinderfreizeitbonus“ von einmalig 100 Euro etwa 190.000 Kindern von Alleinerziehenden in Hartz IV nicht zugestanden, da die Kinder zwar in SGB-II-Haushalten lebten, aber selbst keinen eigenständigen Anspruch auf Hartz IV hätten. Diese offenkundige Ungerechtigkeit gegenüber einem Zehntel aller Kinder in Hartz-IV-Haushalten sollte aufgearbeitet und bereinigt werden.

Für Millionen Kinder und Jugendliche im Rechtskreis des Bildungs- und Teilhabepakets wurde in der reichen Bundesrepublik ab Mitte März und noch einmal ab Mitte Dezember 2020 von heute auf morgen das kostenlose Mittagessen in Kitas, Schulen und Jugendclubs eingestellt. Hunderttausende von Schülerinnen und Schülern waren mangels digitaler Mittel vom sogenannten Homeschooling ausgeschlossen, wie *Anne Ratzki* in der Zeitschrift „forum“ der GEW-Kreisverbände Köln/Rhein-Berg-Kreis schreibt:

*„Besonders benachteiligt waren Kinder aus armen Familien und Migrant*innen, deren Eltern nicht helfen konnten, deren Wohnungen zu eng waren und deren Endgeräte fehlten. Bis zu 40% der Schüler*innen waren für Lehrkräfte über Wochen nicht erreichbar.“*

Anlässe und Ursachen

Bereits der 2. Hessische Sozialbericht von 2017 forderte bei der Frage nach den Ursachen von Kinderarmut die „Aufklärung der Ursachen von Verteilungsunterschieden“ (2). Konkret findet man dann aber als alleinige „Ursachen“ für die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund nur fehlende Schulbildung oder fehlende berufliche Abschlüsse (S.95). Nicht viel mehr zitieren die Verfasserinnen und Verfasser des Landessozialberichts aus dem IAB-Forschungsbericht von *Silke Topfhoven* und anderen:

„Als häufige Ursachen der Armut von Kindern können das Aufwachsen bei nur einem Elternteil, eine geringe Arbeitsmarktintegration der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder, ein geringes Bildungsniveau der Eltern sowie ein Migrationshintergrund benannt werden (...) Besonders von Armut betroffen sind daneben auch Familien mit vielen Kindern.“ (S.178)

Wie in vielen anderen Äußerungen werden hier Ursachen und Anlässe von (Kinder-)Armut durcheinandergebracht bzw. miteinander verwechselt. Armutsanlässe wie Scheidung, Alleinerziehenden-Status, Migrationshintergrund oder Arbeitslosigkeit erscheinen in Statements von Politik, Wissenschaft und Medien als Problemursachen. So bleiben die wirklichen Wurzeln, die im vorhandenen Wirtschafts- und Sozialsystem zu suchen sind, ausgeblendet. Nur wer diese Ursachen in den Blick nimmt, kann auch Kindern von arbeitslosen, alleinerziehenden oder migrantischen Eltern durch eine sozial gerechte Familien- und Sozialpolitik und eine gute Bildungs-, Betreuungs- und Arbeitsmarktpolitik ein armutsfreies Leben ermöglichen.

Mit Abstrichen könnte dies selbst für die Corona-Pandemie gelten. Auch sie ist weniger die Ursache als der An-

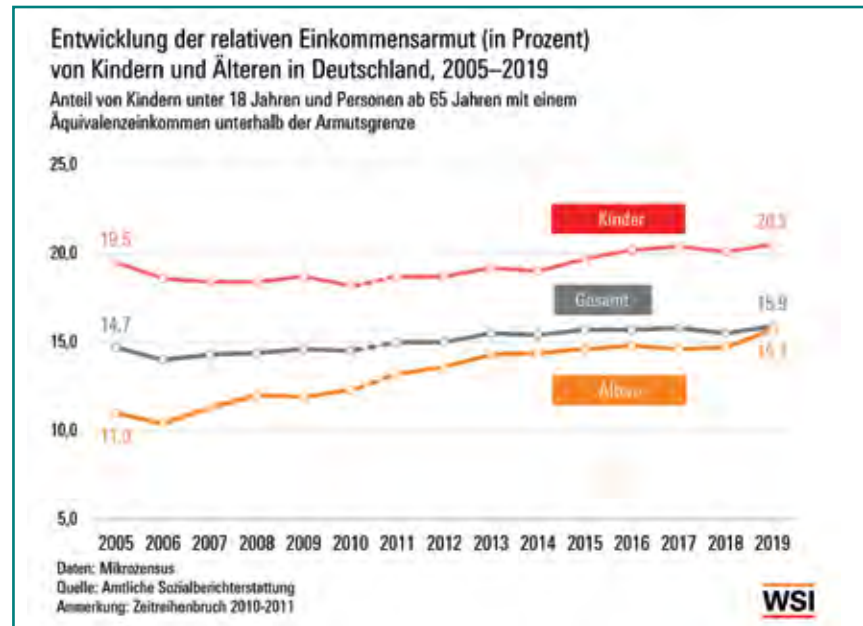
lass von verschärften landes- und weltweiten Verarmungsprozessen und deshalb sollten die darunter liegenden sozioökonomischen sowie bildungs- und gesundheitssystemischen Ursachen beachtet werden. Allzu oft drohen sie in Medien, Politik und Wissenschaft von der Epidemie überstrahlt zu werden: Kinder sind weder einseitig ein „Armutrisiko“ oder gar eine „Armutursache“ noch - wie in der Pandemie immer wieder zu hören - „gefährliche Viren-Schleudern“.

Die Folgen der Corona-Pandemie

Der Kölner Politikwissenschaftler *Christoph Butterwegge* unterscheidet im Verlauf der Pandemie drei Polarisierungsprozesse (3):

- Im gesundheitlich oder pandemiebedingten Polarisierungsprozess unterscheiden sich „Infektions-, Morbiditäts- und Mortalitätsrisiken der einzelnen Bevölkerungsschichten“ zum Teil ganz erheblich, wobei die höchsten Risiken von armen Personen zu tragen sind, die niedrigsten von reichen Personen.
- Auch auf der Ebene einer ökonomisch oder rezessionsbedingten Polarisierung verteilen sich die wirtschaftlichen Kollateralschäden der Pandemie und der Infektionsschutzmaßnahmen des Staates „nicht gleichmäßig über alle Bewohner:innen der Bundesrepublik. Vielmehr gibt es Gewinner:innen und Verlierer:innen, sowohl in der Wirtschaft (Differenzierung zwischen einzelnen Branchen) als auch in der Gesamtgesellschaft (Polarisierung zwischen Klassen und Schichten)“.
- Drittens konstatiert Butterwegge einen verteilungspolitisch oder subventionsbedingten Polarisierungsprozess, denn die bisherigen Hilfsmaßnahmen, Finanzspritzen und Rettungsschirme des Staates weisen „eine verteilungspolitische Schiefe auf, wodurch die sozioökonomische Ungleichheit wächst, statt abgemildert zu werden.“

Ähnliche Polarisierungsprozesse lassen sich im Kindes- und Jugendalter beobachten, denn Corona und Coronamaßnahmen haben sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen von Kindern und Jugendlichen und werden von diesen auch unterschiedlich wahrgenommen. Wer ein großes Haus, einen großen Garten, einen Pool und Akademikereltern hat, die wegen Homeoffice zuhause helfen oder Nachhilfe finanzieren können, ist ganz anders betroffen als sozial benachteiligte Kinder in einer



kleinen Großstadtwohnung, ohne Garten, mit wenig Möglichkeiten sich sonst zu beschäftigen und ohne passende digitale Ausstattung sowie Förderung.

Armut konsequent bekämpfen

Angemessene Gegenstrategien sollten Konzepte der Armutbekämpfung, der Partizipation junger Menschen und der Förderung sozialer Infrastruktur vereinen, die den gesellschaftspolitischen Kontext einer der reichsten Gesellschaften der Erde nicht aus den Augen verlieren (4). Dazu gehören

- Maßnahmen gegen Armut und zur sozialen Absicherung der Kinder und Familien,
- Aufbau bzw. Wiederaufbau der kinderrechtlichen Prinzipien des Kindeswohlvorzugs, des Schutzes, der Förderung und der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Jugendverbänden,
- Maßnahmen für einen pandemiege rechten Ausbau der sozialen Infrastruktur im Wohnumfeld vor allem mittels Jugendhilfe und offener Arbeit,
- eine existenzsichernde Kindergrundsicherung und damit gleichberechtigte Zugänge zu Bildung und sozialer Teilhabe und
- eine Absenkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre.

Wer Kinderrechte stärken und (Kinder-)Armut bekämpfen will, muss auch über den exorbitant gestiegenen Reichtum in unserer Gesellschaft sprechen. Wer die sozialräumliche Segregation in unseren Städten bemängelt, darf nicht vergessen, dass die armen Stadtteile oft so aussehen, wie sie aussehen, weil

die reichen Stadtteile so aussehen, wie sie aussehen.

Wer den Sozialstaat stärken will, muss die Privatisierung von städtischen Wohnungen, Krankenhäusern und Pflegeheimen zurücknehmen und dem Profitprinzip entziehen sowie bessere Bedingungen in Schulen, Kitas und Jugendhilfe bzw. Jugendclubs schaffen. Warum dafür kein Geld da ist, zeigt auch ein aktueller Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, wonach sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren auf 13,8 Billionen Euro mehr als verdoppelt hat. Davon könnten jedes Jahr bis zu 400 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt werden, was die absolute Ungleichheit weiter erhöhen wird (5).

Michael Klundt

Prof. Dr. Michael Klundt studierte Germanistik und Politikwissenschaften für das Lehramt an Gymnasien an der Philipps-Universität in Marburg. Seit 2010 hat er eine Professur für Kinderpolitik an der Hochschule Magdeburg-Stendal mit den Schwerpunkten Kinderrechte, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik inne.

(1) Der Paritätische Hessen: Presseerklärung vom 15.7.2021 zur Expertise Kinderarmut des Paritätischen: Kein Kind zurücklassen. Berlin 2021; Download: <https://bit.ly/3ko4Sj3>

(2) Landessozialbericht. Wiesbaden 2017, S.16; Download: <https://bit.ly/2XwGq5K>

(3) Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft: Wirtschaftsdienst Nr. 101, 2021, S.13

(4) Michael Klundt, Gestohlenes Leben. Kinderarmut in Deutschland. Köln 2019, S.15

(5) DIW-Wochenbericht 5/2021, 3.2.2021



Orte der Begegnung

Digitaler Distanzunterricht ist kein Zukunftsmodell

Der öffentliche Diskurs zur Digitalisierung der Schule ist insbesondere seit der Coronakrise von einer einseitigen Euphorie geprägt. Vor allem aus der Wirtschaft und der IT-Industrie wurde die Digitalisierung des Bildungsbereiches und der Schulen auch schon vor Corona vorangetrieben. Nun aber wird, allen Schwierigkeiten, die durch die Erfahrungen in der Coronakrise deutlich wurden, zum Trotz, die Notfalloption des Wechsel- und Hybridunterrichts als Zukunftsmodell offensiv gepriesen (1). Dieser Behauptung und der dahinter liegenden Ökonomisierung und Kolonialisierung von Bildung durch Digitalisierung des Unterrichts und digitale Tools möchten wir unsere pädagogische Sichtweise entgegensetzen.

Leben und Lernen ohne Normalität

Die schmerzhaften Erfahrungen der vergangenen 18 Monate haben gezeigt, wie bedeutsam Schule als Ort der sozialen Begegnung ist. Der Verlust der Normalität führt vor Augen, was Kindern und Jugendlichen fehlt: die Schule als Ort der Begegnung und der sozialen Auseinandersetzung sowie des sozialen Miteinanders. Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen vermissen die Begegnung mit Gleichaltrigen und Lehrpersonen nicht nur in Schulstunden,

sondern vor allem auch auf dem Pausenhof. Es geht um viel mehr als um fachliches Lernen, es geht um sozialen Austausch, Identitätsentwicklung im direkten Kontakt mit anderen, Entwicklung von Sozialverhalten und Empathie. Die soziale Deprivation hat sich im Coronajahr in vielerlei Form gezeigt:

- Insbesondere die vielen digital verbrachten Stunden tragen zur Isolation vieler Schülerinnen und Schüler und dem Verlust sozialer Strukturen bei. Zu sieben Stunden digitaler Freizeitbeschäftigung der 12- bis 18-Jährigen (2) kommen bis zu sechs Stunden Online-Unterricht, was bedeutet, dass die Jugendlichen 13 Stunden pro Tag digital beschäftigt sind. Schule muss sich hier ganz offen fragen, inwiefern die Verlagerung des Unterrichts ins Digitale der kindlichen Entwicklung und Bildung im ganzheitlichen Sinne zuträglich ist.
- Lernen am Bildschirm führt zur Verringerung haptischer Fähigkeiten durch mangelnde Ausbildung der Feinmotorik und zu einer Verkümmern der Phantasie durch Mangel an Anreizen, Zusammenhänge zu (be-)greifen.
- Das Fehlen von Bewegung, und dies reicht von einfacher Bewegung im Klassenraum bis zum sportlichen Training, hat erhebliche motorische Mängel zur Folge und fördert Adipositas.

- Der Mangel an musischen und künstlerischen Anreizen und die kognitive Verengung auf die Bildschirme führen zu mangelhafter Verknüpfung von Synapsen im Gehirn und verhindern letztlich abstrakte Denktätigkeiten (3).

Lernen in Beziehungen

Dass Lernen in Beziehungen stattfindet, weiß man nicht erst seit *Hatties* „Visible Learning“ (2012). Beziehungen können aber am Bildschirm nicht oder wenn überhaupt nur bruchstückhaft hergestellt werden, da soziale Auseinandersetzungen im gleichen Raum nicht geführt werden können, das Körperliche wird ausgeblendet. Die vertikalen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden sind hier ebenso bedeutsam wie die horizontalen Beziehungen der Kinder und Jugendlichen untereinander:

„Das Eigentliche, was man in der Schule lernt, ist Balance in sozialen Beziehungen: Es gibt eine Bezugsgruppe der Gleichrangigkeit – die Gleichaltrigen. Und eine Bezugsgruppe der nicht gleichrangigen Personen – die Lehrpersonen. Dazwischen den Ausgleich zu finden, ist wahnsinnig wichtig für die individuelle Entwicklung. Schule ist eine Form der Vorbereitung aufs weitere Leben, es geht um die Fähigkeit antizipatorischer Sozialisation.“ (4)



Zeichnung: Marie Werner, Schwalmgymnasium Treysa (aus: *Schule im Corona-Modus*. Ortenberg 2021, S.395)

Schule im Corona-Modus 2021

Ein Buch der Aktion „Hessen hilft“
Das Buch „Schule im Corona-Modus“ der Aktion „Hessen hilft“ gab Schülerinnen und Schülern aus ganz Hessen die Möglichkeit, ihre Eindrücke und Erlebnisse zum Thema Corona auszudrücken, zu verarbeiten und für die Zukunft zu bewahren. Der Sammelband bündelt auf 470 Seiten Gedichte, Liedtexte, Gebete, Gedanken, Träume, Kurzgeschichten, Zeichnungen und Fotos. Derzeit bereitet Herausgeber *Thomas Greilich* zwei weitere Bände vor, in denen Lehrerinnen und Lehrer und Angehörige anderer pädagogischer Berufe bzw. Eltern zu Wort kommen.

- Informationen und Bezugsquellen unter https://www.aktionhessenhilft.de/de/hessische_schulaktion/coronamodus/

Soziale Spaltung als Folge

Möglicherweise ist es ein kleiner positiver Nebeneffekt in dieser endlos währeren gegenwärtigen Krise, zu beobachten, wie das Ansehen der Schule beständig steigt. Schülerinnen und Schüler sehnen sich danach, in die Schule gehen zu dürfen, ebenso wie Eltern, die ihren Kindern nichts sehnlicher wünschen, und Lehrerinnen und Lehrer, die vor dem Bildschirm versauern. Überall ist eine Aufwertung der Institution Schule zu beobachten.

Die schichtenspezifischen Auswirkungen der aktuellen Lage sind enorm. Der Schule wird die Möglichkeit zugeordnet, Chancengleichheit herzustellen. Homeschooling hingegen befördert die soziale Ungleichheit. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft wird massiv verstärkt.

Der Marburger Erziehungswissenschaftler *Eckhard Rohrmann* warnt vor einer Verstärkung der Defizite durch Homeschooling und damit vor einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Es geht beileibe nicht nur um die technische Seite, das heißt die bessere Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler: Es geht um Wohnverhältnisse, um mangelnde Möglichkeit von Eltern, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen, unterschiedliche Anregungen: *„Das Resultat von all dem ist, dass bei faktisch geschlossenen Schulen diejenigen, die es ohnehin schon schwer haben, weiter abgehängt werden. Das kann nicht im Interesse der Gesellschaft und es darf nicht im Interesse der Schulen und Lehrer sein.“* (5)

Unser Fazit

Distanz- oder Wechselunterricht, der nur unter Hinzunahme von digitaler Kommunikation notdürftig funktioniert, ist mitnichten das Modell der Zukunft, sondern vielmehr eine neue Form des Frontalunterrichts, der Empathiefähigkeit und Soziales Lernen weiter einschränken wird.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, die psychosozialen Folgen der Krise schon jetzt im Blick zu haben, Präsenzunterricht, soweit es geht, anzubieten, alle hybriden Formen nur als vorübergehende Notlösung zu sehen, alles dafür zu tun, dass sich Kinder und Jugendliche wieder kognitiv, affektiv und motorisch entwickeln und entfalten können.

Dr. Angela Schmidt-Bernhardt
und **Dr. Christine Bär**

Dr. Angela Schmidt-Bernhardt ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Schulpädagogik an der Philipps-Universität Marburg. Dr. Christine Bär ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Erziehungswissenschaft der Universität Gießen.

(1) Thomas Straubhaar: Schule der Zukunft jetzt! In: Handelsblatt, 2. 9. 2020, S. 48.

(2) JIM-Studie Jugend, Information, Medien: <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2020>

(3) Gertraud Teuchert-Noodt: Der digitale Wahnsinn und seine irreparablen Schäden. Download: www.erziehungskunst.de/artikel/fruehe-kindheit/der-digitale-wahnsinn-und-seine-irreparablen-schaeden, Kurzlink: <https://bit.ly/3nNdz8q>

(4) Heinz Bude: „Es gibt ein Problem, wenn Kinder Schule verlernen.“ In: Die Zeit vom 10.3.2021

(5) Oberhessische Presse vom 18.12.2020, Kurzlink: <https://bit.ly/3IIBEKT>

Betr.: HLZ 9-10/2021 Digitalität wird bleiben

Techniknutzung statt Pädagogik

Dass die Digitalisierung ein Problem für Lernprozesse darstellt, hat Stephan Schimmelpfennig-Köten in der HLZ 6-2021 ausgeführt. Die Replik von Professor Bernd Käßplinger in der HLZ 9-10/2021 („Digitalität wird bleiben“) bestätigt ungewollt seine Kritik. Digitalisierung von Lernmaterialien führt bei Lernenden zunehmend zum Verlust der Fähigkeit des sinnerfassenden Lesens. An Stelle der Auseinandersetzung mit Argumentationen und Intentionen tritt die Reaktion auf „Signalwörter“. Wie anders ist Käßplingers Antwort auf das reale Problem des Cybermobbings zu verstehen, den Autor als „Dino“ zu bezeichnen, weil junge Menschen heute weniger Facebook nutzen? So kann man die Antwort auf ein tatsächliches Problem umgehen.

Der Autor meint uns darüber belehren zu müssen, die Digitalisierung werde „nicht mehr weggehen, auch wenn sich manche das wünschen mögen.“ Auch „ermutig“ er die gewerkschaftlich aktiven Kolleg:innen, „Schule immer wieder dem Leben öffnen zu wollen“. Dass ich nicht bereits an dieser Stelle aufgehört habe zu lesen, lag nur daran, wissen zu wollen, zu welchen Höhen überheblicher Arroganz gegenüber Lehrkräften es der „Experte für Digitalisierung“ noch bringen würde.

Tatsächlich konnte er sich noch steigern, indem er kritische Lehrkräfte als „Digitalisierungsverweigerer“, die ihre Lernunfähigkeit „pseudo-pädagogisch“ entschuldigen, meint abqualifizieren zu können. Statt sich mit den klar formulierten Kritikpunkten zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf Lernprozesse zu beschäftigen, glaubt er dies allein mit der Unfähigkeit der Lehrkräfte in der Anwendung der Technik erklären zu können. Dass Unterricht mehr sein muss, nämlich Kommunikation, Partizipation, Austausch in Resonanzräumen und reflexive Eigentätigkeit und weniger algorithmisierte Steuerung von „Auswendiglernprozessen“, möglichst noch mit Bildungstools von Klett MINT oder Bertelsmann, versteht Käßplinger nicht. So glaubt er auch die fundierte Kritik von Manfred Spitzer mit dem Schlagwort „Digitalisierungskritiker“ abbugeln zu können.

Und wenn er zum Schluss dazu auffordert, man müsse sich „differenzierter und mehr ins Detail gehend“ mit

dem Thema beschäftigen, wird deutlich, dass es ihm dabei vor allem um Techniknutzung und im besten Sinne um Content geht, aber nicht um Pädagogik. Seine Unfähigkeit zur Selbstreflexion zeigt sich auch darin, dass er glaubt, seinen eigenen Studierenden vorhalten zu müssen, dass er Videokonferenzen „basal erklären“ musste. Er verschwendet keinen einzigen Gedanken daran, dass Seminare per Video auch für Studierende völlig andere Ergebnisse hervorbringen als Präsenzveranstaltungen. (...)

Dr. Ulrich Schneider

Der Autor war Abteilungsleiter an einer beruflichen Schule in Hessen und unterrichtete u. a. Gestaltungs- und Medientechnik.

Betr.: HLZ 9-10/2021 Leserbrief von Christian Bromig

Data Mining bietet Chancen

Wohl formulierte, mit Anglizismen durchsetzte Phrasen machen die fixe Entgegnung des Kollegen Christian Bromig auf meinen Beitrag in der HLZ 7-8/2021 („Digitalisierung: Wer steht auf der Bremse?“) nicht besser. (...)

In der Tat, Digitalisierung der Gesellschaft ist ein enorm komplexes Thema. Schule - Uni - Schule sind in der Bildungs- und Erwerbsbiografie allerdings nicht unbedingt die „Erheller“. Die Vermischung von Weltanschauung und Ideologie – wie so häufig in Pädagogikerkreisen anzutreffen – sind der Sache und der Empirie nicht förderlich.

„Kapital ist jetzt Digital“: Welch ein Schmarrn, würden die Bayern sagen. Data Mining im Lernen bietet riesige Chancen – keine Angst, lieber Kollege. Nicht nur vordergründig einlesen, sondern mit Sachverständigen kooperieren. Vor vierzig Jahren war es eine bestimmte politische Partei, die den Abriss von Satellitenschüsseln auf einem Privatgelände am Frankfurter Grüneburgweg forderte. Grund, eine – Kompliment – damals schon erkannte Gefahr durch Homeoffice. Erstaunliche Weitsicht. Jetzt auch so denken, wäre meine Empfehlung. Ihre Direktnachricht per Twitter an „dasmedienzentrum/poppe-media“ und es gibt die Ergebnisse meiner Primärstudie „E-Learning in Deutschland“ kostenlos.

Helmut Poppe

GEW-Mitglied Helmut Poppe war Fremdsprachenlehrer und Leiter eines Medienzentrums und war als Experte für E-Learning u. a. Arbeitskreisleiter im Bundesverband Digitale Wirtschaft.



Wenn Schule krank macht

Überlastung und Burnout durch inkompatible Werte

Dr. Ralf Pfeleiderer ist GEW-Mitglied und arbeitete als Lehrer an vier Darmstädter Schulen. Nach einem „hyperaktiven Start“ mit vielen Projekten und dem Wunsch, sich beruflich hochzuarbeiten, kamen erste gesundheitliche Probleme, die sich durch Mobbing-Erfahrungen verstärkten. Bei Elternbeschwerden vermisste er den Rückhalt der Schulleitung, es folgten erste chronische Erkrankungen und schließlich die totale Erschöpfung durch Burnout. Nach versuchter Wiedereingliederung verschlechterte sich seine Gesundheit weiter, so dass er schließlich die Schule verlassen musste. Die Schule und die Erfahrungen als Leh-

rer ließen ihn jedoch nicht los. Er durchlief eine Therapie und absolvierte eine Ausbildung zum wertorientierten systemischen Coach, die ihn jetzt mit anderen Augen auf die Vorgänge blicken lässt, die nicht nur ihn schwer belasten. Die Ursache für Erkrankung und Burnout sieht er in massiven Wertekonflikten: „Die in den Schulen vorgegebenen und belohnten Werte passen oft nicht zu den Werten, die viele Lehrerinnen und Lehrer antreiben.“ Im Folgenden fragt Ralf Pfeleiderer, welche Auswirkungen solche Wertekonflikte haben und wie man lernen kann, resilienter zu werden und zu einem werterfüllten Leben zu kommen.

Der Herbst liegt in den letzten Zügen, die besinnliche Weihnachtszeit droht hereinzuberechnen, der frei erfundenen Kollegin *Anya Schulmeister* graut davor, wie jedes Jahr. Schnell alle Klausuren erledigen, bloß keine Wiederholung riskieren, mündliche Noten machen, für den Wettbewerb, der keiner mehr ist, teaching to the test betreiben, die vielen Förderpläne, Konferenzen, gestresste Schülerinnen und Schüler, Corona wird nebenher gewuppt, unzufriedene Eltern, schwer beschulbare Kinder in praktisch jeder Klasse und und und. Zwischendurch meldet sich die erste Erkältung an, der Rücken schmerzt und ab und an gibt es da auch eine Stimme, die fragt: „War es das, was Du tun wolltest?“ Keine Zeit für Fragen, keine Zeit für Antworten, wie jedes Jahr?

So oder ähnlich geht es vielen Kolleginnen und Kollegen. Irgendwie weiß jeder, dass der reale Irrsinn an deutschen Schulen mittlerweile unglaubliche Ausmaße angenommen hat, es sei denn, man fragt die Verantwortlichen in den Ministerien. Hier ist dann von Effizienzsteigerung die Rede, Zufriedenheit mit der neuen Transparenz des Schulsystems und den vielen guten Abiturabschlüssen. Als Lehrkraft müsse man halt ein besseres Zeitmanagement lernen, Probleme in der Umsetzung von Erlassen werden über Fortbildungen gelöst. Fragt man in den Kollegien herum, berichtet eigentlich jeder von Überlastung. Allerdings scheinen manche dennoch gut klar zu kommen und gesund zu bleiben, andere wiederum leiden stark, werden krank und fallen aus. Sind erstere harte Knochen und letztere einfach zu weich?

Seit ich selbst als wertorientierter Coach tätig bin, weiß ich, dass die Voraussetzungen für eine hohe oder für

eine unzureichende Resilienz ganz woanders liegen: Sie hängen eng mit unserer Persönlichkeit zusammen, an der wir an sich nichts ändern können.

Was sind wirkliche Werte?

Was im Leben ein Wert ist und was nicht, kann für jeden etwas anderes bedeuten. Das ist sicher keine Überraschung, wie wichtig das aber ist, damit hat sich u.a. der Begründer der CoachingAkademieSchweiz *Rudolf E. Fitz* intensiv auseinandergesetzt. Nach seinen Erfahrungen war ein zielorientiertes Coaching trotz kurzfristiger Erfolge bei zwei Dritteln seiner Klientinnen und Klienten langfristig wirkungslos. Was war es also, was es manchen Menschen ermöglichte, ihre Erfolge zu festigen und so vielen nicht? Seine Antwort: Es sind die persönlichen Werte, die mit allen Zielen und auch Problemen verknüpft sind.

Dazu ein banales Beispiel: Wenn jemand Arzt wird, weil er viel Geld verdienen will, und gleichzeitig als wirklichen Wert die Gesundheit seiner Mitmenschen in sich trägt, dann kann das zu großen inneren Konflikten führen, z.B. dann, wenn lukrative Operationen eigentlich nutzlos sind. In Extremfällen sind Menschen bereit, für ihre wirklichen Werte zu sterben.

Dass Menschen selbst allergrößte Strapazen geistig gesund überstehen können, wenn sie es schaffen, ihre wirklichen Werte zu leben, zeigt sich unter anderem auch in dem beeindruckenden Buch „...trotzdem Ja zum Leben sagen“ des Psychiaters *Victor E. Frankl* aus seiner Zeit als KZ-Häftling. *Rudolf E. Fitz* wurde auch durch seine Geschichte inspiriert, ein ganz neues wertorientiertes systemisches Coaching zu entwickeln.

Was die eigenen wirklichen Werte sind, ist allerdings gar nicht so klar, wie man meinen möchte. Sie liegen in der Regel verborgen im Unbewussten, überlagert von Strategien, Zielvorstellungen, Problemen und jeder Menge Fremdeinflüssen. Wirkliche Werte lassen sich auch nicht ändern, man kann sie sich nicht zulegen oder sie abstreifen, wie man das mit Zielen schon eher tun kann. Stattdessen bilden sie sich bereits in frühkindlichen Phasen, seien sie nun angeboren oder durch unsere Vorbilder vermittelt. Auf alle Fälle wirken sie aber schon unser ganzes Erwachsenenleben und man darf davon ausgehen, dass sie uns in unseren Entscheidungen, gerade den beruflichen, stark beeinflussen, wie im vorher genannten Beispiel des Arztes.

Pädagogische Werte...

Welche Werte tragen nun Lehrerinnen und Lehrer in sich? Das können Werte sein wie Bildung, Hilfsbereitschaft, soziale Sicherheit, Anerkennung, Abgrenzung, Kreativität oder eben auch Gesundheit. Die Liste ist sicher unvollständig, mit jeder Klientin, jedem Klienten aus dem Bereich Schule kann hier ein neuer Wert hinzukommen.

Entscheidungen der Berufswahl trifft man immer unter der Prämisse, wie man sich den Beruf vorstellt und nicht, wie er nachher wirklich ist. Dabei dürfte entscheidend sein, wie sich der spätere Beruf für uns darstellt und hier kommt auch die Außendarstellung der späteren Arbeitgeber ins Spiel. Die Organisationen im Bildungsbereich werben regelmäßig mit den Werten Bildung, soziale Verantwortung, Erlangung von Selbstständigkeit, Mündigkeit und anderen humanistischen Idealen. Somit dürfte es vorprogrammiert sein, dass zukünft-

tige Kolleginnen und Kollegen, die das als wirkliche Werte in sich tragen, davon angezogen werden, wie das uns früher sicher auch so gegangen ist.

Sobald man im System Schule ist, lassen sich manche dieser wirklichen Werte sicher nach wie vor leben, was einen sehr resilient gegenüber Stress macht. Allerdings werden zunehmend andere Werte, vor allem von Seiten der Schulorganisation, in die Schulen getragen, die solche Werte teilweise gar negieren. Hier geht es mehr um Effizienz, Planbarkeit, Transparenz, Vergleichbarkeit, Ergebnisorientiertheit im Sinne guter Noten oder Zufriedenheit vor allem von Eltern, aber auch der Schülerschaft, Werte, die im Schulalltag dann tatsächlich bei einem Großteil der täglichen Arbeit eine Rolle spielen.

... und die Werte des Systems

Man kann sich nun leicht vorstellen, dass es bei der Unterschiedlichkeit der wirklichen Werte im Kollegium und der wahrhaftig im System geforderten zu massiven und permanenten Wertekonflikten kommen kann. Schon der Dauerstress macht insbesondere Kolleginnen und Kollegen mit dem wirklichen Wert Gesundheit mehr zu schaffen als anderen, da diese ja permanent in Gefahr ist. Selbst identisch scheinende Ziele bergen Zündstoff: So kann ein den Wert Bildung lebender Lehrer als Ziel gute Noten seiner Schülerinnen und Schüler haben, werden von der Administration dann aber vor allem die Noten als Gradmesser für Erfolg herangezogen, kommt es dennoch zum Konflikt. Denn benanntem Kollegen ist es keineswegs egal, wie er das Ziel erreicht, sieht sich aber mit anderen verglichen, die den Noten alles, was ihm lieb und teuer ist, unterordnen, wodurch er eine Wertverletzung erleidet. Man kann aber auch sehen, dass es manchen Kolleginnen und Kollegen gelingt, sich im System Schule Inseln zu schaffen, in denen sie ihre Werte leben können. Genau das macht sie gegenüber Stress weitaus resilienter als andere und nicht etwa eine besondere Härte.

Die Folgen permanent verletzter wirklicher Werte sind in der Regel Stresssymptome aller Art wie Gefühle von Sinnlosigkeit, Ängste, Schlafstörungen bis hin zu psychosomatischen Erkrankungen wie Rückenleiden oder Herzproblemen, die schließlich auch pathologisch werden können. Die vorgegebenen Werte werden von einem Großteil des Kollegiums nur als Be-



Zeichnung:
Dieter Tonn

lastungen empfunden, was nahe legt, dass sie wirklichen Werten im Weg stehen. Auch dadurch leidet der Schulbetrieb unter häufigen krankheitsbedingten Ausfällen und vielen Konflikten innerhalb des Kollegiums. Insgesamt kann man also sagen, dass keiner der Beteiligten von einer Diskrepanz zwischen wirklichen Werten der Menschen im System und den im Alltag geforderten Werten profitiert.

In einer perfekten Welt

In einer perfekten Welt würden sowohl die Betroffenen im System als auch die Verantwortlichen erkennen, dass sie zunächst Werte entwickeln müssten, die auf die jeweilige Organisation passen, statt völlig systemfremde Werte oder Ziele zu übernehmen. Wenn diese durch den Einfluss der wirklichen Werte auf die Berufswahl dann von der Mehrheit gelebt werden könnten und man auch für die Menschen eine Lösung findet, die diese Werte nicht teilen, wäre mit Sicherheit immens viel gewonnen. Darüber hinaus würden solche Werte im System Schule auch einen politischen, gesellschaftlichen Konsens finden. Das klingt utopisch, wäre meiner Ansicht nach aber ein erstrebenswertes und vor allem werterfüllendes Ziel.

Bis es soweit ist, kann sich jeder Betroffene dennoch Erleichterung verschaffen und gleichzeitig die Möglichkeit erhalten, im System selbst Veränderungen anzustoßen. Der erste Schritt dabei ist meiner Erkenntnis nach der, die eigenen wirklichen Werte zu er-

kennen. Der Weg dahin führt in jedem Fall durch die Grenze zwischen dem Bewussten und dem Unterbewussten in Richtung Persönlichkeitskern, es bleibt also die Wahl der Methode. Eine Möglichkeit ist ein wertorientiertes systemisches Coaching, das dominante wirkliche Werte und den Zusammenhang mit nicht erreichten Zielen offenlegt und es möglich macht, belastende eigene Muster zu durchbrechen. Wenn es gelingt, wenigstens im Kleinen, das umgebende System zu sensibilisieren oder gar zu beeinflussen, kann man auch nach außen eine Verbesserung bewirken. Es gibt aber auch Fälle, in denen man erkennen wird, dass die eigenen Werte zu wenig vereinbar mit den im System geforderten sind, so wie es mir als Lehrer ergangen ist. In dem Falle hilft meiner Ansicht nach nur, sich aus einer solchen Umgebung herauszunehmen.

Gemeinsam handeln!

Einen anderen Weg kann man nur mit anderen gemeinsam gehen: Die Wertekollisionen im Schulalltag publik machen und die Schulpolitik wenigstens da zu einem Umdenken bringen, wo die geforderten Werte in einem klaren Widerspruch zu unserem eigentlichen pädagogischen Auftrag stehen, wie es die GEW schon seit Jahren praktiziert.

Dr. Ralf Pfeleiderer

Informationen zu den von Ralf Pfeleiderer eingesetzten Coaching-Methoden findet man unter <https://rp-coaching.today>.



Politik der Demokratiebildung

Extremismusprävention und politische Bildungsarbeit

In ihrem Buch „Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung“ befasst sich Julika Bürgin mit der „Politik der Demokratiebildung“ und untersucht den Vorstoß der „Extremismusprävention“ in politische Bildung und demokratische

Praxis. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Beltz Juventa und der Autorin drucken wir einen gekürzten Auszug aus dem vierten Kapitel des im Oktober 2021 erschienenen Buchs ab.

Unbestritten sind Extremismusprävention und politische Bildungsarbeit nicht das Gleiche. Räumliche Metaphern sollen das Verhältnis bestimmen: Politische Bildung wird dann „innerhalb“ der Extremismusprävention, an deren „Grenze“ oder „Schnittstelle“ verortet. Weitgehende Einigkeit wird über die Formel hergestellt, dass politische Bildung „mehr“ sei als Extremismusprävention.

Präventive Konzepte gewinnen in der politischen Bildungsarbeit an Einfluss. Die Zentralen für politische Bildung weisen den Präventionsauftrag nicht zurück, sie sehen den Auftrag der politischen Bildungsarbeit in der primären Prävention. Sie fordern, Präventionsangebote „weit zu fassen“.

Schärfer von Prävention wird die Jugendarbeit abgegrenzt, also ein Feld der Sozialen Arbeit, die strukturell und historisch mit dem Präventionsgedanken verwoben wird. Albert Scherr und Benedikt Sturzenhecker kritisieren, dass Jugendarbeit, gesetzlich auf Selbstbestimmung und Mitgestaltung ausge-

richtet, zunehmend als „letztlich präventiv“ gedacht wird – auch um ihre Leistungsfähigkeit zu begründen, sich zu legitimieren und finanzielle Mittel zu erschließen (2013). Sie stellen eine „zunehmende Identifikation mit dem Präventionsparadigma“ fest und unterscheiden dieses grundsätzlich vom Bildungsauftrag der Jugendarbeit:

„Präventionsdenken unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von einer Subjekt- bzw. Bildungsorientierung von Jugendarbeit. Im Gegensatz zu letzterer konzentriert sich Prävention auf die Verhinderung von vorab konstruierten Abweichungsrisiken und unterstellten Gefährdungen statt auf die Unterstützung der Entwicklung von Selbstbestimmung. Das Subjekt wird verstanden als potenzieller Quell von Defiziten statt als Potenzial der Entfaltung von Eigensinn. Es erscheint als potentiell gefährdet und gefährdend und es gilt, es vor sich und die anderen vor ihm zu schützen. Präventionsprogramme entmächtigen, indem sie zukünftige Risiken vorwegnehmen und Verhaltensstrategien antrainieren wollen, die deren Eintreten verhindern sollen. Dazu konstruieren

sie eine artifizielle Normalität ‚richtiger‘ Lebensweisen, in Bezug auf die sie problematische Abweichung und ‚gesunde‘ Anpassung definieren.“ (Scherr/Sturzenhecker 2013, S.62)

Prävention gewinnt an Einfluss

Ebenfalls mit Blick auf Kinder- und Jugendarbeit spitzt Werner Lindner zu, dass sich Prävention und Bildung „wechselseitig kategorisch ausschließen, weil Prävention das genaue Gegenteil von Bildung markiert“. Bildung – soziale Bildung, (inter-)kulturelle und geschlechtssensible Bildung, unterstützende und begleitende Bildung – sei die „Antwort jenseits der Prävention“.

„Allein ‚Bildung‘ hat überhaupt Chancen, die Probleme anzugehen, an denen die Prävention regelmäßig scheitert, ja scheitern muss. Denn im Gegensatz zu dem aussichtslosen Versuch, qua Prävention etwas zu verhindern, was nicht zu verhindern ist, wendet gerade ‚Bildung‘ Ungewissheit ins Produktive und Offensive. [...] Gängige Muster der Selbst- und Weltauslegung, auch problematische oder krisenhafte, werden gerade in Bildungsprozessen außer Kraft gesetzt und werden würdig, befragt zu werden, also fragwürdig.“ (Lindner 2013, S.360)

Weder eine „präventive Neu-Etikettierung“ von Bildung, noch „Prävention durch Bildung“, sondern „Bildung statt Prävention“ ist Lindners Konsequenz. Längst aber stehen fachliche und pädagogische Konzepte nicht mehr im Mittelpunkt. Die Rede, dass politische Bildung mehr sei als Prävention, macht sie anschlussfähig an die Präventionslandschaft und an den Fluss von Fördermitteln. Darauf zu bestehen, dass politische Bildungsarbeit etwas anderes ist als (Extremismus-)Prävention, schneidet Praxis und wissenschaftliche Begleitung von Aufmerksamkeit, Anerkennung und Finanzierungsquellen ab.

Der Präventionsauftrag an politische Bildungsarbeit ist weit gesteckt: Als „Primärprävention“ benötigt er keinen Anlass mehr, als „universelle“ Prävention ist er inhaltlich entgrenzt. Für



Extremismusprävention

Julika Bürgin untersucht den Vorstoß der „Extremismusprävention“ in politische Bildung und demokratische Praxis. Im Mittelpunkt stehen die Strategien staatlicher Förderprogramme, die in die Autonomie freier Träger eingreifen. Gestützt auf Dokumentenanalysen, Interviews und eine interdisziplinäre Literaturstudie wird die These formuliert, dass Bildungsarbeit präventionspolitisch und flankiert durch den Verfassungsschutz in eine polizeiliche Ordnung eingepasst wird. Die Extremismusprävention wird als Element der „wehrhaften“ Demokratie kritisiert, die behauptet, Demokratie durch ihre Verkürzung zu verteidigen.

Julika Bürgin: Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung. Beltz Verlag 2021, 168 Seiten, 16,95 Euro

Thomas Gill und Sabine Achour hat es weitreichende Folgen, wenn politische Bildung zur Verhaltensprävention wird: „Mit der Fokussierung auf abweichende Einstellungen und Verhalten der Einzelnen kommt es zu einer Individualisierung. Einzelne werden dabei nicht mehr als Subjekt der eigenen Urteilsbildung und Handlungsfähigkeit, sondern als Objekt staatlicher Maßnahmen adressiert.“ (S.33)

Gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse geraten aus dem Blick. Sie halten das Konzept der Extremismusprävention auf fatale Weise für anschlussfähig für autoritäre und fundamentalistische Politikangebote, die den Ordnungsaspekt von Politik überbetonen, Sicherheit statt Gestaltung fokussieren und Jugendliche als potenzielle Gefährder:innen adressieren, statt zu politischer Teilhabe einzuladen:

„In diesen Zusammenhängen wird exakt den Umständen Vorschub geleistet, die eigentlich bekämpft werden sollen. Das Feld der politischen Bildung muss diese Verstrickungen kritisch diskutieren; es geht um ihre Souveränität, um ihr Selbstverständnis – auch als gesellschaftspolitischer Akteur.“ (Gill/Achour 2019, S.35 f.)

Die Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichtes zum Thema „Förderung demokratischer Bil-

dung im Kindes- und Jugendalter“ argumentiert, dass sich die Logiken der Demokratiebildung auf der einen Seite und der Extremismus- bzw. Radikalisierungsprävention auf der anderen Seite „deutlich unterscheiden“:

„Während Prävention per Definition einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungs- bzw. Gestaltungslogik bestimmt.“ (S.128)

An anderer Stelle wird der Unterschied relativiert und behauptet, „dass das Selbstverständnis der politischen Bildung deutlich über die Extremismusprävention hinausgeht“. Da die Kommission das Modell der „politischen Extreme“ übernimmt, kann das Bundesfamilienministerium wie folgt zusammenfassen: „Dabei ist unstrittig, dass erfolgreiche politische Bildung sich auch gegen jegliche Form des Extremismus wendet.“ Politische Bildungsarbeit darf noch anderes tun, aber sie muss sich – will sie als „erfolgreich“ anerkannt werden – auch präventiv verstehen und gegen jeglichen „Extremismus“ wenden.

Julika Bürgin

Julika Bürgin ist Professorin mit dem Schwerpunkt Bildung am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt, Mitglied der GEW und aktiv im Forum Kritische politische Bildung.

Zum Weiterlesen:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts. Berlin.

Thomas Gill und Sabine Achour (2019): „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung. In: Journal für politische Bildung 9. Jg, Heft 2, S.32–36.

Werner Lindner (2013): Prävention und andere „Irrwege“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Fortsetzung absehbar. In: Ulrich Deinert und Benedikt Sturzenhecker (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden. S.359–371.

Albert Scherr, Benedikt Sturzenhecker (2013): Selbstbestimmte Lebensführung und Demokratiebildung. In: Christian Spatscheck und Sabine Wagenblass (Hg.): Bildung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Weinheim/Basel: Juventa, S.54–76.

Diskussionspapier der Zentralen der politischen Bildung vom 29.1.2018 (Planungen der Bundesregierung zur Ausweitung des Programms „Demokratie leben“, zum nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus und zur Schaffung eines Demokratiefördergesetzes). Kurzlink: <https://bit.ly/3zrXuax>

Brauchen wir ein „Wehrhaftes Demokratiegesetz“?

Für eine Gesetzesvorlage im Bundestag reichten die kurz vor Ende der Legislaturperiode vom Bundeskabinett am 12. Mai 2021 beschlossenen Eckpunkte für ein „Gesetz zur Stärkung und Förderung der wehrhaften Demokratie“ nicht mehr aus. Die Diskussion um ein „Demokratieförderungsgesetz“ oder ein „Wehrhaftes Demokratiegesetz“ wird also in der neuen Legislaturperiode weitergehen.

Im Juni 2021 veröffentlichte die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt ein „Manifest für die Zivilgesellschaft & die politische Bildung“, dem sich inzwischen zahlreiche Einzelpersonen und Organisationen, darunter auch der GEW-Hauptvorstand, angeschlossen haben. Das Manifest richtet sich insbesondere gegen die staatliche Finanzierung der Stiftung der AfD: „Mit dem erneuten Einzug der AfD in den Bundestag würde ihre parteinahe Desiderius Erasmus-Stiftung staatliche Gelder in Millionenhöhe erhalten. Das

Führungspersonal dieser Stiftung hat allerdings in der Vergangenheit oft gezeigt, dass es die Grundwerte unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates nicht teilt. Stattdessen betreiben Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder um die Vorsitzende Erika Steinbach Geschichtsrevisionismus und Holocaust-Relativierung und hetzen regelmäßig gegen Geflüchtete, Homosexuelle, Frauen und viele andere Gruppen.“ Dagegen berufen sich die Unterzeichnenden auf die „Prinzipien einer wehrhaften Demokratie“ und die Aussage des Bundesverfassungsgerichts, dass eine wehrhafte Demokratie es „nicht hinnehmen muss, mit ihren eigenen Mitteln verächtlich gemacht, diskreditiert und delegitimiert zu werden“.

Allerdings sind auch vermehrt kritische Stimmen zu vernehmen, die den Begriff der „wehrhaften Demokratie“ in der „unrühmlichen Tradition deutscher Staatsrechtslehre“ verorten und Verbindungslinien vom Antikommunismus der 50-er und 60-er Jahre über

die Berufsverbote bis zur „Extremismusklausel“ für die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen ziehen. Diese Kritik teilt auch Benno Hafener, Rechtsextremismuskritiker und regelmäßiger Autor in der HLZ, in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau am 25.6.2021:

„Wir brauchen kein ‚wehrhaftes Demokratiegesetz‘, das mehr defensiv ausgerichtet ist und sich aus den Logiken der Gefahrenabwehr und Deradikalisierung, des Sicherheits- und Präventivdenkens begründet, sondern ein Demokratieförderungsgesetz, das politische Bildung absichert und als Daueraufgabe einer demokratischen Gesellschaft versteht.“

Ähnlich argumentiert das Forum Kritische politische Bildung. Die Reduzierung der Demokratie „auf das Kürzel FDGO“ könne „mit dem neuen Gesetz nun jede und jeden treffen – je nach Ermessen von Verwaltungen, Steuerbehörden oder Inlandsgeheimdienst“. (Kurzlink: <https://bit.ly/3AqnbJX>)



Back to the Fifties

Ernst Pipers Retro-Perspektive auf die Weimarer Republik

In der Heftreihe *Informationen zur politischen Bildung* ist im ersten Quartal des Jahres eine Neuausgabe des Themenheftes zur „Weimarer Republik“ erschienen. Ihr Verfasser ist der habilitierte Historiker *Ernst Piper*. Die Neuausgabe startete als Themenheft 346 im April 2021 mit einer Auflage von 420.000 Exemplaren und löst die von *Reinhard Sturm* verfasste Ausgabe (Nummer 261) ab, die es zu einer Gesamtauflage von mindestens 1,5 Millionen Exemplaren gebracht hat.

Eine Neuausgabe kann gerechtfertigt sein, wenn neue Erkenntnisse über den Gegenstand verarbeitet werden. Wer dies vom vorliegenden Heft erwartet, wird enttäuscht werden. Vielmehr geht es um die Veränderung bzw. Neuakzentuierung in der Sichtweise auf den Gegenstand. Aufschlüsse hierzu gibt bereits der vergleichende Blick auf die von den verantwortlichen Herausgebern verfassten Editorials. Der für die Auflagen 1998 und 2003 zuständige Herausgeber *Jürgen Faulenbach* stellte das Heft unter die Leitfrage, „was aus der Republik geworden wäre, wenn die demokratische Revolution von 1918/19 auf der ganzen Linie gesiegt und die ersten regierenden Demokraten sich eindeutig von den kaiserlichen Eliten in Wehrmacht und Verwaltung getrennt und deren Einfluss gekappt hätten.“

Schon in der letzten Auflage als Heft 261 vom Jahr 2011 (übrigens noch im Netz abrufbar) wird dieses Editorial ersetzt durch ein Vorwort von *Cornelius Strobel*. Dieser redet nicht mehr von einer demokratischen Revolution, sondern von „Putschversuchen und Aufständen links- wie rechtsstehender Antidemokraten“. Dieses Deutungsmuster wird nun von *Christine Hesse* im Editorial der Neuausgabe des Themenheftes im Sinne der Hufeisenmetapher der gängig gewordenen „Extremismustheorie“ verstärkt:

„Am rechten und linken Rand des politischen Spektrums wuchsen Bewegungen, die eine radikale Neuorientierung anstrebten (...). Beide zogen dabei Grenzen, die einen gegen privilegierte Gesellschaftsklassen und den Kapitalismus, die anderen gegen alle Menschen, die nicht in ihr völkisches, rassistisches Raster passten.“

Hesse „vergisst“, dass jede Partei Grenzen zieht, sei es gegenüber Sachverhalten, die sie bekämpft, sei es gegenüber der politischen Konkurrenz. „Grenze“ als formale Gemeinsamkeit der sich vermeintlich berührenden „Extreme“ herauszustellen, ist albern. Hesse „vergisst“ auch den wichtigen Sachverhalt, dass „die anderen“ auch eine „Grenze“ zogen gegen Menschen, die das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln, zumindest aber die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Kapitalbesitzer über dieses Eigentum und ihre angeheuerten Lohnarbeiter in Frage stellten. Diese Grenzziehung teilt der „rechte Rand“ mit den Grenzziehungen der „demokratischen“ bzw. bürgerlichen Mitte, die bekanntlich gern zur antidemokratischen Rechten überläuft, wenn sie selbst diese Grenze nicht mehr halten kann. Mit der angeblichen „radikalen Neuorientierung“ der faschistischen Rechten ist es also nicht weit her. Es geht ihr allein um den Umbau des politischen Systems in ein Regime entfesselter Gewalt und Propaganda, damit, ganz systemerhaltend, die vorgefundene Produktionsweise bestehen bleibt.

Äpfel und Birnen

Flugs sind im ersten Kapitel des Heftes über die Novemberrevolution die linken „Antidemokraten“ (Strobel) identifiziert: Während die SPD für die parlamentarische Demokratie eingetreten sei, hätten Teile der USPD und später der KPD „die von Karl Marx propagierte ‚Diktatur des Proletariats‘“ angestrebt. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Einmal geht es um die Staatsform, das andere Mal um den Klasseninhalt des Staates. Der „Diktatur des Proletariats“ wäre eine „Diktatur der Bourgeoisie“ gegenüberzustellen, die wiederum in unterschiedliche politische Formen ‚übersetzt‘ werden kann, in die Form der parlamentarischen Demokratie, aber auch in die Form einer Präsidialdemokratie, in Varianten der Monarchie oder in eine Militär- bzw. faschistische Diktatur. Bei der „Diktatur des Proletariats“ sind die Grenzen für die Varianten ihrer politischen For-

men zumindest normativ (aber nicht faktisch) enger zu ziehen. Marx pries bekanntlich die Verfassung der Pariser Kommune als „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“, und Engels sah am Ende seines Lebens in der „Form der demokratischen Republik [...] die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“. Da bei Piper notwendige Erläuterungen unterbleiben, werden Leserinnen und Leser, die sich zum ersten Mal mit dem Gegenstand befassen, die Marxsche Formel kurzerhand mit der Staatsform Diktatur identifizieren und die komplexen Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung, ganz wie es ihnen nahegelegt wird, auf den schlichten Gegensatz von Demokratie und Diktatur reduzieren.

Piper überträgt nun diese schiefe Ebene seiner Gegenüberstellung auf den schließlich doch noch vorgenommenen direkten Vergleich zwischen parlamentarischer und Rätedemokratie. Das Ergebnis ist bizarr: In der Zeile „Wählerschaft“ gibt er für die parlamentarische Demokratie „alle Staatsbürger“ an, für die Räterepublik hingegen nennt er „Basiseinheiten in allen gesellschaftlichen Bereichen“. Damit ist aber gar nicht die Wählerschaft benannt, für die – sozial breiter als in jeder zeitgenössischen Demokratie im Übergang zum 20. Jahrhundert – das „allgemeine Stimmrecht“ gilt, so noch einmal Marx über die Verfassung der Kommune, sondern eine organisatorische Einheit, der in der parlamentarischen Demokratie der Wahlbezirk bzw. Wahlkreis entspricht. Auf die rhetorische Eliminierung der Wahlsubjekte setzt Piper dann das Phantasma einer „einheitlichen Willensbildung des Kollektivs“. Kommunismus frisst Individualität, lautet das suggerierte Klischee.

Varianten, die über die Beschwörung der Gefahr der Ränder hinausgehen und geschichtsfälschend eine Zusammenarbeit von links und rechts behaupten, schenkt Piper indes keine Beachtung. Er spricht zwar im Blick auf Preußen und das Ergebnis der Reichstagswahl vom November 1932 von einer „nega-

tiven Mehrheit“ der „radikalen Parteien am rechten und linken Rand“, sieht aber darin nur eine abstrakte Möglichkeit. Tatsächlich geht es auch bei ihm um ‚Preußenschlag‘ und die Versuche, zwischen NSDAP, dem nach rechts gerückten Zentrum und der DNVP zu Absprachen zu kommen. Zudem hat er schon vorher, leider eher beiläufig und ohne nähere Erläuterung, darauf hingewiesen, dass es Brüning und den folgenden Präsidialkabinetten um „den Aufbau eines vom Parlament unabhängigen Regierungsapparats“ ging. Dieses Projekt basierte bekanntlich auf grundsätzlichen Plänen des Kreises um Hindenburg und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und wurde 1933 nahtlos in die Diktatur überführt.

Hufeisen der Extremismen

Piper glaubt aber, das Hufeisen der Extremismen im Inneren der NSDAP gesehen zu haben. Der richtige Hinweis, dass diese Partei „nahezu für das gesamte bürgerliche Lager zunehmend attraktiv“ wurde, wird gleichzeitig wieder verwischt, wenn Piper behauptet, ihr Programm vom 25.2.1920 enthalte „nationalistische und sozialistische Forderungen“. Solche sieht er u.a. in der „Forderung nach Verstaatlichung der Konzerne“ (1), nach entschädigungsloser Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke und nach „Volks-gesundheit“. Die erstgenannte knüpft an die Propaganda-Formel von Bismarcks „Staatssozialismus“ an. Tatsächlich ging es um die Verstaatlichung von Eisenbahnen und Post als notwendige Infrastrukturmaßnahmen im Dienst effizienten kapitalistischen Produzierens und Verteilens. Verstaatlichungsdrohungen richteten auch immer wieder die neuen Industrien (Chemie, Elektro) gegen die Schwerindustrie, deren Monopolpreise Produktivitätsbarrieren bildeten. Solche Drohungen haben mit Sozialismus ebenso wenig zu tun wie die Forderung nach unentgeltlicher Bodenenteignung, zumal Piper hier die „Klarstellung“ Hitlers von 1928 unterschlägt, die seit diesem Zeitpunkt Bestandteil des Programms war. Demnach richte die NSDAP als Partei „auf dem Boden des Privateigentums“ diese Forderung nur gegen „unrechtmäßigen“ Bodenerwerb, vor allem „gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften“. Der Begriff der „Volks-gesundheit“ stellt schon in der Wortwahl die individuelle Gesundheitsversorgung unter ein sozialdarwinistisches Dispositiv, das

die Auslieferung unheilbar Kranker und rassistisch Stigmatisierter an die Vernichtungsmaschinerie der Nazis rechtfertigt. Piper begibt sich damit auf das Niveau *Edmund Stoibers*, der als damaliger CSU-Generalsekretär im Bundestagswahlkampf für Strauß meinte, Nationalsozialisten seien „in erster Linie Sozialisten“ (FR vom 28.9.1979).

Das Heft vollzieht indes nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch einen Rückfall in die 50er Jahre. Im ersten Kapitel tritt die Darstellung von Massenaktionen deutlich hinter die Darstellung des Agierens großer Männer (und einer Frau) zurück. Das dritte Kapitel zur relativen Stabilisierung der Republik 1924-1929 scheint neueren Interessen an Kulturfragen und Frauenfragen entgegenzukommen, dies ist aber weitgehend nur Fassade, hinter der sich eine antiquierte Darstellungsweise durchsetzt, die vor allem durch Lücken bei der Berücksichtigung der ökonomischen Entwicklung auffällt. Diese Lücken münden schließlich in das nationalistische Urteil, die „Gründe“ für die Wirtschaftskrise nach 1929 hätten „nicht in Deutschland“ gelegen, ein krasses Fehlurteil, zeigt doch bereits ein Blick in das von *Reinhard Sturm* verfasste Vorgängerheft, dass es zahlreiche endogene Indikatoren für die sich anbahnende Überproduktions- und Finanzkrise gab: Disproportionen zwischen den Industriezweigen aufgrund von Produktivitätsrückständen der Schwerindustrie, Konzentration und Monopolpreisbildung, das Schwergewicht auf Rationalisierungs- statt Erweiterungsinvestitionen, eine durchgängig hohe Sockelarbeitslosigkeit von 6,5%, die chronische Agrarkrise und schließlich die expansive und z.T. spekulative Kredit- und Anlagenpolitik der Großbanken.

Piper setzt mit diesem Heft seinen Ruf aufs Spiel. So behauptet er in Einklang vor allem mit der zeitgenössischen Rechten, die „sehr harten“ Bedingungen des Versailler Vertrages hätten zu „gewaltigen wirtschaftlichen Belastungen“ geführt. 36 Seiten später findet man in einem ganzseitigen Auszug aus *Hans-Ulrich Wehlers* „Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949“ den Hinweis, dass aufgrund der enorm gestiegenen Produktivität trotz reduzierter territorialer Basis und trotz geschrumpfter Bevölkerung die deutsche Industrie kurz vor der Weltwirtschaftskrise wieder den Stand der unmittelbaren Vorkriegszeit erreicht habe. So re-



Download und Bestellung: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/informationen-zur-politischen-bildung/332031/weimarer-republik>

vidiert Piper Thesen, ohne dies eigens deutlich zu machen.

Wie könnte ein nicht-indoktrinierender, um Aufklärung bemühter Unterricht mit diesem Heft umgehen? Da die Ausgabe 2021 dieselbe Gliederung enthält wie die Vorgängerausgabe von *Reinhard Sturm*, könnte man Arbeitsgruppen zu den vier Kapiteln bilden, die beide Versionen im Blick auf Informationen und Informationslücken vergleichen. Hilfreich wäre es, zusätzlich die im Klett-Verlag erschienene Quellensammlung von *Reinhard Neebe* „Die Republik von Weimar 1918-1933. Demokratie ohne Demokraten?“ zu verwenden, die jetzt frei zugänglich im Netz zur Verfügung steht (<https://bit.ly/3C0xvZj>). So könnten Schülerinnen und Schüler einiges über den historischen Gegenstand lernen und zugleich Einschlägiges zu Verfahren der Ideologieproduktion und Propaganda.

Hans Otto Röber

Hans Otto Röber war viele Jahre im Vorstandsteam der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Hessen und bis zum Ende seiner Dienstzeit Fachbereichsleiter für gesellschaftswissenschaftliche Fächer an einem Oberstufengymnasium. Nicht zum ersten Mal befasst er sich kritisch mit den von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen „Informationen zur politischen Bildung“. In der HLZ 7-8/2017 besprach er das Heft „Zeitalter der Weltkriege“. (1) Tatsächlich heißt es im Original „Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteter (Trusts) Betriebe“.

Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit

Da Gerichte den Gesetzgebern immer wieder vor Augen führten, dass ihre jeweiligen Regelungen unzureichend sind, gibt es jetzt auch in Hessen eine weitere Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit. Die inzwischen vierte Verordnung vom 19. Juli 2021 mit dem Kurztitel „Begrenzte-Dienstfähigkeits-Zuschlagsverordnung“ (BDZV) wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt 2021 (S.360) veröffentlicht. Sie tritt zum 1. Januar 2022 in Kraft, gilt jedoch rückwirkend ab dem 1. Januar 2021.

Zuschlag richtet sich nach Berufsjahren

Wie bei Teilzeitbeschäftigten wird die Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit anteilig entsprechend der Arbeitszeit gekürzt. Nach der Neuregelung wird der Zuschlag (nur noch) zusätzlich zu dieser Teilzeitbesoldung gezahlt.

Die Differenz zur Vollzeitbesoldung wird durch den Zuschlag teilweise ausgeglichen. Die Höhe des Zuschlags richtet sich nach den „berücksichtigungsfähigen Zeiten“. Dies sind vor allem die Dienstzeiten, die im Beamtenverhältnis zurückgelegt wurden, können aber auch Zeiten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und bzw. oder Kindererziehungs- und Pflegezeiten sein. Eine Teilzeitbeschäftigung wird hier wie Vollzeit berücksichtigt.



GEW-Mitglieder können die Broschüre bei der GEW anfordern oder im Mitgliederbereich herunterladen: www.gew-hessen.de.

Es wird ein Grundzuschlag in Höhe 35% gezahlt. Im ersten Entwurf aus dem Jahr 2020 war ein Grundzuschlag von 33% vorgesehen. Durch die Kritik der Gewerkschaften konnte diese leichte Nachbesserung erreicht werden.

Der Grundzuschlag erhöht sich um 5 Prozentpunkte pro fünf zu berücksichtigende Jahre. Maximal wird ein Zuschlag von 55% des Unterschiedsbetrags gezahlt.

- Grundzuschlag: 35 %
- Stufe 2 nach 5 Jahren: 40 %
- Stufe 3 nach 10 Jahren: 45 %
- Stufe 4 nach 15 Jahren: 50 %
- Stufe 5 nach 20 Jahren: 55 %

Wird während der Zeit der begrenzten Dienstfähigkeit die nächsthöhere „Stufe“ erreicht, wird der Zuschlag entsprechend erhöht.

Bisher wurde der Zuschlag einmalig berechnet und erhöhte sich nicht bei allgemeinen Besoldungsanpassungen oder bei Aufstieg in eine höhere Besoldungsstufe oder -gruppe. Ob dies weiterhin so sein wird, ergibt sich aus der Verordnung nicht eindeutig.

Kein fiktives Ruhegehalt

Nach der bisherigen Regelung wurde außerdem das fiktive Ruhegehalt berechnet, also die Pension bei einer Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit. War dieses höher als die Teilzeitbesoldung, wurde eine Besoldung in Höhe des fiktiven Ruhegehalts und zusätzlich ein Zuschlag gezahlt. Dass nun keine Berechnung des fiktiven Ruhegehalts mehr erforderlich ist, ist eine erhebliche Vereinfachung. Nach unserer Auffassung könnte dies jedoch in Fällen, in denen die begrenzte Dienstfähigkeit auf einen Dienstunfall zurückzuführen ist, zu einer nicht amtsangemessenen Besoldung führen. Dies wäre im Einzelfall zu prüfen. Betroffene Mitglieder der GEW Hessen können sich an die Landesrechtsstelle wenden.

Vor- und Nachteile

Die Neuregelung wird in vielen Fällen dazu führen, dass die betroffenen Beamtinnen und Beamten eine höhere Besoldung als bisher erhalten. Dies gilt auch für diejenigen, deren begrenzte Dienstfähigkeit bereits vor dem 1. Ja-

nuar 2022 festgestellt wurde. Diese erhalten monatsweise eine Nachzahlung für die Zeit ab Januar 2021.

Es wird aber auch Fälle geben, in denen die Neuregelung zu einer niedrigeren Besoldung führt. Dies gilt nach unseren Berechnungen für Beamtinnen und Beamte, für die relativ wenige Jahre zu berücksichtigen sind (bis etwa 10 Jahre) und die eine relativ hohe Arbeitszeit haben (ab etwa 80% einer Vollzeitstelle).

Ausgleichszulage

Beamtinnen und Beamte, deren begrenzte Dienstfähigkeit bis zum 31. Dezember 2021 festgestellt wurde und deren Besoldung im Vergleich zur neuen Regelung höher war, erhalten eine Ausgleichszulage. Diese wird allerdings mit zukünftigen Besoldungserhöhungen verrechnet oder wenn die nächste Stufe des Zuschlags erreicht wird. Diese Ausgleichszulage fällt ganz weg, wenn sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit ändert.

Für Beamtinnen und Beamte, deren begrenzte Dienstfähigkeit vor dem 1. April 2011 festgestellt wurde und die deshalb bereits eine Ausgleichszulage erhalten, wird diese bei der neuen Ausgleichszulage berücksichtigt, solange sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit nicht ändert.

Nachgelagerte Teilzeit

Auch begrenzte dienstfähige Beamtinnen und Beamte können ihre Arbeitszeit freiwillig reduzieren. Eine zusätzliche Teilzeit führte bisher nicht dazu, dass der Zuschlag gekürzt wird. Dies wird sich mit der Neuregelung ändern. Wird Teilzeit in Anspruch genommen, reduziert sich nicht nur die Besoldung. Der Zuschlag wird dann entsprechend dem Verhältnis von individueller Teilzeit und begrenzter Dienstfähigkeit gezahlt.

Hat die Beamtin oder der Beamte bereits vor dem 1. Januar 2022 eine nachgelagerte Teilzeit in Anspruch genommen, wird dies bei der Ausgleichszulage berücksichtigt. Sollte sich der Umfang der Teilzeit ändern, entfällt die Ausgleichszulage in Bezug auf die Teilzeit.

Annette Loycke
Landesrechtsstelle der GEW Hessen

Amtsangemessene Besoldung

Nach der Nullrunde 2015 und der nur einprozentigen Erhöhung im Jahr 2016 hat die GEW Hessen ihren Mitgliedern im Beamtenverhältnis jährlich „zur Weihnachtszeit“ empfohlen, Anträge auf amtsangemessene Besoldung zu stellen. Da die gerichtlichen Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, sollten diejenigen, die den Antrag bisher noch nicht gestellt haben, dies nachholen.

Die mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 veränderten Maßstäbe der amtsangemessenen Alimentation erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Besoldung in Hessen sich letztlich vor Gericht als zu niedrig erweist.

Beamten und Beamte, die in der Vergangenheit den Antrag bereits gestellt haben, müssen nach Aussage des Hessischen Innenministeriums vom November 2017 und der Hessischen Bezügestelle vom Dezember 2020 keinen neuen Antrag stellen.

Beim Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte mit drei oder mehr Kindern wird schon seit Jahrzehn-

ten über die korrekte Höhe gestritten. Nachdem in der Vergangenheit auch in Hessen zahlreiche Klageverfahren geführt wurden, wurde der Zuschlag Mitte des vergangenen Jahrzehnts deutlich erhöht.

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte mit drei oder mehr Kindern

Dennoch haben unsere Berechnungen ergeben, dass der durch das Bundesverfassungsgericht ebenfalls in einer Entscheidung vom 4. Mai 2020 definierte „Mehrbedarf für kinderreiche Familien“ auch in Hessen durch den kindbezogenen Familienzuschlag nicht abgedeckt sein dürfte. Auch hier müssen die Anträge nach heutigem Stand nicht in jedem Jahr erneut gestellt werden.

Antragsfrist: 31. Dezember 2021

Die Anträge für das Jahr 2021 müssen bis spätestens am 31. Dezember 2021 bei der Behörde eingehen. Die von der GEW bereitgestellten Musteranträge findet man unter <https://www.gew-hessen.de/tarifbesoldung/besoldung-land-hessen/>

Zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs von CDU und Grünen zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes im Landtag rieben sich einige verwundert die Augen, denn die Koalition hatte gegenüber dem Referentenentwurf (HLZ 9-10/2021) einige nicht unbedeutende Änderungen vorgenommen. Diese betreffen vor allem die Sonderstellung des Hochschulrates der Frankfurter Goethe-Universität. *Andrea Meierl*, Mitglied im Senat und Leiterin des Referates Hochschule und Forschung der GEW Hessen, kritisierte insbesondere den Präsidenten *Enrico Schleiff*: „Er hat im Senat versprochen, dass es mit ihm eine klare Reform der Wahl zum Präsidium geben wird.“ Nun höre man, „dass er hinter den Kulissen eine treibende Kraft war“, um den Vorschlag von Wissenschaftsministerin *Angela Dorn* zu verhindern, wonach das Präsidium der Goethe-Universität „wie an allen anderen hessischen Hochschulen durch

eine paritätische Findungskommission vorbereitet werden soll“. Nach dem geänderten Entwurf erfolgt dies nur noch „unter Einbeziehung“ des Senats.

Auch bei anderen Änderungen favorisiert die GEW den ursprünglichen Entwurf. „Ein Teilzeitstudium soll nur ‚nach Maßgabe der jeweiligen Kapazitäten der Hochschule‘ möglich sein“, kritisierte *Henning Tauche*, Sprecher der Studierenden in der GEW. Verwundert zeigt er sich auch über die Aussage, dass Hilfskräfte ausschließlich Tätigkeiten ausüben sollen, „die der eigenen wissenschaftlichen Weiterbildung dienen“. Dass die neuen „Hochschuldozenten und -dozentinnen“ nun als „Hochschullektoren und -lektorinnen“ firmieren, hält *Simone Claar*, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, für zweitrangig: „Hauptsache, es gibt am Ende mehr unbefristetes Personal in Forschung und Lehre.“ Für gute Lehre müsse die Lehrverpflichtung gesenkt werden.

Zur Arbeitszeit von Sozialpädagogischen Fachkräften

Im Frühjahr 2020 gab es aufgrund veränderter Arbeitsbedingungen durch die Pandemie eine Vielzahl arbeitsrechtlicher Fragestellungen. Auf Initiative der GEW-Fraktion im HPRLL konnten Fragen zum Einsatz von sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (UBUS, USF, sozialpädagogische Fachkräfte in Grundschulen und Förderschulen) geklärt werden. Das gilt insbesondere für die Arbeitszeitdokumentation in der Zeit von Schulschließungen: Hier dürfen keine Minusstunden entstehen, denn der Tag gilt als im normalen Umfang gearbeitet.

• *Informationen der Landesrechtsstelle findet man im Mitgliederbereich der Homepage: <https://www.gew-hessen.de> > Recht > Mitgliederbereich > Arbeitszeit*

Ratgeber für Elternbeiräte

Zum Anfang des Schuljahres wurde wieder in vielen Schulklassen die Elternvertretung gewählt. Viele neu gewählte Elternbeirätinnen und Elternbeiräte beschäftigt die Frage nach ihren Rechten und Pflichten. Die Ratgeber des *elternbunds hessen* „Der Klassenelternbeirat“, „Der Schulelternbeirat“ und „Die Schulkonferenz“ erklären die gesetzlichen Regelungen in verständlicher Form und mit zahlreichen Beispielen.

• *elternbund hessen e.V., stadtRAUM-frankfurt, Mainzer Landstraße 293, 60326 Frankfurt, Tel.: 069-553879, E-Mail: info@elternbund-hessen.de*



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten findet man im Internet unter www.elternbund-hessen.de.

Wir gratulieren im November...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Afflerbach, Frankfurt am Main
 Karin Bangert, Frankfurt
 Kerstin Ebel, Görlitz
 Gunter Ebert, Aull
 Wilfried Günther, Nieder-Olm
 Bernhard Klene, Kassel
 Heiner Lohaus, Seeheim-Jugenheim
 Rainer Löher, Gießen
 Suse Märkle, Wiesbaden
 Birgit Risse-Lessel, Lautertal
 Birgit Schmidt, Linden
 Barbara Stöhr, Reiskirchen
 Marlene Ziemer, Bodenheim

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Peter Ballatz, Sinn
 Gerd Bauckhage, Lich
 Wilhelm Bauer, Hammersbach
 Hans-Otto Chiout, Berlin
 Sieglinde Darmstädter, Langen
 Hans-Jürgen Essinger, Gernsheim
 Herbert Fischer, Wanfried
 Arno Grieger, Reinheim
 Eckart Hengel, Langenselbold
 Doris Hirn, Hanau
 Heinz Hohmann, Bad Hersfeld
 Karl-Heinz Jakob, Borken
 Dietrich Jerwin, Fulda
 Maria Kelly-Denis, Frankfurt
 Christa Kissel, Babenhausen
 Hugo Knapek, Einhausen
 Eleonore Kollmeyer, Mühlheim

Dagmar Kuncke, Waldeck
 Heidi Kunstleben, Kirchhain
 Peter-Michael Kuus, Rasdorf
 Marlene Leschhorn, Hungen
 Claudia Meibaum, Baunatal
 Rudolf Merz, Niestetal
 Arndt Rettig, Lautertal
 Margit Rodrian Pfennig, Frankfurt
 Brigitte Scharf, Solms
 Annelore Schönberger, Homberg
 Hannelore Schuchhardt, Dautphetal
 Adelaide Seckt, Kassel
 Hannelore Strack, Rüsselsheim
 Edith Urban, Rom
 Frank Wenzel, Essen
 Maria Werkmann, Egelsbach

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Erwin Luckhardt, Schwalmstadt
 Verena Onken von Trott, Kassel
 Renate Schlotmann, Gießen
 Jutta Schulze, Diez
 Heinz Wallisch, Hofheim
 Elke Westerhoff, Frankfurt
 Christine Woldorf, Frankfurt
 Renate Zinn, Erbach

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Bernhard Dippell, Darmstadt
 Margot Gräßler, Grünberg

... zur 75-jährigen Mitgliedschaft:

Ursula Marquardt, Reinheim



Gesamtpersonalrat Darmstadt

Gabi Grünewald (Mitte) wurde nach 21 Jahren als Mitglied und „Protokollerin“ aus dem Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt Darmstadt-Dieburg verabschiedet. Klaus Armbruster und Andrea Zeiter würdigten sie als „unvergleichlich kompetenten Aktivposten“ und dankten ihr für ihren unermüdlichen Einsatz insbesondere für die Belange der Förderschullehrkräfte. Im GEW-Kreisverband Dieburg werde Gabi weiter mit ihrem großen Fachwissen mitwirken.

Herr Bachmann und seine Klasse

Die mit einem Silbernen Bären der Berlinale und dem Deutschen Filmpreis ausgezeichnete Dokumentation „Herr Bachmann und seine Klasse“ ist jetzt im Kino zu sehen. Ein Gespräch mit Dieter Bachmann, GEW-Mitglied im Kreisverband Marburg-Biedenkopf, über den Film und seine Arbeit an der Georg-Büchner-Schule in Stadtallendorf veröffentlichten wir in der HLZ 4/2021. Ein Interview für hr-INFO gibt es als Podcast unter <https://www.hr-inforadio.de/podcast/das-interview/index.html>.

GEW im Altkreis Wetzlar: Diskussionen und Ehrungen

Auch bei der Hauptversammlung der GEW im Altkreis Wetzlar im Sportlerheim Hohensolms ging es um die Frage, wie es unter Corona-Bedingungen an den Schulen weitergeht. Landrat *Wolfgang Schuster* (SPD) forderte als Gastredner eine Revitalisierung des sozialen, kulturellen und sportlichen Lebens: „Sonst brauchen wir am

Ende mehr Psychiater als Impfärzte.“ Die kritischen Fragen der anwesenden GEW-Mitglieder galten unter anderem der Zurückhaltung des Kreises bei der Anschaffung von Luftfiltergeräten, der mangelhaften Qualität der Schulreinigung und den Defiziten beim IT-Support. Die Vorstandsmitglieder *Irmir Richter* und *Kerstin Böcher* würdigten das Wirken des früheren Wetzlarer Schulamtsleiters *Hartmut Schrewe* und gratulierten ihm zur 60-jährigen GEW-Mitgliedschaft.

Gratulationen für langjährige Mitgliedschaft (von links): *Wolfgang Surmann* (40 Jahre), *Wolfgang Will* (45 Jahre), *Hartmut Schrewe* (60 Jahre), *Irmir Richter* (GEW), *Gerhild Kirschner* (55 Jahre), *Ilona Schäfer* und *Karoline Lenz-Holtmanns* (45 Jahre) sowie *Kerstin Böcher* (GEW)



GEW Melsungen-Fritzlar

Bei strahlendem Sonnenschein und unter Einhaltung aller Coronaregeln konnte der GEW-Kreisverband Melsungen-Fritzlar nach einjähriger Pause wieder sein traditionelles Sommerfest feiern, diesmal in der Grillhütte Fuldaerbrück-Dennhausen. Im Mittelpunkt stand die Ehrung verdienter GEW-Mitglieder durch den Kreisvorsitzenden *Bodo Hofmann-Thomschewski* und Vorstandsmitglied *Gert Hirchenhain*. *Gertie Abmus* aus Melsungen, die „von der ersten Minute ihrer Mitgliedschaft an bis zum heutigen Tage ununterbrochen in verschiedenen Funktionen in der GEW aktiv war“, wurde für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Heute ist sie im Seniorenbeirat des Kreisvorstandes präsent. Bei herzhaftem Grillgut, kühlen Getränken und engagierten Gesprächen wurde es ein entspannter Abend.

KRISEN- BEGLEITUNG IN SCHULEN



Fortbildungskurs Januar 2022 - Februar 2023
Anmeldeschluss: 26.11.2021



Amt für kath. Religionspädagogik,
Hessenschule im Auftrag des Diözesan-
Schule und Bildung des Bistums
Ordinariat Limburg

Krisenbegleitung in der Schule

„Und was mache ich jetzt?“ Wer diese Frage stellt, ist schon einen Schritt weiter. Denn Krisen, vor allem wenn sie sich latent entwickeln, sind leicht zu übersehen. Das Amt für katholische Religionspädagogik Frankfurt bietet eine zertifizierte Fortbildung für hessische Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an Schulen an. In dem einjährigen Kurs mit drei Blöcken an jeweils vier Werktagen lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, besondere Verhaltensweisen von Schülerinnen und Schülern wahrzunehmen, sie einzuordnen und im Dialog mit hilfreicher Beratung aufzuarbeiten. Die Begleitung hat der Psychologe und Pastoraltheologe *Prof. Klaus Kiebling* von der Philosophisch-Theologischen Hochschule Frankfurt. Die Sozial- und Traumapädagogin *Heike Karau* stellt den herausfordernden Umgang mit traumatisierten Menschen in den Vordergrund. Der Polizeiseelsorger und Supervisor *Joachim Michalik* verfügt über langjährige Erfahrungen im Umgang mit akuten Krisen und in der Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Bewerbungen sind bis zum 26.11.2021 möglich. Der erste Kursblock beginnt am 14.2.2022. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 begrenzt. Die Kosten betragen 410 Euro inklusive Unterkunft, Verpflegung und Materialien.

• Weitere Infos: www.relpaed-frankfurt.bistumlimburg.de

Die GEW trauert um Professor Clemens Klockner

Die GEW Hessen trauert um Professor Dr. Clemens Klockner, der Ende Juli im Alter von 77 Jahren verstarb. Er war von 1985 bis 2008 Präsident der Fachhochschule Wiesbaden, die am Ende seiner Amtszeit in Hochschule Rhein-Main umbenannt wurde. Auch als Sprecher der Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz und Mitglied des Wissenschaftsrats trug er über Hessen hinaus maßgeblich zur Entwicklung und Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei, die in diesem Jahr auf eine 50-jährige Geschichte zurückblicken können.

Am Ende eines HLZ-Beitrags zum 40-jährigen Bestehen der Fachhoch-

schulen rief er im Herbst 2011 zur Gleichwertigkeit von Universitäten und Fachhochschulen auf: „Unternehmen wir auch in Zukunft jegliche Anstrengung, dass wir junge Menschen entlassen, die bei uns um Erkenntnisse bereichert, also zu kritischem, wissenschaftlichem Denken und Handeln und dem Ganzen verpflichteten Bürgern gebildet wurden, und zwar in beiden Institutionen, den Universitäten und den Fachhochschulen.“

Für seine Aufbauleistung, seine Beharrlichkeit und seine kollegiale Freundlichkeit sind wir ihm dankbar und dauerhaft verbunden.

Der Landesvorstand der GEW Hessen



GEW Oberlahn trauert um Jürgen Weil

Der GEW-Kreisverband Oberlahn trauert um sein langjähriges Mitglied Jürgen Weil. Er verstarb am 7. August 2021 im Alter von 71 Jahren. Jürgen war ein leidenschaftlicher Gewerkschafter, der sich über fast fünf Jahrzehnte als Pressesprecher, Schriftführer, Geschäftsführer und zuletzt auch noch als Pensionärsvertreter verdient gemacht hat. Mit seiner grenzenlosen Energie, die er beruflich für die Realisierung und Ausgestaltung der Integrierten Gesamtschule

einsetzte, hat er alle gewerkschaftlichen Aktionen begleitet, Fortbildungen und Exkursionen organisiert und anschließend pressewirksam dokumentiert. Jürgen wird nicht nur aufgrund seiner gewerkschaftlichen Tätigkeiten vermisst, sondern zuallererst als zuverlässiger Freund, erfahrener Berater und herausragendes Vorbild in Bezug auf den steten Einsatz für Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Der Kreisvorstand der GEW Oberlahn



Jürgen Weste * 21.12.1942 † 14.9.2021

Der GEW-Kreisverband Untertaunus trauert um Jürgen Weste. Jürgen war sehr lange im Kreisvorstand tätig, hat sich immer für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und für bessere Arbeitsbedingungen gestritten. In der GEW war Jürgen seit 1971 Mitglied. 50 Jahre lang hat er sich engagiert und bei vielen Entscheidungen aktiv mitgewirkt. Er hat die Geschicke des Kreisverbandes entscheidend mitbestimmt. Von 2008 bis 2018 hat er das Amt des Kreisrechners mit der ihm ei-

genen Ruhe und Zuverlässigkeit ausgeführt. Unvergessen sind die Treffen der Pensionäre und Ausflüge, die Jürgen für die Mitglieder des KV organisiert und durchgeführt hat. Als Schulleiter der Julius-Leber-Schule in Frankfurt war Jürgen an der Basis tätig. Er wusste immer, wo Verbesserungen nötig waren und hat für diese gekämpft. Wir vermissen Jürgen und werden ihn stets in guter Erinnerung behalten.

Der Kreisvorstand
des GEW-Kreisverbands Untertaunus



Der GEW-Kreisverband Main-Taunus trauert um Walter Schmidbauer

Wir nehmen Abschied von Walter Schmidbauer, unserem langjährigen Geschäftsführer und guten Freund. Er starb am 18.8.2021 im Alter von 70 Jahren. Seine Arbeit als Geschäftsführer des GEW-Kreisverbands Main-Taunus setzte er auch nach Beginn seiner schweren Erkrankung vor 15 Jahren mit großer Energie und Zuversicht fort. Er war den Menschen zugewandt, hatte Geduld und Humor und war ein guter

Zuhörer. Als Förderschullehrer war er zuletzt an der Grundschule Südwest in Eschborn - ein überzeugter Vorkämpfer für den Gemeinsamen Unterricht. Als langjähriges Mitglied des Gesamtpersonalrats war er vielen Kolleginnen und Kollegen ein guter Ratgeber und solidarischer Begleiter. Wir sind sehr traurig, denn wir haben einen verlässlichen Mitstreiter verloren.

Der GEW-Kreisverband Main-Taunus



Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
 Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit
2,50% echter Vorteilszins
 effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -
 Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
 Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
 Es. 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tpl: (0621) 178180-0
 info@ak-finanzz.de
 www.AK-Finanzz.de



SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
 KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Motivierte Mitarbeiter unterstützen Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem persönlichen Rahmen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken
www.schlossklinik.de




Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN

Von hieran geht es aufwärts!

Am Parkgürtel von Baden-Baden bieten wir Ihnen eine intensive, individuelle Psychotherapie, sicheres Auffangen von Krisen, kreative Stärkung Ihres Potentials und erlebnisintensive Aktivitäten.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Info-Telefon 07221/393930

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de




© Rene Fietzek

Schule machen!

Weltweit gehen mehr als 200 Millionen Kinder nicht zur Schule. terre des hommes fördert Schulprojekte und sorgt für die Ausbildung von Jungen und Mädchen.

Ihre Hilfe kann Schule machen. Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende.

www.tdh.de

terre des hommes
 Hilfe für Kinder in Not

Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint am 8. Dezember 2021.

Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 12. November 2021.

- Anzeige -

Debeka: Das Füreinander zählt

Schon Corona macht vielen Menschen zu schaffen – sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich. Nun kommen in etlichen Regionen noch verheerende Unwetterkatastrophen hinzu, die die Existenz bedrohen. Ihre Mitglieder lässt die Debeka in dieser Situation nicht alleine, denn sie ist im Gedanken des gegenseitigen Unterstützens entstanden und hat sich „Das Füreinander zählt“ auf die Fahne geschrieben.

Ihren vollversicherten Mitgliedern, die unter Post- oder Long-Covid leiden, bietet die Debeka Krankenversicherung ein telefonisches Coaching an, das individuell auf Beschwerden, Sorgen und Erlebnisse des Betroffenen abgestimmt ist und Langzeitschäden verhindern oder abmildern.

Bei einem schweren Covid-Verlauf gibt es zudem Hilfe bei der Suche nach spezialisierten Ärzten und Kliniken, Reha-Einrichtungen sowie Selbsthilfe- und Sportgruppen.

Eine Hausrat- sowie eine Wohngebäudeversicherung decken die Risiken Sturm und Hagel ab. Um das Eigentum bei Überschwemmungen durch Niederschläge oder übertretende Flüsse zu schützen, braucht man eine zusätzliche Absicherung über weitere Naturgefahren. Diese greift dann auch bei Schäden gegen weitere Naturgefahren wie Erdbeben, Schneeeindruck, Rückstau, Lawinen, Erdbeben und Vulkanausbrüche.

Hier zeigt sich der wahre Wert einer Gemeinschaft in schwierigen Zeiten. Deshalb ist die Debeka mit mehr als 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 4.500 Orten in Deutschland für ihre mehr als sieben Millionen Mitglieder da.

Dienst- und Schulrecht

Soeben aktualisiert !



SO ?

ODER SO?

ODER SO ?



Klassische Papierausgabe:

Das Standardwerk im Spezialordner, über 1900 Seiten
Umfangreiches Inhalts- und Stichwortverzeichnis, trotz großen Umfangs leicht recherchierbar
Auf Wunsch mit jährlich 1 bis 2 Aktualisierungen – so bleibt Ihr Nachschlagewerk auf neuestem Stand

Digital auf CD oder USB-Stick:

Das komplette DuS-Standardwerk, platzsparend auf CD oder USB-Stick
Komfortabel und einfach recherchieren. Ohne Handbuch mit Adobe Reader sofort nutzbar.
Auf Wunsch analog zur Papierausgabe jährliche Aktualisierungen

Im Schulalltag wichtige Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse

nach Fachgebieten gegliedert, schnell zu recherchieren

Das komplette Grundwerk im Ordner,
auf CD oder auf USB-Stick nur 38,- EUR
GEW-Mitgliedspreis 28,- EUR (zzgl. Versand)

Bestellungen an:

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg,
Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: mlverlag@wsth.de

www.dienstundschulrecht.de



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Sabbatjahr – Land in Sicht! | 29-11-2021, Frankfurt |

Schüler*innenvertretungen unterstützen: Zur Arbeit von Verbindungslehrer*innen | 30-11-2021, Darmstadt |

Stopp-Strategien im Unterricht | 01-12-2021, Darmstadt |

Extreme Rechte und Umgang mit rechten Ideologien | 01-12-2021, Kassel |

Die Wut in meinem Bauch: Spiele zum Umgang mit Aggressionen | 02-12-2021, Frankfurt |

Medienbildung im digitalen Zeitalter | 02-12-2021, Online |

Kollegiale Fallberatung effektiv anwenden lernen – gemeinsam Lösungen finden | 03-12-2021, Onlinen |

Anti-Bias-Training: Vorurteilsbewusste Bildungsarbeit in der Schule | 03-12-2021, Frankfurt |

Philosophieren mit Kindern | 06-12-2021, Darmstadt |

Schluss mit Big Brother: Dateien und E-Mails sicher verschlüsseln | 06-12-2021, Frankfurt |

Mit der richtigen Streitstrategie Konflikte konstruktiv bewältigen | 07-12-2021, Gießen |

Resilienz stärken in Zeiten von Krisen und Herausforderungen | 07-12-2021, Online |

Grafikdesign für Lehrkräfte: Arbeitsblätter und Illustrationen einfach selbst gemacht | 09-12-2021, Kassel |

Schüler*innen mit Sozialverhaltensstörung im Schulalltag | 09-12-2021, Online |

Einführung in die Filmanalyse | 09-12-2021, Frankfurt |

Empowerment und Powersharing als pädagogische Reflexions- und Handlungsperspektiven | 10-12-2021, Frankfurt |

Grenzen setzen in sozialen Institutionen | 13-12-2021, Gießen |

Datenschutzgerechte Videokonferenzsysteme: Zum Umgang mit BigBlueButton | 13-12-2021, Frankfurt |

Aktuelle Änderungen, neue Veranstaltungen und das vollständige Programm finden Sie unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main